

**DIKTAT**  
**DEUTSCHE GESCHICHTE I**

**Oleh:**

**Isti Haryati**  
**Sri Megawati**  
**Tia Meutiawati**

**FAKULTAS BAHASA DAN SENI**  
**UNIVERSITAS NEGERI YOGYAKARTA**  
**TAHUN 2010**

## **KAPITEL I**

### **Reformation und Gegenreformation**

Die neue Zeit, deren Beginn man etwa auf die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert setzt, bedeutet keinen unbedingten Bruch mit der Vergangenheit. Renaissance, Humanismus und Reformation haben ihre Wurzeln im Mittelalter.

#### **1. Wirtschaft**

Eine große Menge von Edelmetallen strömt in das Abendland, im Wert von etwa 4 Milliarden allein im 16. Jahrhundert, ein Vielfaches von dem, was alle Bergwerke in Europa vorher produziert haben. Folgen sind eine hohe Blüte des Handels, der Gewerbe und der Kultur, aber auch inflatorische Erscheinungen, weil die geringe Warenmenge, der Menge des Geldes nicht entspricht. Daher schwankt die Preisbildung, soziale Umschichtungen treten ein, die nicht an Handel und Gewerbe beteiligten Kriese und Stände geraten in Not, in der Masse entstehen Unruhen. Diese Mißstände machen sich in ganz Europa geltend; aber Deutschland wird besonders getroffen.

#### **2. Koloniale Unternehmen**

Papst Alexander VI. teilt als Schiedsrichter die neuentdeckte Welt in zwei Interessensphären, so dass Portugal die östlich eines Längengrades liegende Gebiete Brasilien, Afrika, Vorderasien und Indien, Spanien die übrige koloniale Ländermasse gewinnt. Eine Ansiedlungspolitik wird von Spanien und Portugiesen kaum betrieben, die Kolonien dienen der Missionierung und der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Die Portugiesen erringen bald die Herrschaft im Indischen Ozean, besetzen 1511 Malakka und erreichen 1517 China. Europa bezieht nun seine Ostprodukte von Portugal. Die Gewinne sind sehr hoch, oft 50fältig.

Die Spanier Balboa erreicht 1513 den Stillen Ozean, 1520 fährt Magellan zur ersten Erdumsegelung aus, 1520 dringt Cortez in Mexiko ein (Azteken), Pizarro erobert

1532 Peru und Chile. Man sucht vor allem Edelmetalle. Neue Produkte kommen anfangs wenig aus den neuentdeckten Ländern. Deutschland liegt abseits und nimmt nur in geringem Umfang direkt an den Kolonisationsunternehmen teil, weit stärker ist es indirekt beteiligt.

### **3. Religiöse und soziale Bewegungen**

England, Frankreich und Spanien haben mehr oder minder selbständige eigene Nationalkirche mit weitreichenden eigenen Rechten begründet, selbstverständlich ohne noch die Verbindung mit Rom zu zerreißen. In Deutschland ist dies an der Selbstsucht des Kaisers und der Fürsten gescheitert; daher werden die Unruhe in Deutschland am stärksten.

Die Zeit denkt noch einheitlich katholisch, aber diese Einheit ist bedroht, ohne dass man es weiss. In der Masse lebt eine starke Volksfrömmigkeit, es entstehen theologische Laienbewegungen in der Sorge um den Geist echten Christentum. Zwischen diesem und der Kirche wird immer häufiger unterschieden. Die Volksfrömmigkeit äußert sich aber vielfach in überspannter Weise in Wundersucht, Visionen, Wallfahrten, übersteigter Teufelsfurcht.

In der Kirche zeigen sich gefährliche Schäden: ein sozialer Riß spaltet den Klerus; die adeligen Domherren und Kirchenfürsten scheiden sich von den breiten Masse der vielfach unzufriedenen Pfarrgeistlichen. Die Zahl der Klerikel ist übermäßig groß geworden. Es sollen damals 140.000 Geistliche, Mönche und Nonnen im deutschen Reich gelebt haben. Das Volk bleibt auch fernerhin trotz aller Reformwünsche weiter Kreise nur regiertes Objekt, die Kirche verweltlicht mehr und mehr. Der Machtgedanke, unter Gregor VII. Noch großartig, ist egoistisch und Selbstzweck geworden. Die Päpste erwarten vielfach die Heilung der kirchlichen Zustände von juristischen und politischen Reformen statt von der Vertiefung der religiösen Geistes. Die Dogmen sind wohl nicht verfälscht, aber die Unkenntnis des hohen und niederen Klerus in der eigenen kirchlichen Lehrer ist erstaunlich groß, vielfach werden Äußerlichkeiten wie Reliquien und Ablässe von weiten Kreisen des Klerus und des Volkes für wichtiger gehalten als Sakramente und Messe.

Dazu kommt die bittere Kritik der Humanisten, die oft den Offenbarungsglauben völlig ablehnen und der Meinung huldigen, edles

Menschentum und Christentum seien dasselbe. Die Idee einer "Unsichtbare Kirche" verbreitet sich mehr und mehr, die im Volke umlaufenden Prophezeihungen sind vielfach kirchenfeindlich. Seit 1250 hat sich die Absetzbewegung weiter Kreise allmählich sehr verstärkt, und viele geben sich schon dem Glauben hin, dass es auch ein Christentum außerhalb der Kirche geben könne.

Aus diesem wirtschaftlich, religiös und politisch bewegten Boden erwächst durch das Auftreten einer machtvollen Persönlichkeit die folgenschwere Tat der Reformation Luthers.

Papst Leo X. hat als Bedingung für die Gewinnung des Jubiläumsablasses den Gläubigen einen Beitrag zum Bau der neuen Peterskirche in Rom vorgeschrieben. Den Vertrieb hat das Bankhaus der Fugger gepachtet, und der Ablass wird vielfach in einer Weise verkündet, dass jeder, der einen Zettel kauft, seiner Sünde ledig und seines Heils gewiß sei; auch Tetzeln soll derartiges gepredigt haben. Gegen solchen Mißbrauch schlägt Luther am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen an der Schloßkirche zu Wittenberg an.

Diese lateinisch geschriebenen gerichteten Thesen fordern nach dem damals an den Universitäten üblichen Verfahren andere Professoren zur öffentlichen Disputation auf. Aber Luthers Thesen bleiben nicht auf den engen Kreis beschränkt, sondern werden im ganzen deutschen Volk schnell verbreitet und verursachen tiefe Erregung. Das Volk antwortet in dieser Weise auf Luthers Anruf, und macht ihn zum Reformator.

#### **4. Der Augsburger Religionsfriede**

Der Augsburger Religionsfriede entspringt dem Bedürfnis der beiden Parteien, irgendwie zu einer Einigung zu kommen. Er setzt folgendes fest: 1. Katholiken und Lutheraner werden als gleichberechtigt anerkannt. Der Landesherr bestimmt den Glauben seiner Untertanen. 2. Geistliche Fürsten, die zur neuen Lehre übertreten, verlieren ihren weltlichen Besitz, das Domkapitel wählt einen neuen Bischof.

Der Friede ist ein Kompromiß, der keine Seite befriedigt. Nur die Territorien haben ihn unter sich abgeschlossen. Weder der Kaiser noch der Papst sind beteiligt. So ist er der Ausdruck einer völlig neuen Zeit und eines völlig neuen säkularisierten Geistes.

## **5. Die Ausbreitung der Reformation in Deutschland und Europa**

Die Lehre Luthers hat sich inzwischen in Norddeutschland ebenso wie in Schweden, Norwegen, Dänemark und Schleswig-Holstein, also in konservativen, wesentlich landwirtschaftlich bestimmten Ländern, durchgesetzt. In Italien und Spanien ist zwar der Ruf nach Reformen sehr stark erhoben worden.

Nach 1563 ist die Bewegung Luthers bereits schulmäßig erstarbt und durch theologische Fehden zu sehr geschwächt, um noch dem katholischen Rivalen gefährlich werden zu können. Der stärkste Gegner des Katholizismus ist damals schon der Calvinismus geworden, der sich in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern in Süddeutschland, in Frankreich, in den Niederlanden, in England und später auch in Nordamerika unter verschiedenen Namen verbreitet hat (Reformierte, Hugenotten, Puritaner, Presbyterianer).

## **KAPITEL II**

### **Der Dreißigjährige Krieg (1618 – 1648)**

#### **Die Lage im Reich und in Europa vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges**

Die Lage in Europa hat sich um 1600 sehr zuungunsten Deutschlands gestaltet. Der wirtschaftliche Bankrott Spaniens wirkt auch auf das mit ihm eng verbundene Reich ein, die Geldmacht der Fugger sinkt, 1637 geht das Haus in Konkurs. Dazu kommen Münzzerfall, wirtschaftlicher Rückgang (Niedergang der Hanse) und mehren sich soziale Unruhen. Heftig befehden sich die Lutheraner und Calvinisten, vor allem wächst die konfessionelle Spannung zwischen der katholischen und protestantischen Partei. 1608 schließen sich die evangelische Stände zur Union zusammen; ihr Führer ist der Calvinist Friedrich von der Pfalz. Die Katholiken verbinden sich 1609 unter Maximilian von Bayern zur Liga.

#### **1. Der böhmisch-pfälzische Krieg (1618 – 1622)**

1618 bricht in Böhmen ein Aufstand aus, da nach Ansicht der protestantischen Stände die ihnen im Majestätsbrief des Kaisers Rudolf II. zugesicherte Religionsfreiheit verletzt worden ist und sie von einer weiteren Herrschaft der katholisch gebliebenen Habsburger eine Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit befürchten. Sie werfen zwei kaiserliche Statthalter aus den Fenstern des Prager Hradschin und setzen eine eigene Regierung ein. Als 1619 Ferdinand II. von Steiermark, ein Anhänger der Gegenreformation, zum Kaiser gewählt wird, weigern sich die Böhmen ihn anzuerkennen und wählen zu ihrem König den Führer der Union, Friedrich V von der Pfalz. Die Aufständlichen bedrängen Ferdinand im Bunde mit dem protestantischen Ständen Österreichs in seiner eigenen Wiener Hofburg. Aber der Kaiser wird befreit, und die protestantischen Fürsten leisten ihren aufständischen Glaubensbrüdern keine Hilfe: sie schließen sich vielmehr zum Teil dem Kaiser an, der auch von der Liga und Spanien unterstützt wird.

#### **2. Der niedersächsisch – dänische Krieg (1626 – 1630)**

Der Erfolg der katholischen Partei ruft neue Kräfte zur Abwehr auf. Christian IV. von Dänemark, der als Herzog von Holstein Kreishauptmann im niedersächsischen Reichskreise ist, rüstet mit englischer Unterstützung ein Heer. Damals stellt dem Kaiser der böhmische Edelman Albrecht von Wallenstein eine Armee aus eigenen Mitteln zur Verfügung. Er erobert darauf Holstein, Schleswig und Jütland sowie den Besitz des Herzogs von Mecklenburg, der vom Kaiser als Verbündeter Christian geächtet worden ist. Als die gewordenen Fürsten die Absetzung des Feldherrn verlangen, muss der Kaiser ihnen ihre Forderung auf dem Reichstag von Regensburg zugestehen. Ihr Verlangen kommt auch Ferdinand nicht unwillkommen. Alle Bistümer und Klöster, die seit dem Passauer Vertrag von 1552 säkularisiert worden sind, den Katholiken zurückerstattet werden sollen.

### **3. Der schwedisch – französische Krieg (1630 – 1648)**

Im Jahre 1630 landet in Pommern Gustav Adolf von Schweden. Er hat die Absicht, den bedrängten protestantischen Ständen Hilfe zu bringen. Er ist den protestantischen Fürsten Norddeutschlands wenig willkommen. Es dauert lange, bis er Brandenburg durch Drohungen zum Anschluß gezwungen hat. Dabei verliert er viel Zeit, um Magdeburg, die Zentrale des Protestantismus und die stärkste Festung im Norden zu erobern. Bei der Eroberung geht die Stadt in Flamme auf.

### **4. Der Dreißigjährige Krieg als europäischer Machtkampf (1635 – 1648)**

Sachsen und Brandenburg haben im Jahre 1635 mit dem Kaiser den Sonderfrieden zu Prag geschlossen. Aber nun tritt neben Schweden, Frankreich offen in den Kampf ein. Von religiösen Beweggründen kann in dieser Phase des Krieges keine Rede mehr sein. Es handelt sich um rein politische Machtfragen. Vornehmlich hat Frankreich ein Interesse an der Fortsetzung der Kämpfe, um durch sie die Habsburger im Reich und in Spanien zu schwächen.

### **5. Der Friede zu Münster und Osnabrück (Westfälischer Friede)**

Seit 1643 hat man über den Frieden verhandelt, in Münster mit den Französern, in Osnabrück mit den Schweden. Man einigt sich schließlich auf folgende Bedingungen:

- a) Religiöse Bestimmungen: Katholiken, Lutheraner und Calvinisten sind in Zukunft gleichberechtigt. Die Stände bestimmen die Konfession ihres Landes. Andersgläubigen dürfen auswandern, auch ist ihnen häusliche Andacht, jedoch kein Kirchenbau gestattet.
- b) Politische Bestimmungen: Die Fürsten werden souverän (d.h. sie erhalten volle Landeshoheit). Sie dürfen Bündnisse schließen, außer gegen Kaiser und Reich. Die Garantie für die "Fürstenlibertät" übernehmen Frankreich und Schweden.
- c) Gebietsregelung: Frankreich erhält Metz, Toul und Verdun, dazu Sundgau, zehn Reichsstädte und zwanzig Reichsdörfer, jedoch nicht Straßburg. Schweden bekommt Vorpommern und die Erzbistümer Bremen und Verden. Damit beherrscht es die wichtigsten Häfen an Nord- und Ostsee. Die Schweiz und die Niederlande scheiden endgültig aus dem Reichsverband aus. Brandenburg erhält Hinterpommern. Bayern erwirbt die Oberpfalz.

## **6. Die Folgen des Dreißigjährigen Krieges**

Der Dreißigjährige Krieg bringt den schon vor 1618 beginnende Niedergang Deutschlands zur Vollendung. Durch Krieg ist das platte Land weithin entvölkert. Das Reich besitzt vor dem Krieg etwa 18 Mio. Einwohner, nach 1648 etwa 7 Mio.

Das Volk hat viel von seiner Selbstachtung verloren. Die Bauern geraten in die Leibeigenschaft der Gutsbesitzer.

Der Adel bedeutet immer mehr dadurch etwas, dass er sich in den Dienst eines Fürsten stellt. Das höfische Leben bestimmt alles und erborgt seine Formen von Spanien und später von Frankreich.

Der deutsche Markt wird von ausländischen Produkten beherrscht, die Wirtschaft liegt nieder und hat keinen Anteil mehr am Weltwandel.

Die Kultur droht auch zu zerfallen. Die deutsche Sprache ist von fremden Ausdrücken durchsetzt.

Politisch wirkt der Krieg verhängnisvoll. Das Reich wird zu einem schwerfälligen Staatenbund, der sein Haupt mehr in dem beständig in Regensburg tagenden



ohnmächtigen Reichstag hat, als in dem Kaiser. Österreich hat verhältnismässig wenig unter dem Krieg gelitten, aber es wächst infolge seiner Verluste im Westen immer mehr aus den Reich hinaus. Wie alle anderen selbständig gewordenen deutschen Fürstenstaaten strebte es nach unmittelbarer europäischer Geltung.

Dieser wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch zerfallene Trümmerhaufen eines Reiches ist großen und reichen Staaten benachbart, die rücksichtslos mit Macht ihren eigenen Vorteil zu suchen gewohnt sind.

## **KAPITEL III**

### **Die Französische Revolution**

Nachdem die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit erkämpft und sich eine Volksregierung geschaffen haben, zerbricht die Staatsform des Absolutismus in Frankreich. Mit diesen Ereignissen beginnt eine neue Geschichtsepoche. Der Fürstenstaat hat seine Aufgabe, die Völker zu nationaler Einheit zu erziehen, erfüllt. An seine Stelle tritt der Volksstaat, in dem die Regierung vom Volke ausgeht und ihm getragen wird.

#### **Ursachen der französischen Revolution**

Bei der Vielzahl der Ursachen, die im Zusammenhang mit der Französischen Revolution diskutiert werden, kann zwischen kurzfristig-akut wirksamen und längerfristig-latenten unterschieden werden. Zu den letzteren werden z. B. *sozioökonomische* Strukturveränderungen wie der in Entwicklung befindliche *Kapitalismus* gezählt, der mitsamt der sich seiner bedienenden *Bourgeoisie* durch das feudalabsolutistische Ancien Régime in seiner Entfaltung eingeengt, gleichsam gefesselt gewesen sei. Der Wandel des politischen Bewusstseins, der mit der Aufklärung vor allem im Bürgertum Rückhalt fand, konnte so gesehen von diesem als Instrument zur Durchsetzung eigener wirtschaftlicher und sozialer Interessen genutzt werden. Für die konkrete Entstehung der revolutionären Ausgangssituation des Jahres 1789 waren aber vor allem die in aktueller Zuspitzung wirksamen Faktoren ausschlaggebend: die Finanznot der Krone, die Opposition des Amtsadels (und damit zusammenhängend die Reformunfähigkeit des Landes, weil der Adel nötige Reformen blockierte) sowie die *teuerungsbedingte* Brotnot speziell in Paris.

#### **1. Finanznot des Staats**

Als der Generalkontrollleur der Finanzen Jacques Necker 1781 erstmals die Zahlen des französischen Staatsbudgets veröffentlichte, war dies als Befreiungsschlag zur Herstellung allgemeiner Reformbereitschaft in einer ansonsten ausweglosen Finanzkrise gemeint. Seine Amtsvorgänger hatten da bereits vergebliche Anläufe zur

Stabilisierung der Staatsfinanzen unternommen. Neckers Zahlenwerk schockierte: Einnahmen von 503 Millionen Livres (Pfund) standen Ausgaben von 620 Millionen gegenüber, wovon allein die Hälfte auf Zins und Tilgung für die enorme Staatsverschuldung entfiel. Weitere 25 % verschlang das Militär, 19 % die Zivilverwaltung und ca. 6 % die königliche Hofhaltung. Dass für höfische Feste und Pensionszahlungen an Höflinge eine Summe von 36 Millionen Livres anfiel, wurde als besonders skandalös angesehen.

Zu dem Schuldenberg erheblich beigetragen hatte die Beteiligung der französischen Krone am Unabhängigkeitskrieg der amerikanischen Kolonisten gegen das britische Mutterland. Zwar war die beabsichtigte Niederlage und machtpolitische Schwächung des Handels- und Kolonialmacht-Rivalen eingetreten, aber der Preis für das Regime Ludwigs XVI. war ein doppelter: Nicht nur wurden die Staatsfinanzen dadurch zusätzlich enorm belastet, sondern die aktive Beteiligung französischer Militärs an den Befreiungskämpfen der amerikanischen Kolonisten und die Beachtung von deren Anliegen in der meinungsbildenden französischen Öffentlichkeit schwächten die Position der absolutistischen Herrschaft auch auf ideologischer Ebene nachhaltig.

## **2. Einfluss auf aufklärerisches Denken**

Nicht nur auf einem zentralen Feld praktischer Politik und im institutionellen Bereich weiss der vorrevolutionäre französische Absolutismus Schwächen auf. Aufklärerisches politisches Denken stellt auch seine Legitimationsgrundlage in Frage und eröffnet neue Optionen der Herrschaftsorganisation. Aus der französischen *Aufklärung* des 18. Jahrhunderts ragen zwei Denker wegen ihrer besonderen Bedeutung für unterschiedliche Phasen der Französischen Revolution hervor: Montesquieus Modell einer Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender, ausführender und richterlicher Gewalt kommt im Laufe der ersten Revolutionsphase zur Anwendung, die in die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie mündet.



Denis Diderot

Für die radikaldemokratische zweite Revolutionsphase hat Jean Jacques Rousseau wichtige Impulse geliefert, unter anderem, indem er das Eigentum als Ursache der Ungleichheit zwischen den Menschen ansieht und Gesetze kritisierte, die ungerechte Besitzverhältnisse schützten. Er propagierte die Unterordnung des Einzelnen unter den allgemeinen Willen (Volonté générale), sah von einer Gewaltenteilung ab und die Richterwahl durch das Volk vor. Verbreitung fand aufklärerisches Denken im 18. Jahrhundert zunehmend in Debattierclubs und Freimaurerlogen sowie durch Lesezirkel, Salons und Kaffeehäuser, die im geselligen Rahmen zur Lektüre und Diskussion der Lesefrüchte anregten. Auch der Meinungsaustausch zu aktuellen politischen Fragen hatte hier zwanglos-selbstverständlich seinen Ort. Hauptnutzer waren bildungsbürgerliche Schichten und Berufsstände, wie z. B. Juristen, Ärzte, Lehrer und Professoren.

Ein breitenwirksames Produkt und Kompendium aufklärerischen Denkens stellte die von Denis Diderot und Jean Baptiste le Rond d'Alembert herausgegebene Encyclopédie dar, die erstmals zwischen 1751 und 1772 erschien. Sie wurde – in mehrere Sprachen übertragen – zu dem Aufklärungslexikon schlechthin für die europäische Bildungswelt des 18. Jahrhunderts: „Verpackt zwischen vielen Bildtafeln und Artikeln über Technik, Handwerk und Gewerbe standen die geisteswissenschaftlichen Artikel, die die modernen Ideen vertraten und Sprengstoff enthielten, um mehr als ein Ancien régime zu unterminieren.“

### **3. Teuerung als sozialer Treibsatz**

Der Großteil der Bevölkerung im Ancien régime war an Aufklärungsdenken und Politisierung wenig interessiert, am Brotpreis umso mehr. Die Bauern, die vier Fünftel der Bevölkerung stellten, hatten 1788 eine [schlimme Missernte](#) erlitten und danach einen harten Winter durchlebt. Während es ihnen am Nötigsten fehlte, sahen sie die Speicher der weltlichen und geistlichen Grundherren, denen sie Abgaben zu entrichten hatten, noch gut gefüllt. Es kam zu Protesten und Forderungen nach Verkauf zu einem „gerechten Preis“, als bei der eingetretenen Knappheit die Getreidepreise im Gegenteil gerade mächtig anzogen. Noch empfindlicher traf die Teuerung die kleinen Leute in den Städten, für die das tägliche Brot Hauptnahrungsmittel war. Zur Jahresmitte 1789 war Brot teurer als zu jedem anderen Zeitpunkt des 18. Jahrhunderts in Frankreich und kostete das Dreifache des Preises der besseren Jahre. Das bedeutete für den städtischen Handwerker, dass er etwa die Hälfte seines Einkommens allein für die Brotversorgung ausgeben musste. Jede Preissteigerung wirkte da existenzbedrohend und ließ die Nachfrage nach anderen Gütern des täglichen Bedarfs sinken. „Nun erreichten Unzufriedenheit und Erregung auch diejenigen, die von der öffentlichen Auseinandersetzung um die Finanzmisere und die Funktionsunfähigkeit des Staates noch nicht unmittelbar erreicht und mobilisiert worden waren. Die wirtschaftliche Not, die infolge der Teuerung und Unterproduktion die städtischen Konsumenten und dann auch Handel und Gewerbe betraf, brachte die ‚Massen‘ auf die politische Bühne.“

### **4. Die schlechte absolute Monarchie**

Der König ist bei der absoluten Monarchie sehr dominant. Er bestimmt den Staat. Seit 1661 ergreift Ludwig XIV. selbst die Regierung. Er baut den Absolutismus in klarster Form bis zur Übertreibung aus. Er besitzt nach der Theorie der Zeit den Staat als persönliches Eigentum. Das Ziel seines Strebens ist völlige Einheit (ein König, ein Recht, ein Glaube). Alle Macht geht vom König aus, der sie auf von ihm abhängige Beamte überträgt. Die Minister sind nur ausführende Organe. Ein Budget ist unbekannt. Recht ist, was dem König gefällt.

Unter dem Ludwig XVI. ist die absolute Monarchie am schlimmsten.; Despotismus (der König benimmt sich, wie er will.); Feodalisme trägt nur die Verantwortung auf das Leben des König, des Adels. Das Volk hat kein Recht zu leben; die Zahl der Korruption ist sehr hoch.

## **Die Wirkungen der Französischen Revolution in Deutschland**

Die Französische Revolution führt in Deutschland zu tiefgreifenden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die revolutionären Ereignissen des Jahres 1789 in Frankreich, vor allem die Bildung einer verfassunggebenden Nationalversammlung und der Sturm des Pariser Volkes, das Symbol des Despotismus finden auch in deutschen Bürgertum ein lebhaftes Echo.

Unter dem Druck und nach dem Vorbild Frankreichs werden in den Rheinbundstaaten umfangreiche Verwaltungs- und Sozialreformen eingeleitet. Ihr Ziel ist es, eine egalitäre Gesellschaft zu schaffen, die zunächst freilich politisch rechtlos bleibt. Adel und Kirche sollen ihre Privilegien verlieren. Die Grundprinzipien der Französischen Revolution in Deutschland wirksam: Freiheit und Sicherheit der Person, Gleichheit vor dem Gesetz, Beseitigung der Standesunterschiede, Sicherheit und Unverletzlichkeit des Eigentums, Trennung von Staat und Kirche, Trennung der Justiz von der Verwaltung.

In Preußen beginnt nach der Niederlage gegen die napoleonische Armee im Jahre 1806 eine Phase der inneren Reformen. So erklärt Friedrich Wilhelm III. : >> Der Staat soll durch geistige Kräfte einsetzen, was er an materiellen verloren hat.<< Er beruht den Freiherrn von Stein zum Minister. Sein Ziel ist es, den Staat auf eine ganz soziale Grundlage zu stellen, die auf Freiheit und Gleichheit gegründete bürgerliche Gesellschaft.

## **KAPITEL IV**

### **Der Wiener Kongress 1814/1815**

Im Krieg gegen Frankreich sind Großbritannien, Russland, Österreich und Preußen als Sieger hervorgegangen. Schon 1814 tritt der Wiener Kongress zusammen, um die nach dem Sturz Napoleons und dem Zusammenbruch seines Empire notwendige Erneuerung der politischen Landkarte Europas durchzuführen.

Vom September 1814 bis Juni 1815 tagen in Wien die verbündeten Großmächte Großbritannien, Russland, Österreich und Preußen und den Unterhändlern verschiedener Königreiche und Fürstentümer, um über die politische und territoriale Neuordnung Europas zu beraten.

#### **Das Ergebnis des Wiener Kongresses für Deutschland**

Das Ergebnis des Wiener Kongresses für Deutschland:

1. Es ist ein loser Staatenbund ohne Oberhaupt, sein Zweck die Wahrung der Unabhängigkeit der souveränen Einzelstaaten und die Niederhaltung der neuen politischen und sozialen Kräfte.
2. Das einzige gesamtdeutsche Organ ist der Bundestag in Frankfurt, der jedoch keine Volksvertretung, sondern ein Gesandtenkongress der deutschen Fürsten und freien Städte ist.
3. Die Organisation des Bundes ist schwerfällig. Sie funktioniert praktisch nur durch das Zusammenwirken der beiden Großmächte Österreich und Preußen.
4. Die auf dem Kongress neu festgelegte politische Ordnung widerspricht den Forderungen nach staatsbürgerlicher Freiheit und Beteiligung des Volkes an den politischen Entscheidungen. Deutschland wird im Sinne der alten Dynastien aus vorrevolutionärer Zeit wiederhergestellt. Das Volk bleibt Untertan.
5. Die Herrscher von Russland, Preußen und Österreich verpflichten sich in der >> Heiligen Allianz<< zu gegenseitigem Beistand bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort und fordern alle europäischen Staaten zum Beitritt auf.
6. Auf Kongressen werden militärische Interventionen gegen die Erhebungen in Neapel, Piemont-Sardinien und Spanien beschlossen, um diese Länder in den Schoß der großen Allianz zurückzuführen.

## KAPITEL V

### Das deutsche Kaiserreich

#### Entstehung des Begriffs von Deutschen Reich

Die Verwendung der Begrifflichkeit *Deutsches Reich* knüpfte an das *Heilige Römische Reich Deutscher Nation* (962–1806). Dieses war 1806 zerbrochen angesichts von Säkularisation und napoleonischer Übermacht. Dieses Reich (das römisch-deutsche Reich) ist in der deutschen Geschichte als Erstes Reich zu bezeichnen.

Die spätere Epoche ist das deutsche Kaiserreich von 1871 bis 1918) als Zweites Reich. Diese Wortwahl deutete eine Nachfolgerschaft zum „ersten deutschen Reich“ an, ohne sie explizit auszusprechen. In der Nazi-Zeit ist das Wort Reich wieder verwendet mit dem Begriff Drittes Reich.

#### 1. Einleitung

In der Zeit des Kaiserreichs ist Deutschland wirtschafts- und sozialgeschichtlich geprägt durch die Hochindustrialisierung. Ökonomisch und sozialstrukturell wandelt es sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts von einem landwirtschaftlich dominierten zu einem industriell ausgerichteten Staat. Auch der Dienstleistungssektor gewinnt mit dem Ausbau des Handels und des Bankenwesens wachsende Bedeutung. Das Wirtschaftswachstum wird durch den Gründerkrach von 1873 und die ihm folgende langjährige Konjunkturkrise zeitweilig getrübt. Trotz erheblicher politischer Folgen ändert dies nichts an der strukturellen Entwicklung zum Industriestaat.

Kennzeichnend für den gesellschaftlichen Wandel sind ein deutliches Bevölkerungswachstum, Binnenwanderung und Urbanisierung. Die Gesellschaftsstruktur wird durch die Zunahme der städtischen Arbeiterbevölkerung und – vor allem in den Jahren ab etwa 1890 – auch des neuen Mittelstandes aus Technikern, Angestellten, sowie kleinen und mittleren Beamten wesentlich verändert. Dagegen geht der Einfluss des Handwerks und des Adels – beziehen auf deren Beiträge zum Bruttosozialprodukt – eher zurück. Allerdings behält der Adel sein hohes Sozialprestige und kann weiterhin seine dominante Rolle beim Militär, in



der Diplomatie und der höheren Zivilverwaltung behaupten. Die innen- und außenpolitische Entwicklung wird bis 1890 vom ersten und am längsten amtierenden Kanzler des Reiches, Otto von Bismarck, bestimmt. Dessen Regierungszeit lässt sich in eine relativ liberale Phase, geprägt von innenpolitischen Reformen und vom Kulturkampf, und eine eher konservativ geprägte Zeit nach 1878/79 einteilen. Als Zäsur gilt der Übergang zum Staatsinterventionismus (Schutzzoll, Sozialversicherung) und Repressionsmaßnahmen gegen die seit 1875 auf Basis des Gothaer Programms vereinten Sozialisten (SAP). Außenpolitisch versucht Bismarck, das Reich durch ein komplexes Bündnissystem abzusichern. In seine Amtszeit fällt auch der – wenn auch erst später intensiviert – Einstieg in den überseeischen Imperialismus. Daraus folgen zunehmend internationale Interessenkonflikte mit anderen Kolonialmächten, insbesondere der Weltmacht Großbritannien.

Die Phase nach der Ära Bismarck wird in der Historiographie oft als Wilhelminisches Zeitalter bezeichnet, weil der 1888 inthronisierte Kaiser Wilhelm II. nach der Entlassung Bismarcks persönlich in erheblichem Umfang Einfluss auf die Tagespolitik ausübt. Durch den Aufstieg von Massenverbänden und -parteien sowie der wachsenden Bedeutung der Presse gewinnt zudem die öffentliche Meinung an Gewicht. Nicht zuletzt darum versucht die Regierung mit einer imperialistischen Weltpolitik, einer antisozialdemokratischen Sammlungspolitik und einer populären Flottenrüstung ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu erhöhen.

Außenpolitisch führt das Weltmachtstreben, einhergehend mit der Aufrüstung des Reiches und der Auflösung des bismarckschen Bündnissystems, in die Isolation. Durch diese Politik hat das Reich dazu beigetragen, die Gefahren eines großen Krieges zu erhöhen. Als dieser Erste Weltkrieg schließlich 1914 ausgelöst wird, ist das Reich in einen Mehrfrontenkrieg verwickelt. Auch in der Innenpolitik gewinnt das Militär an Einfluss. Mit der zunehmenden Anzahl von Kriegstoten an den Fronten und der sozialen Not in der Heimat beginnt die Monarchie an Rückhalt zu verlieren. Der Zusammenbruch der Westfront und die Novemberrevolution bewirken 1918 das Ende des Kaiserreichs.

## **2. Bismarcks Innenpolitik**

### **Zusammengehen mit den Nationalliberalen**

Die eigentlichen Partner Bismarcks sind dabei die Nationalliberalen unter Rudolf von Bennigsen. Die Nationalliberalen sind zwar in vielen Punkten kompromissbereit, ihnen gelingt es aber auch zentrale liberale Reformvorhaben durchzusetzen. Erleichtert wird die Zusammenarbeit durch liberale Beamte wie den Chef des Reichskanzleramts Rudolph von Delbrück oder den preußischen Finanzminister Otto von Camphausen sowie den Kultusminister Adalbert Falk. Der Schwerpunkt der Reformen ist die wirtschaftliche Liberalisierung.

### **Die Schutzzollgesetzgebung**

So wird in allen Bundesstaaten die Gewerbefreiheit oder die Freizügigkeit eingeführt, sofern diese nicht bereits bestanden. Im Sinne des Freihandels laufen die letzten Schutzzölle für Eisenwaren aus. Ein Marken- und Urheberrecht sowie ein einheitliches Patentgesetz werden eingeführt. Erleichtert wird auch die Gründung von Aktiengesellschaften. Außerdem werden Maße, Gewichte und die Währung vereinheitlicht. Mit der Reichsbank wird 1875 eine zentrale Notenbank gegründet.

### **Die Gesetzgebung**

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau des Rechtsstaates, dessen Grundlagen teilweise bis in die Gegenwart Bestand haben. Zu nennen ist zunächst das in Grundzügen heute noch geltende, wenn auch vielfach novellierte Reichsstrafgesetzbuch von 1871. Dieses wird mit nur geringen Änderungen gegenüber dem Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes übernommen.

Meilensteine sind die Reichsjustizgesetze von 1877, namentlich das Gerichtsverfassungsgesetz, die Strafprozessordnung, die Zivilprozessordnung, die ebenfalls bei allen inhaltlichen Veränderungen heute noch in Kraft sind, sowie die Konkursordnung. Durch das Gerichtsverfassungsgesetz wird 1878 das Reichsgericht als höchstes deutsches Straf- und Zivilgericht eingeführt. Ein einheitlicher oberster deutscher Gerichtshof, der auch das bestehende Reichsoberhandelsgericht ablöst, trägt zur rechtlichen Vereinheitlichung des Reiches stark bei.

### **Bismarck und der Reichstag**

Daneben gelingt es der liberalen Mehrheit auch die Zuständigkeiten des Reichstages in Fragen des Zivilrechts auszuweiten. Ist das Parlament im Norddeutschen Bund nur für zivilrechtliche Fragen mit wirtschaftlichem Hintergrund zuständig, wird auf Antrag der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Johannes von Miquel und Eduard Lasker die Zuständigkeit 1873 auf das gesamte Zivil- und Prozessrecht ausgeweitet. In der Folge entsteht das 1896 beschlossene und am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch als bis heute geltende Privatrechtskodifikation. Allerdings müssen die Liberalen im Bereich der Prozessordnung und der Pressegesetzgebung weitreichende Kompromisse hinnehmen, die von einem Teil der Linksliberalen nicht mitgetragen werden. Eine Mehrheit kommt 1876 nur mit Hilfe der Konservativen zustande. Da auch im preußischen Abgeordnetenhaus eine liberale bis gemäßigt konservative Mehrheit vorhanden ist, kommt es auch im größten Bundesstaat zu politischen Reformen. Dazu zählt etwa die preußische Kreisordnung von 1872, die nicht zuletzt die Reste ständischer Herrschaftsrechte beseitigt. Das drohende Scheitern am Widerstand des preußischen Herrenhauses kann freilich nur durch einen „Pairsschub“ (also die Ernennung neuer politisch genehmer Mitglieder) gebrochen werden.

### **Der Kulturkampf**

Die Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Bismarck funktioniert nicht nur bei der Reformpolitik, sondern auch im so genannten Kulturkampf gegen die Katholiken und die Zentrumsparlei. Die Ursachen liegen strukturell im Gegensatz zwischen dem säkularen Staat, der immer mehr Regelungskompetenzen beansprucht und einer Amtskirche, die sich im Zeichen des Ultramontanismus der Moderne in allen ihren Ausprägungen entgegenstellt. Vor allem die Enzyklika *Quanta Cura* von 1864 mit ihrem *Syllabus errorum* ist eine klare Absage an die Moderne. Für die katholische Kirche repräsentiert der Liberalismus als Erbe der Aufklärung und als Träger der Modernisierung den Gegensatz ihrer eigenen Positionen. Für die Liberalen ihrerseits ist das Papsttum mit seiner Ablehnung jeglicher Veränderungen ein Relikt des Mittelalters. Bismarck hat verschiedene Gründe für den Kulturkampf. Nicht zuletzt aber verdächtigt er den Klerus, die polnische Bewegung in den preußischen Ostprovinzen zu fördern. Auch er will grundsätzlich nicht, dass die staatliche

Autorität und die Einheit des Reiches durch andere ältere Mächte eingeschränkt werden können. Innenpolitisch geht es ihm auch darum, die Liberalen durch die Umlenkung der politischen Debatte von weiteren innenpolitischen Reformvorhaben abzubringen. Die Auseinandersetzung zwischen modernem Staat und ultramontaner Kirche ist ein gemeineuropäisches Phänomen. Auch in deutschen Staaten wie Baden (Badischer Kulturkampf) und Bayern hat es bereits in den 1860er-Jahren einen Kulturkampf gegeben. Die katholischen Bischöfe in Deutschland haben die päpstliche Kritik an der Moderne meist nicht offensiv verfolgt, auch gibt es seit 1866 keine katholische Fraktion mehr im preußischen Abgeordnetenhaus. Stattdessen hat sich der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler 1866 für eine Anerkennung der kleindeutschen Lösung ausgesprochen.

In der Anfangsphase ab 1871 geht es Liberalen und Regierung darum, den staatlichen Einfluss zu verstärken. Das Strafgesetzbuch wird um den sogenannten „Kanzelparagraphen“ erweitert, der die politische Betätigung von Geistlichen einschränken soll. Der als ultramontane Speerspitze geltende Jesuitenorden wird verboten. Außerdem wird in Preußen die staatliche Schulaufsicht eingeführt.

In einer zweiten Phase etwa ab 1873 greift der Staat nunmehr direkt in den Innenbereich der Kirche ein, indem etwa die Priesterausbildung oder die Besetzung kirchlicher Ämter staatlicher Kontrolle unterworfen werden.

In einem dritten Schritt folgen ab 1874 weitere Gesetze wie die Einführung der Zivile. Reine Repressionsinstrumente sind ein Expatriierungsgesetz vom Mai 1874, das es erlaubt, den Aufenthalt von unbotmäßigen Geistlichen zu beschränken oder sie notfalls auszuweisen. Das sogenannte Brotkorbgesetz sperrt der Kirche alle staatlichen Zuwendungen. Im Mai werden alle Klostersgemeinschaften aufgelöst, sofern sie sich nicht ausschließlich der Krankenpflege widmen.

Eine Folge der Kulturkampfgesetze ist, dass in der Mitte der 1870er-Jahre viele Pfarrstellen vakant sind, keine kirchlichen Handlungen mehr stattfanden, Bischöfe verhaftet, abgesetzt oder ausgewiesen sind. Aber die Regierungsmaßnahmen und die Forderungen der Liberalen führen innerhalb des katholischen Deutschlands rasch zu Gegenreaktionen und zu einer breiten politischen Mobilisierung. Die noch vor dem eigentlichen Beginn des Kulturkampfes gegründete Zentrumsparterie zieht rasch einen Großteil der katholischen Wähler an sich.

## **Bruch mit den Nationalliberalen**

Beim Abbruch des Kampfes spricht bei Bismarck die Erwägung mit, dass er das Zentrum brauchen wird, um Pläne durchzuführen, die seine Selbständigkeit gegenüber dem Reichstag und dem Bundesrat verstärken sollen. Zu diesem Zweck will er dem Reich eigene, ergiebige Einnahmequellen erschliessen. Der Ankauf der Staatsbahnen durch das Reich scheitert am Widerspruch der Einzelstaaten (1876). Eine Erhöhung der indirekten Steuern (1877), ein Tabakmonopol (1878) kommen nicht zustande, weil die Nationalliberalen derartige Eingriffe ins Wirtschaftsleben ablehnen.

Für Bismarcks Absichten, die Staatsmacht erneut zu verstärken, sind die Nationalliberalen also in keiner Weise zu haben. Daher beschliesst er, seine bisherigen Bundesgenossen zu entmachen und sich hauptsächlich auf das Zentrum und die Konservativen zu stützen.

## **3. Bismarcks Außenpolitik**

### **Dreikaiserabkommen**

Am 7. September 1872 kommt es zu einem Dreikaisertreffen. Kaiser Wilhelm begrüßt in Berlin Kaiser Franz Joseph I. und Zar Alexander II. Am 22. Oktober 1873 wird das Drei-Kaiser-Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, Russland und Österreich-Ungarn unterzeichnet. Am Beginn der Außenpolitik des neuen Reiches stehen damit einerseits ein enges Bündnis mit Österreich-Ungarn und ein gutes Einvernehmen mit Russland.

Die Entscheidung für eine defensive Politik fällt 1875 nach der so genannten Krieg-in-Sicht-Krise, als Russland und England deutlich gemacht haben, einen möglichen Präventivkrieg des Reiches gegen das wieder erstarkte Frankreich nicht hinzunehmen. Dies macht deutlich, dass der Versuch, eine hegemoniale Stellung zu erreichen, die Gefahr eines europäischen Krieges in sich trägt.

Die Entscheidung für eine Gleichgewichtspolitik wird zuerst in der Balkankrise 1877/1878 im Zusammenhang mit einem türkisch-russischen Krieg deutlich. Während die übrigen Großmächte eigene Interessen haben, versucht Deutschland

als Vermittler aufzutreten. Dabei besteht allerdings die Gefahr, die Unterstützung Österreich-Ungarns und Russlands zu verlieren. Daher hat Bismarck alles vermieden, um sich zwischen beiden Seiten entscheiden zu müssen. Das Ziel ist es, eine Konstellation herbeizuführen, wie der Kanzler in seinem Kissinger Diktat von 1877 festhalten lässt, *in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden*<sup>1</sup>.

### **Der Berliner Kongress**

Zur Lösung des Interessengegensatzes zwischen Russland und Großbritannien nach dem Russisch-Türkischen Krieg findet im Jahre 1878 der Berliner Kongress statt. Bismarck bemüht sich dabei um die Rolle als „ehrlicher Makler“ und um einen Ausgleich zwischen den Großmächten. Dies steht allerdings im Gegensatz zur Hoffnung der russischen Regierung, die sich von dem Kongress eine diplomatische Bestätigung der erzielten militärischen Erfolge auf dem Balkan erwartet hat. Insofern wird das Ergebnis, das gerade Österreich mehr Einfluss zugestand, ohne militärische Opfer gebracht zu haben, von Russland als eine diplomatische Niederlage gewertet. Nach dem Kongress verschlechtert sich das Verhältnis des Zarenreichs gegenüber Deutschland erheblich, sodass ein Bündnis zwischen diesen beiden Staaten immer schwieriger zu erhalten ist.

### **Der Zweibund Deutschland-Österreich**

Bismarck sucht daher noch deutlicher als zuvor ein Zusammengehen mit Österreich-Ungarn. Dies gipfelt am 7. Oktober 1879 in dem sogenannten „Zweibund“. Mit dem Bündnis ist die Rolle des Deutschen Reiches als ungebundenem Mittler zwischen den Mächten beendet. Es beginnt in der Folge der Aufbau des Bismarckschen Bündnissystems, zunächst nach Osten, dann nach Westen und Süden. Im Jahr 1881 erfolgt der Abschluss des Dreikaiserbundes mit Österreich-Ungarn und Russland. Inhaltlich verpflichten sich die Mächte, den Status quo auf dem Balkan nur in Absprache zu verändern und im Kriegsfall mit einer vierten Macht wohlwollende Neutralität zu wahren. Diese Bestimmung bezieht sich in erster Linie auf einen neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland sowie Großbritannien und Russland. Da

die Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland auf dem Balkan aber bald wieder zunehmen, scheitert die Dreikaiserpolitik auf längere Sicht.

### **Der Dreibund Deutschland-Österreich-Italien**

Nach Süden wird 1882 der Zweibund mit Italien zum Dreibund erweitert. Hintergrund dieser Erweiterung ist die zunehmenden Spannungen zwischen Frankreich und Italien in Tunesien. Auch der Dreibund ist ein Defensivbündnis und entlastet zudem noch Österreich-Ungarn, da es über den Verlauf der Grenze mit Italien immer wieder zu Streitigkeiten gekommen ist.

Das Kaiserreich steht daher zu Beginn der 1880er-Jahre im Zentrum zweier Bündnissysteme. Die Aufrechterhaltung ist kompliziert, von Widersprüchen gekennzeichnet und labil. Auf dieser instabilen Basis gelingt für einige Zeit ein Festschreiben des status quo.

### **Erwerbung von Kolonien**

Das Jahr 1884 markiert dann den eigentlichen Beginn der deutschen Kolonialpolitik, als im April Deutsch-Südwestafrika unter den Schutz des Deutschen Reichs gestellt wird. Auch in Deutsch-Ostafrika, Togo, Kamerun und im Pazifik wird die informelle einer formellen Herrschaft. Zwar bleibt die Kolonialpolitik unter Bismarck Episode, die Expansion endet bereits 1885, allerdings ist damit ein Anfang für ein weiteres Ausgreifen ebenso wie für Konflikte mit Großbritannien gemacht.

Übersicht über die deutschen Kolonien („Deutsche Schutzgebiete“):

1. Deutsch-Neuguinea seit 1885, erworben durch Otto Finsch, im Auftrag der Neuguinea-Kompagnie (dazu gehörte: Kaiser-Wilhelms-Land (heute nördliches Papua-Neuguinea), Bismarck-Archipel (Papua-Neuguinea), Bougainville-Insel (Papua-Neuguinea, nördliche Salomon-Inseln 1885–1899 (Salomonen (Choiseul und Santa Isabel)), Marianen seit 1899, Marshallinseln seit 1885, Palau seit 1899, Karolinen (Mikronesien) seit 1899, Nauru seit 1888
2. Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Ruanda, Burundi, Mosambik-Ruvuma-Dreieck) seit 1885, erworben durch Carl Peters
3. Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia, Botswana-Südrand des Caprivi-Zipfels) seit 1884, erworben durch Franz Adolf Eduard Lüderitz

4. Deutsch-Witu (heute südliches Kenia), 1885–1890, erworben durch die Gebrüder Denhardt aus Zeitz
5. Kiautschou seit 1898 (China, für 99 Jahre gepachtet)
6. Deutsch-Kamerun seit 1884, (heute Kamerun, Nigeria-Ostteil, Tschad-Südwestteil, Westteil der Zentralafrikanischen Republik, Nordostteil der Republik Kongo, Gabun-Nordteil) erworben durch Gustav Nachtigal
7. Samoa seit 1899, heute unabhängiger Staat Samoa
8. Togoland seit 1884, (heute Togo, Ghana-Westteil) erworben durch Gustav Nachtigal

Die Landerwerbungen werden zunächst von den beteiligten Handelsgesellschaften verwaltet. Später sieht sich die Reichsregierung genötigt, sie in unmittelbare Verwaltung zu nehmen, Beamten und Truppen dorthin zu schicken.

### **Das Ende der Ära Bismarck]**

Bismarck bleibt zunächst unbeschadet im Amt. So versucht er noch 1889 ein Bündnis mit Großbritannien einzugehen, scheitert jedoch mit diesem Vorhaben. Ein Schlüsselpunkt unter die Sozialgesetzgebung ist die am 23. Mai in Kraft getretene Alters- und Invalidenversicherung.

Zwischen Wilhelm II. und Bismarck kommt es schon bald zu Konflikten. Neben dem Generationsunterschied spielt dabei Wilhelms Wunsch, selbst die Politik zu gestalten, eine wichtige Rolle. Dies schränkt Bismarcks Spielraum erheblich ein. Bestärkt wird der Kaiser dabei von seinem engsten Umfeld, etwa von Philipp zu Eulenburg. Auch in der Öffentlichkeit nimmt die Kritik an der autoritären Kanzlerherrschaft – von einigen sogar als Kanzlerdiktatur bezeichnet – sowie an der innenpolitischen Erstarrung zu. Nicht zuletzt sind Kaiser und Kanzler in der Arbeiterfrage uneins. Während Bismarck an seinem Repressionskurs festhält, spricht sich Wilhelm für ein Ende der Sozialistengesetze aus. Ein Zeichen für diese veränderte Haltung ist während des großen Bergarbeiterstreiks von 1889 der Empfang einer Delegation von streikenden Arbeitern. Dagegen legt Bismarck den Entwurf für ein nunmehr unbefristetes Sozialistengesetz vor. Die Mehrheit des Reichstages lehnt das Gesetz allerdings ab und das Kartell der Rechtsparteien bricht auseinander. Diese müssen bei den Reichstagswahlen 1890 starke Verluste hinnehmen, während das Zentrum, die



Linksliberalen und die Sozialdemokraten zulegen können. Damit ist die parlamentarische Mehrheit für die Politik Bismarcks nicht mehr vorhanden. Die erneuten Drohungen mit einem Staatsstreich laufen ins Leere. In der Folge verschärfen sich die Konflikte zwischen Wilhelm II. und Bismarck noch einmal und der Kanzler gerät allmählich politisch ins Abseits. Bismarck wird durch Wilhelm II. am 18. März 1890 zum Rücktritt von allen seinen Ämtern gezwungen.

## **KAPITEL 7**

### **VORMÄRZ, SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN VORMÄRZ**

Als Vormärz wird der historische Zeitabschnitt zwischen dem Ende des Wiener Kongresses 1815 bzw. der Julirevolution in Frankreich 1830 und der Märzrevolution von 1848/49 bezeichnet. Die Literatur des Vormärz wird auch unter Biedermeier bzw. Literatur der Restaurationsepoche behandelt.

Mit dem Begriff Vormärz wird die Phase zwischen dem Wiener Kongress 1815 und der Märzrevolution 1848 bezeichnet. Synonym dafür wird auch der Begriff der Restaurationszeit verwendet. Noch unmittelbar vor dem letzten Sieg über Napoleon in der Schlacht bei Waterloo vereinbarten die meisten Monarchien und Fürstentümer Europas unter prägendem Einfluss des österreichischen Diplomaten und Staatskanzlers Fürst von Metternich auf dem Wiener Kongress die gemeinsame Politik der Restauration. Deren Ziel war es, nach dem Sieg über Napoleon die alte Ordnung wiederherzustellen. Durch die Erfahrungen der Franzosenzeit in den deutschen Gebieten hatten sich aber ein neuer Einheitsgedanke und Freiheitswünsche entwickelt, aber auch die Vorstellung einer Erbfeindschaft mit Frankreich lebte wieder auf.

In Opposition zu den absolutistischen und monarchistischen Bestrebungen stand daher die liberal-nationale Bewegung, die unter dem Eindruck der Französischen Revolution die Errichtung eines deutschen Nationalstaates mit liberaler Verfassung forderte. In Reaktion auf dieses Gedankengut begründeten die Monarchen mit den Karlsbader Beschlüssen 1819 ein System von Verfolgung und Zensur. Diese Zeit fällt kulturell mit der Romantik und daran anknüpfend mit dem Biedermeier zusammen. Nicht wenige resignierten in der Auseinandersetzung mit der Obrigkeit und führten – zum Teil ungewollt – ein apolitisches, zurückgezogenes Leben.

In den Jahrzehnten zwischen 1815 und 1848, im sogenannten Vormärz, bildeten sich in Opposition gegen das auf der Grundlage von Restauration, Legitimität und Solidarität beruhende System des Deutschen Bundes zahlreiche

Reformbewegungen. Getragen von unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten mit verschiedenen Zielvorstellungen unterschiedlich auch in ihren politischen Methoden, sind sich alle diese Bewegungen darin einig, daß die wirtschaftliche, soziale, und politische Ordnung entscheidend verändert werden müsse; in einem Nationalstaat auf parlamentarische Grundlage, der die zerplitterten Kräfte sammeln und die unzeitgemäßen politischen Ordnungen beseitigen soll.

Und dies nicht allein in Deutschland. Der Nationalgedanke wirkt zu dieser Zeit in ganz Europa als revolutionäre Kraft. Die Befreiungskämpfe der Griechen, Spanier, Italiener und Polen beflügeln gleichzeitig die deutsche Nationalbewegung. Es entsteht eine Solidarität der unterdrückten und zerrissenen Völker gegen die Mächte monarchischer Legitimität, die die Befreiung verhindern. Polen- und Griechenvereine sind in Deutschland zugleich Ausdruck der Opposition gegen die reaktionären innerdeutschen Verhältnissen. Die französische Julirevolution von 1830 löst in ganz Europa eine Welle von nationalrevolutionären Erhebungen aus. Auch die deutsche Nationalbewegung artikuliert sich jetzt entschiedener als bisher.

Starke Impulse zur nationalen Einigung gehen zunächst von der wirtschaftlichen Entwicklung aus. Nach dem Beginn der Industrialisierung in Deutschland leidet die weitere Entfaltung von Handel und Industrie vor allem unter der ökonomischen und politischen Zersplitterung Deutschlands, die sich in einer Fülle von Zollschranken, von uneinheitlichen Münz-, Maß- und Gewichtssystemen zeigt. Nicht nur die deutschen Staaten, sondern auch Provinzen und Städte sind durch Zollschranken voneinander getrennt.

Während die wichtigsten europäischen Nachbarstaaten fremde Waren durch Schutzzölle von ihren Märkten fernzuhalten suchen, herrscht umgekehrt in den Beziehungen der deutschen Staaten zum Ausland im großen und ganzen Handelsfreiheit. Ausländische Waren überschwemmen den deutschen Markt und drohen die entstehende deutsche Industrie zu ruinieren. Deshalb erhebt jetzt das Bürgertum, das bereits die Freiheitskriege gegen Napoleon getragen und die Idee der nationalen Einigung proklamiert hatte, auch aus wirtschaftlichen Überlegungen die Forderung nach dem politischen Zusammenschluß der deutschen Staaten.

Ein erster Schritt zur ökonomischen Vereinheitlichung ist die Aufhebung der Binnenzölle in Preußen 1818. Beeinflußt von diesem Schritt wird im Jahr darauf in

Frankfurt der Allgemeine deutsche Handels- und Gewerbeverein gegründet, der zum Zentrum der Fabrikanten und Kaufleute wird, die an wirtschaftlicher Einheit interessiert sind. Über den mitteldeutschen Zollverein, über Zollverträge zwischen Preußen und den mittel- und süddeutschen Staaten kommt 1833 der Deutsche Zollverein zustande, der unter Führung Preußens die meisten deutschen Staaten unter Auschluss Österreichs Zusammenschließt.

Seine eigentliche Antriebskraft erhält der Nationalgedanke jedoch zunächst aus der Tradition der Freiheitskriege, die vor allem unter den Studenten lebendig ist. Die Vorhut der nationalen Bewegung bilden bis 1830 die Burschenschaften, die sich auf gesamtdeutscher Ebene zusammenschließen. Sie veranstalten mit dem Wartburgfest 1817 die erste öffentliche Kundgebung für die Einheit Deutschlands.

In den "Grundsätzen zum Wartburgfest" wird deutlich die Verbindung zwischen dem Wunsch nach Einheit " Ein Deutschland ist, und ein Deutschland soll sein und bleiben" und der Forderung nach sozialer und politischer Emanzipation gezogen : Der Mensch ist nur frei, wenn er auch ein Mittel hat, sich selbst nach eigenen Zwecken zu bestimmen. Ihr oppositioneller Charakter kommt in der Verbrennung von Symbolen und Schriften der Reaktion zum Ausdruck.

Dagegen versuchen die Vertreter des politischen Liberalismus, der wichtigsten Oppositionsbewegung dieser Zeit, auf legalem Wege ihre Ziele zu erreichen. Dies zunächst in den Einzelstaaten. Ihr allgemeines Ziel ist die Erringung persönlicher und politischer Freiheit für alle Untertanen, also die Gewährung bürgerlicher Freiheitsrechte wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Mitbestimmung des Bürgers in den politischen Entscheidungsprozessen.

Die eingeschränkte Freiheit in den deutschen Staaten verstärkt die nationale Zielsetzung des Liberalismus. Immer häufiger kommt es in den Landtagen zu Demonstrationen für die nationale Einigung: am bekanntesten ist der Welckersche Antrag in der Zweiten badischen Kammer auf Errichtung eines gesamtdeutschen Parlaments geworden, der in klassischer Form den nationalen Gedanken aus der Forderung nach größerer Freiheit herleitet. Volksversammlungen, Presse und bürgerliche Vereine, in denen die Liberalen aller Schattierungen zusammenwirken, sind das Zentrum der Agitation für den Nationalstaat. Die "Radikalen" gehen in ihren

politischen und sozialen Forderungen weiter als Mehrheit der übrigen Liberalen. Statt bloßer Beteiligung des Bürgers verlangen sie die Selbstregierung des Volkes. Und über die freie Entfaltung angeborener und erworbener Kräfte hinaus treten sie nachdrücklich für die Idee der sozialen Gleichheit ein.

### **A. Die Deutsche Burschenschaft**

Im Vormärz ist die deutsche Universität eines der Zentren der nationalen und liberalen Bewegung. Studenten und Akademiker führen die bürgerliche Opposition gegen die bestehenden politischen Verhältnisse an. Aus den Befreiungskriegen zurückgekehrt, sind die von nationaler Begeisterung ergriffenen Studenten enttäuscht über die beginnende Restauration. Sie beharren auf der Forderung nach politischer Einheit der Nation und nach Abschaffung absolutistischer Regierungsformen. Diese progressiven Grundideen mischen sich allerdings nicht selten mit antirationalen und christlich-germanistischen Vorstellungen. Vielen wird das altdeutsche Kaiserreich zum romantisch verklärten Ideal.

Um die deutsche Einheit zumindest an den Universitäten vorgreifend zu verwirklichen, gründen die Studenten eine einheitliche deutsche Burschenschaft. Die erste Burschenschaft entsteht schon im Juni 1815 in Jena. Ihr Wahlspruch ist "Ehre, Freiheit, Vaterland". Schwarz-Rot-Gold, die von den Uniformen des Lützowchen Freikorps übernommenen Farben der Jeneser Burschenschaftsfahne, gelten den Studenten als Farben des Alten Reiches und werden schon bald zum allgemeinen Symbol der nationalen und liberalen Bewegung. Von Jena aus verbreitet sich die Burschenschaft über die meisten deutschen Universitäten. In Oktober 1818 schließen sich die Burschenschaften zur "Allgemeinen Deutschen Burschenschaft" zusammen. Die radikalste Richtung verkörpern die "Gießener Schwarzen", so genannt nach ihrer "altdeutschen" Tracht.

### **B. Die wirtschaftliche Entwicklung in Vormärz**

Die Voraussetzungen für den Aufstieg eines wirtschaftlich starken Bürgertums in Preußen schon in der Reformzeit durch die Bauernbefreiung und die Einführung der Gewerbefreiheit geschaffen. Auf dem Lande wächst die Zahl der Besitzlosen, in

den Städten ist die Macht der Zünfte gebrochen. Preußen geht daher beim Aufbau von Manufakturen und Fabriken voran. Das übrige Deutschland verharret hingegen noch weitgehend in der überlieferten Wirtschaftsverfassung. Sie nach dem preußischen und westeuropäischen Vorbild umzugestalten, ist das Ziel der Reformkräfte.

Auch die wirtschaftliche Zersplitterung Deutschlands ist noch nicht überwinden. Zwar sind die Binnenzölle in den meisten Staaten abgeschafft, die Zollschranken an den Grenzen jedes Bundesstaates bleiben jedoch ein Hindernis für den freien Handel. Friedrich List propagiert einen deutschen "Zollverein" ein einheitliches Wirtschaftsgebiet in den Grenzen des Deutschen Bundes.

Am 1. Januar 1834 tritt der von Preußen ins Leben gerufene deutsche Zollverein in Kraft. Er umfaßt 18 Staaten mit 23 Millionen Einwohnern. Ein Zeitgenosse berichtet: " Als die Mitternachtstunde schlug, öffneten sich die Schlagbäume und unter lautem Jubel eilten die Wagenzüge über die Grenze. Alle waren von dem Gefühl durchdrungen, daß Großes errungen sei".

Voraussetzung des freien Warenverkehrs ist ein leistungsfähiges Transportsystem. Der von Napoleon in großem Stil begonnene Straßenbau wird weitergeführt. Bereits in den wenigen Jahren von 1817 bis 1828 wendet Preußen für Chaussees 11 Mill. Taler. Auch der Bau von Kanälen wird beschleunigt, in der Binnenschifffahrt kommt den Dampfbooten eine wachsende Bedeutung zu. Der entscheidende Sprung vorwärts ist der Bau von Eisenbahnlinien.

Wieder ist es Friedrich List, der die Entwicklung vorantreibt. Zugleich mit seinen Ideen für den deutschen Zollverein entwirft er ein Eisenbahnnetz für Deutschland. 1835 wird die erste Strecke von Nürnberg nach Fürth in Betrieb genommen. Zunächst stößt der Bau von Eisenbahnen auf Skepsis. Bald aber hat man die Notwendigkeit und die Rentabilität der Eisenbahn erkannt: Aktiengesellschaften werden gegründet, um das zum Bau benötigte Kapital aufzubringen.

Nachdem in der ersten Phase der Industrialisierung die moderne Produktionsweise vor allem auf die Herstellung von Textilien beschränkt war, gewinnt mit dem Beginn des Eisenbahnbaues die eisenverarbeitende Industrie Vorrang. In den ersten Jahren des Eisenbahnbaues muß englisches und belgisches Roheisen eingeführt werden, um den Bedarf zu decken. Auch die Lokomotiven

selbst werden größtenteils aus England importiert. Doch schon 1844 kann der Zollverein einen Schutzzoll auf englisches Eisen legen. Der entscheidende Fortschritt in der Produktionstechnik von Schmiedeeisen gelingt durch die Einführung des sogenannten Puddelverfahrens.

Mit steigendem Bedarf an Kohle und Eisen verlagert sich das Schwergewicht der industriellen Produktion ins Ruhrgebiet, das allmählich zum ersten wirtschaftlichen und industriellen Zentrum Deutschlands wird. Auch in der Textilindustrie vollziehen sich tiefgreifende Veränderungen. Die Spinnenmaschinen und Webstühle werden erheblich verbessert. Tuche und Stoffe werden durch diese produktiver arbeitenden Maschinen billiger, und die doch handwerklich arbeitenden fallen der Konkurrenz zum Opfer.

### **C. Die soziale Entwicklung in Vormärz**

Die wirtschaftlichen Veränderungen sprengen das soziale Gefüge der Gesellschaft : Gegen das in Zünften organisierte Kleinbürgertum hebt sich allmählich das frühindustrielle Unternehmertum ab. Viele Handwerksmeister unterliegen der Konkurrenz der Fabriken. Zusammen mit den stellunglosen Gesellen bilden sie das Handwerkerproletariat.

In jenen Ländern, in denen die Bauernbefreiung nur gegen Landabtretung verwirklicht wurde, können zahlreiche Bauern ihren verkleinerten Besitz nicht mehr rentabel bewirtschaften. Sie müssen ihr Land verkaufen und sinken zu Landarbeitern herab. Die Tagelöhner sind das Reservoir für das spätere industrielle Proletariat. Viele von ihnen finden zunächst Arbeit beim Eisenbau.

Die technische Entwicklung bewirkt, daß neben den Männern für einfachere und leichtere Arbeit auch Frauen und Kinder in den Produktionsprozeß einbezogen werden. Dadurch wird die Konkurrenz unter den Arbeitern verstärkt: die schlechte bezahlte Frauen- und Kinderarbeit drückt auch den Lohn des Mannes. Während um 1770 die Arbeitskraft eines Mannes ausreichte, um eine Familie zu erhalten, müssen um 1830 zur Sicherung des Existenzminimum die Frau und drei Kinder mitarbeiten.

Am hartesten betroffen von den Konkurrenz der billigen Maschinenproduktion sind die Weber. Wie die Baumwolle wird jetzt auch der Falchs maschinell versponnen. Die ruinierten dörflichen Flachsspinner suchen Arbeit in der

Leinweberei. Aber auch die Ausdehnungsmöglichkeiten der ländlichen Leinweberei sind durch die Einführung des mechanischen Webstuhls beschränkt. Es kommt zu einem Überangebot an Arbeitskräften, die Löhne sinken weit unter das am Tag Existensminimum. Trotz Arbeitszeiten von 12, 14, ja 16 Stunden am Tag lebt die Masse der Bevölkerung in großem Elend.

#### **D. Die politische Reformbewegung : Liberale und Demokraten**

Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen treiben die politischen Reformbewegungen voran. Die Forderungen reichen – je nach gesellschaftlicher Herkunft und politischem Standort – von der Verwirklichung bürgerlicher Freiheitsrechte in den Einzelstaaten bis zur grundlegenden Veränderung der bestehenden politischen und sozialen Ordnung. Gemeinsam ist das Ziel, die Zersplitterung Deutschlands zu überwinden und einen freiheitlichen Nationalstaat zu errichten, der entweder eine konstitutionelle Monarchie oder eine Republik sein soll.

Die bedeutendste neue politische Bewegung in der Zeit vom Wiener Kongreß bis zur Revolution von 1848 ist der Liberalismus. Er fordert zeitgemäße "Repräsentativverfassungen" für die deutschen Einzelstaaten. In den bereits vorhandenen Langtagen bildet er eine starke Opposition. Sein Ziel ist das Abbau der wirtschaftlichen Schranken und ein geeintes Deutschland auf parlamentarischer Grundlage. Erst in ihm sieht er die freiheitlichen Bürgerrechte gesichert.

Die Bedeutung des Liberalismus im Vormärz liegt mehr auf dem Gebiet der wissenschaftlich-theoretischen als auf dem der praktischen Politik. In einer Fülle staatsrechtlicher Schriften werden die politischen Ziele des Liberalismus erläutert. Rotteck und Welcker, die führenden Theoretiker der süddeutschen Liberalen, fassen im Staatslexikon das liberale politische Programm zusammen. Rotteckt entwickelt in seinen "Ideen über Landstände" als erster in Deutschland ein Konzept einer modernen repräsentativen Verfassung. Denn die erste und wichtigste Forderung der Liberalen sind Verfassungen, die Grundrechte garantieren und dem gebildeten und besitzenden Bürger die Teilnahme an den Staatsangelegenheiten sichern sollen. Hierin sehen die Liberalen das Kriterium "zeitgemäßer, dem Kulturgrad der Nation angemessener Staatsverfassungen".



Die Mehrheit der Liberalen will die Macht der Fürsten nicht beseitigen, sondern einschränken. Trotzdem müssen die Verfassungen erkämpft werden, weil die meisten Fürsten nicht freiwillig politische Mitbestimmungsrechte gewähren. In der Zeit nach dem Wiener Kongreß entstehen als Ergebnis der liberalen Verfassungsbewegung in den süd- und einigen mitteldeutschen Staaten modern Verfassungen, in die erstmals staatsbürgerliche Rechte aufgenommen werden.

Diese Rechte zu verwirklichen und auszubauen, ist das Ziel der Liberalen in den bereits vorhandenen Parlamenten der Einzelstaaten. Allerdings gibt es im Vormärz noch keine liberale "Partei". Die Einheit der Liberalen besteht praktisch nur im gemeinsamen Wiedertand gegen die Regierungen der noch halbabsolutischen Staaten. Sie verstehen sich als ausschließlich ihrem Gewissen verantwortliche freie Persönlichkeiten, die keiner Fraktionsdisziplin unterworfen sind. Die Partei des politischen Liberalismus umfaßt deshalb auch die ganze Spannweite von den "Gemäßigten" welche die Monarchie nicht in Frage stellen, die ihre Ziele auf dem legalen Wege des Ausgleichs erreichen wollen und die auch unter den gegebenen Umständen zur Beteiligung an der Regierungsverantwortung bereit sind, bis zu den "Radikalen" die Staat und Gesellschaft auf revolutionärem Wege von Grund auf umgestalten wollen und die Republik erstreben.

Die Liberalismus ist vor allem eine Bewegung des gebildeten und besitzenden Bürgertums. In der zweiten badischen Kammer, zum Beispiel sind überwiegend bürgerliche Berufe vertreten : Verwaltungsbeamte, Richter, Bürgermeister und Professoren sowie Geistliche, Gastwirte, Kaufleute und Fabrikanten. Die Abgeordneten der süddeutschen Kammern sind nicht mehr an Instruktionen ihrer Stände gebunden, sondern Repräsentanten der ganzen "Nation". Das Volk ist im abstrakten Verständnis der Liberalen die Summe gleichgearteter, mit gleichen Rechten ausgestatteter Individuen. Träger des Staates soll künftig der gebildete und besitzende Bürger sein, der sich als Wortführer der Interessen des Volkes in seiner Gesamtheit versteht. Das im Vormärz bereits sichtbare Problem der sozial Benachteiligten bleibt bei den Liberalen jedoch meist unberücksichtigt.

Auch außerhalb der Kammern entwickelten die Liberalen in kritischen Zeitungen eine rege Aktivität, und ihre politische Ziele in der Öffentlichkeit zu verbreitern. Sie scheuen auch nicht vor der direkten politischen Konfrontation

zurück. Die "Göttinger Sieben" eine Gruppe liberaler Professoren, müssen ihren Protest gegen die absolutische Willkür des Königs von Hannover, der die Verfassung von sich aus aufgehoben hat, mit dem Verlust ihrer Ämter bezahlen.

Aus der eingeschränkten Freiheit in den Einzelstaaten erhält der liberale Nationalgedanke seine Antriebskraft. Die Hoffnungen aller fortschrittlichen Kräfte gelten einem geeinten Deutschland und einer gesamtdeutschen Volksvertretung. Der freiheitliche Nationalstaat soll die zersplitterten Energien sammeln und die politische und soziale Emanzipation ermöglichen. Diesem Ziel gelten Anträge in den einzelnen Parlamenten. Am berühmtesten ist der Antrag Welckers 1831 in der Zweiten badischen Kammer "zur Vervollkommnung der organischen Entwicklung des deutschen Bundes zur bestmöglichen Förderung deutscher staatsbürgerlicher Freiheit. Die Nationalbewegung wird zu einer Volkbewegung : auf Versammlungen und Festen wird ein einiges und freies Deutschland gefordert. Über den Weg freilich bestehen unterschiedliche Meinungen. Die "Gemäßigten" vertrauen auf Verhandlungen mit den Fürsten. Die Radikalen wollen den Befreiungskampf organisieren und erhoffen sich ein einiges und freies Deutschland nur vor einer Revolution.

Die Kompromißbereitschaft der "Gemäßigten" führt jedoch nicht zu den erwarteten Erfolgen. Zudem berücksichtigen sie die sozial schwächsten Gruppen kaum. Die "Demokraten" indessen wenden sich vor allem an die unteren Schichten. Bürgerliche Intellektuelle und Handwerkerproletariat verbünden sich, meist in der Emigration, zu Geheimbänden und fordern in Flugschriften die Republik. Einer der bedeutendsten Geheimbünde ist der "Bund der Geächteten" der ein eigenes Presseorgan besitzt. Innerhalb Deutschlands ist die wichtigste Stimme der "Demokraten" bis zu ihrem Verbot 1843 die "Rheinische Zeitung" mit ihrem Redakteur Karl Marx. Sie fordern die kompromißlose Durchsetzung des Prinzips der Volkssouveränität. Ihre Hauptziele sind die soziale Gleichheit und eine deutsche Republik. In der Reform Deutschlands sehen sie die Grundlage für die reform Europas und die Befreiung aller unterdrückten und unterprivilegierten Völker. Der politische Druck im Deutschen Bund und die Erfolglosigkeit der Kompromißbreiten bewirken, daß diese radikal-demokratischen Bewegung immer mehr Anhänger gewinnt.

## **E. Die kulturnationale Bewegung**

Neben die politische und wirtschaftliche Reformbewegung tritt die kulturnationale Bewegung : Deutschlands kenne zwar keine politische, jedoch eine kulturelle Einheit. Aus der gemeinsamen Sprache, Dichtung und Geschichte wird der Begriff der einheitlichen deutschen Kulturnation entwickelt. Das Nationalbewußsein erfüllt sich damit zugleich bei vielen mit der Erinnerung an eine romantisch verklärte Vergangenheit. Abgewandt von der politischen Realität, entdeckt die Romantik den deutschen Julierevolution 1830 wenden sich demokratische Dichter wider unmittelbar den Problemen der Gegenwart zu.

Die Heidelberger Romantik, ein Kreis von Dichtern um Achim von Arnim, Clemens Breantano, Josef Görres, der um 1806 in Heidelberg wirkt, spiegelt diese Abkehr von der Gegenwart und ihren Problemen besonders deutlich. Im Rückblick auf jene Jahre notiert Achim von Arnim : "Die eigentliche Geschichte war mir damals, unter der trübsinnigen Last, die auf Deutschland ruhte, ein Gegenstand des Abscheus, ich suchte sie bei der Poesi zu vergessen, ich fand in ihr etwas, das sein Wesen nicht von der Jahreszahl borgte, sondern das frei durch alle Zeiten hindurchlebte". So sammelt man die poetische Zeugnisse des deutschen "Volksgeistes", die in den unteren Schichten als Märchen, Lieder und Sagen noch lebendig sind.

An die Stelle des politischen Fortschrittgedankens des Bürgertum tritt die idealisierte Vergangenheit, aus deren Zeugnissen man die Kraft für eine national Wiedergeburt schöpfen will : " Was der Reichtum unsres ganzen Volkes, was seine eigene lebendige Kraft gebildet., das Gewebe langer Zeit und mächtiger Kräfte, den Glauben und das Wissen des Volkes, was sie begleitet in Lust und Tod, Lieder, Sagen, Kondens, Sprüche, Geschichten, Prophezeiungen und Melodien: Wir wollen allen alles wiedergeben....zu dem allgemeinen Denkmal des größten neueren Volkes der Deutschen (Achin von Arnim). In der gleichzeitig entstehenden deutschen Philologie wird die Sprache als einigendes Merkmal der nation wissenschaftlich erforscht. Die Brüder Grimm geben eine historische "Deutsche Grammatik" heraus und begründen damit die germanistische Philologie.

Aus der Rückwendung zu der gegenüber der trostlosen gegenwart romantisch verklärten Vergangenheit der "deutschen Nation" empfängt auch die in dieser Zeit entstehende deutsche Geschichtswissenschaft ihre Impulse. Die Anfänge werden wesentlich gefördert vom Freiherrn von Stein, der eine Sammlung und Edition der Geschichtsquellen des deutschen Mittelalters veranlaßt, die Monumenta Germaniae Historica. Nicht nur in der Geschichtsforschung, sondern auch in Dichtung und Malerei wird das Thema aufgegriffen. Das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation", in dem man deutsche Einheit, Macht und Größe verkörpert sieht, wird zum Gegenbild zu der Zerrissenheit des deutschen Bundes in der Gegenwart.

Diese Rückwendung zum Mittelalter und die Hoffnung auf eine Wiederkehr des alten Kaisertums wird von demokratischen Dichtern verspottet. Vor allem Heine richtet seine Angriffe immer wieder auf diese "Teutschtümelei". Geistiger Mittelpunkt der nationaldemokratischen Bewegung, ist eine Gruppe radikaler Schriftsteller : Börne, Freiligrath, Hoffman von Fallesleben und das junge Deutschland. Sie alle fordern einen demokratischen Volkstaat, kämpfen gegen Feudalismus und Klerikalismus, gegen Bürokratie und Monarchie, gegen die Staatliche Unterdrückung der Presse-, Rede- und Gedankenfreiheit. Diese Dichter, die nach der französischen Julirevolution 1830 an Einfluß gewinnen, fühlen sich dem liberalen und demokratischen "Zeitgeist" verpflichtet.

Die deutschen Dichter auf der Linken gehen über die Propagierung liberaler politischer Forderungen hinaus und wenden sich der sozialkritischen Dichtung zu. In den Vordergrund tritt die Anklage gegen soziale Not, gegen Ungerechtigkeit, Hunger und Elend: Der materielle Druck, unter welchem ein großer Teil Deutschlands liegt, ist ebenso traurig und schimplich als der geistige, und es ist in meinem Augen bei weitem nicht so betrübend, daß dieser oder jener Liberale seine Gedanken nicht drucken lassen darf, als daß viele tausend Familien nicht imstände sind, ihre Kartoffeln zu schmälzen" (Georg Büchner). Diese Beseitigung der gesellschaftlichen Ungleichheit wird zum praktischen revolutionären Programm im Hessischen Landboten. Der Angriff agitatorischer Dichtung zielt nicht mehr allein auf die noch halbabsolutischen Regierungen und das Metternische Polizeisystem, sondern bezieht die bürgerliche Gesellschaftsordnung selbst in seine kritik ein. "das Verhältnis zwischen Armen und Reichen ist das einzige revolutionäre Element in der Welt",

schreibt Büchner 1835 an Gutzkow. Die Reaktion treibt auch diese Dichter in die Emigration oder bringt sie in Gefängnisse. Pastor Weidig – der Mitherausgeber des "Hessischen landboten"- wird 1837 in endlosen Gerichtsverhören zu Tode gequält.

## **F. Kundgebungen der nationalen Bewegung**

Unterschiedliche politische Bedingungen in den deutschen Staaten verhindern eine einheitliche Organisation der Nationalbewegung. Zudem sind über die einzelnen Staaten hinausgehende Vereinsbildungen verboten. Die Anhänger der Nationalbewegung sind deshalb gezwungen, ihren Willen in Festen und Zusammenkünften primär unpolitischen Characters zu zeigen.

Starken Auftrieb erhält die nationale Volksbewegung nach der französischen Julirevolution von 1830. Vor allem in Südwestdeutschland finden jetzt zahlreiche Versammlungen statt, auf denen bereits demokratische Forderungen dominieren. Höhepunkt ist das hambacher Fest bei Neustadt an der Haardt im Jahre 1832. Sein Anlaß ist die Feier des Jahrestages der bayerischen Verfassung von 1818, doch wird es zu einer Demonstration für Einheit und Freiheit, wie sie Deutschland bisher noch nicht erlebt hatte. Annähernd 30000 Menschen aus allen teilen Deutschlands nehmen teil – eine für jene Zeit außerordentliche Zahl, wenn man berücksichtigt, daß damals die Einwohnerzahl einer Großstadt wie Frankfurt am Main etwa 50000 betrug. Vor allem Vertreter des bürgerlichen Mittelstandes, Handwerker, Studenten und Bauern beteiligen sich an dem Fest, das mit einem großen Zug aller Anwesenden auf die Burgruine Hambach beginnt. Dabei werden Schwarz-rot-goldene Fahnen mit der programmatischen Inschrift "Deutschland Wiedergeburt und die Farben des politischen Befreiungskampfes" gezeigt. Die Initiative zu dem Fest geht von den Journalisten Wirth und Siebenpfeifer aus, zwei der mutigsten Vertreter der liberalen Opposition in Süddeutschland.

In seinem Festaufruf "Der deutsche Mai" schreibt Siebenpfeifer, daß nicht Errungenes, sondern ein Fest der Hoffnung gefeiert werden solle, eine Manifestation des Kampfes "für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde". Das Fest wird zu einem Ausdruck der Opposition gegen die Politik des deutschen Bundes. Folgerichtig solidarisiert sich hier die entschiedene Nationalbewegung mit den demokratischen Kräften, die wegen

ihrer Opposition gegen die herrschenden politischen Zustände in Deutschland zur Emigration gezwungen worden sind.

Auf dem Fest werden mehr als 20 Reden gehalten. Gemeinsam ist ihnen der Zorn über die Zerstückelung Deutschlands, die Erbitterung über den Druck der Fürsten und die materielle Not der unteren Schichten. Wohlfahrt, Freiheit und Einheit sollen Gestalt gewinnen in einem deutschen Nationalstaat. Die Antwort der Reaktion auf das Fest ist eine neue Verhaftungswelle, die viele Teilnehmer und die Redner von Hambach tritt. Der Deutsche Bund verschärft mit der drakonischen "Maßregel zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ruhe und Ordnung im Deutschen Bund", die Überwachungsmethoden. Die Farben "Schwarz-rot-Gold", Ausdruck der liberalen und demokratischen Opposition, dürfen nicht mehr öffentlich gezeigt werden.

Die Hambacher Fest ist die bedeutendste, aber nicht die einzige Manifestation für Einheit und Freiheit in diesen Jahren. Auf zahlreichen Gelehrtenkongressen wird der geistige und kulturelle Zusammenhang Deutschlands betont. "Hier repräsentiert sich Deutschland in seiner geistigen Einheit": mit diesen Worten begrüßt Alexander von Humbolt 1828 die Teilnehmer der Berliner Tagung der 1822 gegründeten "Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte" und drückt damit den politischen Charakter dieser Zusammenkünfte aus.

## **G. Nationale Vorbilder in Europa**

Die liberale und die nationale Bewegung in Deutschland sind nur Teil einer europäischen Gesamtströmung. Überall kämpfen die Völker um nationale Einheit und Unabhängigkeit, um Verfassungen und liberale Reformen. Hand in Hand damit geht der Kampf um nationale Einigung und Unabhängigkeit. Ausländische Vorbilder liefern starke Impulse. Die nationale Erhebung Griechenlands, der italienische Einigungskampf, die französische Julirevolution und der Polenaufstand von 1830 beflügeln die nationale Bewegung in Deutschland.

Als sich 1821 die Griechen gegen die türkische Herrschaft erheben, unterstützen in Deutschland die Vereine der "Philhellenen" den griechischen Freiheitskampf mit Geldspenden und Freiwilligen. Gegen den Widerstand Metternichts, der die "Legitimität" der Herrschaft des Sultans betont, entsendet Bayernkönig Ludwig I. Offiziere nach Griechenland. Aus England schifft sich Lord

Byron als berühmtester der Freiwilligen ein. Als 1827 Rußland, Frankreich und England die Unabhängigkeit Griechenlands erfechten, hat die Metternische Legitimitätspolitik ihre erste Niederlage im Kampf mit der Nationalbewegung erlitten.

In Spanien und Italien dagegen werden durch Intervention der Großmächte die liberalen Bewegungen niedergeworfen. Der Aufstand der spanischen Liberalen von 1820 zwingt König Ferdinand VII. Zwar vorübergehend zur Wiedereinführung der napoleonischen Verfassung. Aber das Eingreifen Frankreichs verhilft der Reaktion erneut zum Sieg.

Den stärksten Einfluß auf die politische Situation in Deutschland hat die Pariser Julirevolution von 1830. Der vom Bürgertum erzwungene Sturz des reaktionären Königs wirkt auf Europa wie ein Signal. In Deutschland, Italien, Belgien und Polen kommt es zu Aufständen. Unruhen in Braunschweig, Sachsen, Hannover und Kurhessen erzwingen neue Verfassungen. In Braunschweig geht das Schloß des noch immer absolutistisch regierenden Herzogs in Flammen auf. Die deutschen Liberalen und Demokraten gewinnen Anhang und Unterstützung in der Masse des Volkes.

Eine weitere Folge der Pariser Julirevolution ist der polnische Aufstand von 1830/1831. Die Polen, noch immer aufgeteilt zwischen Rußland, Preußen und Österreich, erstreben die Wiederbegründung eines polnischen Nationalstaates. Sie alarmieren damit die drei betroffenen Großmächte. Während Preußen die Provinz Posen durch Militärbesatzung sichert, wirft der Zar den Aufstand nieder. In Rußland wie auch in Preußen setzt eine scharf antipolnische Politik ein, Tausende von Polen sehen sich zur Emigration gezwungen. Das Scheitern des Aufstandes und die Leiden der Polen nach der Unterwerfung erwecken Teilnahme aller europäischen Liberalen und Demokraten. Auch durch das liberale Deutschland geht eine Welle der Polenbegeisterung. Die Emigranten werden öffentlich gefeiert und von zahlreichen Polenvereinen unterstützt. Der Bundestag läßt sie aus Furcht vor der erstarkenden Nationalbewegung verbieten. Wie die Heldentaten der Griechen werden auch die Leiden der Polen zum bevorzugten Gegenstand der politischen Publizistik.

## **H. Sammlung der politischen Kräfte**

1847 haben sich die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland weiter verschlechtert. Die politischen Gruppen beginnen, sich über die Grenzen der Einzelstaaten hinweg zu verständigen. Dabei zeigt sich immer deutlicher die Kluft zwischen der Mehrheit der gemäßigten Liberalen, die ihre Hoffnungen immer noch auf Reformen und Vereinbarungen mit den Fürsten setzen, und der Minderheit der radikalen Demokraten, deren Bestrebungen sozialrevolutionäre Züge tragen.

Die Republikaner, konzentriert in Baden, versammeln sich unter der Führung Heckers und Struves am 12. September 1847 in Offenburg. In den "Forderungen des Volkes in Baden" verlangen sie die Wiederherstellung der Presse- und Lehrfreiheit, die Abschaffung aller Privilegien, die Angleichung des "Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital". Und sie fordern eine "Vertretung des Volks beim deutschen Bunde". Die gemäßigten Liberalen treffen sich am 10. Oktober 1847 in Heppenheim. Unter ihnen sind überwiegend Abgeordnete der süddeutschen Kammern, aber auch rheinische Liberale wie die Rheinpreußen Hansemann und Mevissan. Organ ihre Bestrebungen ist eben gegründete "Deutsche Zeitung" in Heidelberg. Die Teilnehmer verwerfen ausdrücklich jede Einigung Deutschlands auf gewaltsamen Wege. Sie lehnen eine Vertretung des Volkes beim Deutschen Bund ab, da diesem die zentrale Regierungsgewalt fehle. Dagegen entwickeln sie den Plan, den Zollverein schrittweise zu einer Deutschland auch politisch einigenden Institution auszubauen. Zusätzlich beraten sie über die Lage der ärmeren Klassen und die gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten zur Erleichterung des kleineren Mittelstandes und der Arbeiter.

## **KAPITEL 8**

### **DER DEUTSCHER BUND**



Der Deutsche Bund war ein Staatenbund überwiegend deutschsprachiger Staaten zwischen 1815 und 1866. Er wurde am 8. Juni 1815 auf dem Wiener Kongress ins Leben gerufen. Er folgte dem 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reich und dem napoleonischen Rheinbund als lockerer Zusammenschluss von Einzelstaaten nach.

Die Gründungsurkunde, die Deutsche Bundesakte, wurde von 39 Mitgliedstaaten unterzeichnet, von 35 Fürstentümern und vier freien Städten. Deren Anzahl sank durch Vereinigungen infolge von Kauf oder Erbgang bis 1863 auf 35 Staaten. Von Preußen und Österreich gehörten nur die Teile zum Deutschen Bund, die bereits zuvor Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gewesen waren. Die Fläche des Deutschen Bundes umfasste im Jahr 1815 rund 630.100 Quadratkilometer mit einer Bevölkerungszahl von etwa 29,2 Millionen Einwohnern, die bis 1865 auf ungefähr 47,7 Millionen Einwohner anwuchs.

Der Deutsche Bund wurde in Folge des Deutschen Krieges im Prager Frieden offiziell aufgelöst. Im Jahr 1871 gab es nach dem Beitritt der drei süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund kurzzeitig erneut einen *Deutschen Bund*, ehe dieser nach der Reichsgründung zum Deutschen Reich wurde.



Deutscher Bund 1815–1866



Karte Europas nach dem Wiener Kongress

## A. Geschichte

Die Geschichte des Bundes lässt sich in verschiedene Phasen gliedern:

1. Die erste Phase von 1815 bis 1848 wird als Vormärz oder Restaurationsphase bezeichnet.
2. Die zweite Phase ist die Zeit ab der Märzrevolution von 1848 bis zum endgültigen Scheitern der Revolution 1849. Während dieser Periode verabschiedete die Frankfurter Nationalversammlung erstmalig eine gesamtdeutsche Verfassung, welche aber aufgrund der Weigerung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV., die ihm angetragene Kaiserwürde anzunehmen, scheiterte.
3. Die dritte Phase ist die Reaktionsära nach dem Ende der Revolution von 1848/49. Sie war geprägt durch den Versuch der Restaurierung des Deutschen Bundes in seiner vorrevolutionären Gestalt und durch obrigkeitstaatliche Unterdrückung aller oppositionellen Bewegungen. Der politische Gegensatz zwischen Österreich und Preußen über die Frage der Verwaltung Schleswig-Holsteins und der Ausgang des Deutschen Krieges von 1866 bedeuteten das Ende des Deutschen Bundes. Seine Nachfolge trat der Norddeutsche Bund an.

## B. Die europäische Dimension des Bundes

Der Deutsche Bund war eines der zentralen Ergebnisse des Wiener Kongresses von 1814/15. Erste Ansätze dazu gingen allerdings bis auf den ersten Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 zurück. Dieser enthielt eine Klausel über die Zukunft der deutschen Staaten. Diese sollten unabhängig voneinander sein, gleichzeitig aber durch ein gemeinsames föderatives Band miteinander verknüpft

werden. Diesen Vorgaben folgte der Wiener Kongress nach Erörterung auch anderer Modelle weitgehend. Am 8. Juni 1815 sanktionierten die versammelten Mächte mit der Deutschen Bundesakte die völkerrechtliche Grundlage des Deutschen Bundes. Diese war formal ein Verfassungsvertrag der beteiligten Mitgliedstaaten. Durch die Einfügung der Bundesakte in die Wiener Kongressakte wurde die Gründung von den großen europäischen Mächten garantiert. Da die Bundesakte nur eine Rahmenvereinbarung war, musste sie ergänzt und präzisiert werden. Erst fünf Jahre später einigten sich die Vertreter der Bundesstaaten und Städte auf der Wiener Ministerkonferenz und unterzeichneten die Wiener Schlussakte. Sie wurde am 8. Juni 1820 einstimmig von der Bundesversammlung angenommen und trat damit als zweites, gleichberechtigtes Bundesgrundgesetz in Kraft.

Auf europäischer Ebene sollte der Bund für Ruhe und Gleichgewicht sorgen. Dazu diente nicht zuletzt die Militärverfassung. Als Ganzes war der Bund nach außen durch die Schaffung eines Bundesheeres aus Kontingenten der Mitgliedsstaaten durchaus *verteidigungsfähig*, strukturell aber nicht *angriffsfähig*.

Die Garantiemächte waren Österreich, Preußen, Russland, Großbritannien, Schweden, Portugal und Spanien. Sie hielten sich bei Verstößen einzelner Mitgliedsstaaten gegen den Inhalt des Vertrages für berechtigt, auch in innere Angelegenheiten des Bundes einzugreifen. Dies war etwa 1833 im Zusammenhang mit dem Frankfurter Wachensturm der Fall, als Bundestruppen die Stadt besetzten. Dies führte zu Protesten der britischen und französischen Regierungen, die dies für einen Verstoß gegen die garantierte Souveränität der Einzelstaaten hielten.

Auch die Mitgliedschaft von nichtdeutschen Monarchen ordnete den Bund in das europäische Gesamtgefüge ein. Durch Personalunion und Besitz von Territorien im Bereich des Bundes waren der König von Großbritannien und Irland als König von Hannover (bis 1837), der König von Dänemark als Herzog von Lauenburg und Holstein (bis 1864), der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg und ab 1839 als Herzog von Limburg Mitglieder des Bundes. Diese Mitgliedschaft von Fürsten ausländischer Staaten wie auch die Tatsache, dass Preußen und Österreich einen Großteil ihrer Gebiete außerhalb des Bundes hatten, widersprachen dem sich allmählich durchsetzenden Prinzip der Nationalstaaten.

## **C. Organe des Bundes**

Das zentrale Bundesorgan war die in Frankfurt am Main tagende Bundesversammlung (Bundestag), ein ständig tagender Gesandtenkongress. Dieser trat zum ersten Mal am 5. November 1816 zusammen. Erste Aufgabe war es, ein Grundgesetz des Bundes im Hinblick auf die auswärtigen, inneren und militärischen Verhältnisse zu schaffen (Art. 10 Bundesakte). Es ging also darum, den Rahmen der Bundesakte auszufüllen. Dazu ist es allerdings nur teilweise gekommen, wengleich die Wiener Schlussakte vom 8. Juni 1820 ein Versuch zu einer verfassungsähnlichen Zusammenfassung des Bundesrechts war.

Die Bundesversammlung bestand aus zwei Räten, dem Plenum und dem Engeren Rat. Im Plenum waren alle Staaten stimmberechtigt. Allerdings bemaß sich die Stimmenstärke wie beim heutigen Bundesrat nach der Einwohnerzahl. Auch die geschlossene Abgabe der Stimmen der einzelnen Staaten, seit 1949/1990 der Bundesländer, lässt eine solche Kontinuität erkennen. Dazu zählt auch, dass die Gesandten nicht vom Volk gewählt wurden, sondern Regierungsvertreter waren. Das Plenum trat allerdings nur selten zusammen. Es war vor allem für Grundsatzfragen oder für die Neueinrichtung von Bundesinstitutionen zuständig. In diesen Fällen war ein einstimmiges Votum notwendig. Durch dieses Prinzip konnte die strukturelle Weiterentwicklung des Bundes blockiert und Zentralismus verhindert werden.

Dagegen tagte der Engere Rat unter dem Präsidium von Österreich regelmäßig. Dieser hatte 17 Mitglieder. Während die größeren Staaten Preußen, Österreich, Sachsen, Bayern, Hannover, Württemberg, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, die Herzogtümer Lauenburg und Holstein sowie das Großherzogtum Luxemburg über so genannte Virilstimmen verfügten und damit eigene Vertreter stellten, hatten die kleinen Staaten nur eine Kuriatstimme. Nur indirekt und gemeinsam über eine von sechs Kurien waren sie an den Beratungen beteiligt. Der stimmberechtigte Bundesbevollmächtigte wechselte zwischen den Ländern dabei regelmäßig. Diese Unterscheidung von Viril- und Kuriatstimmen wurde, wie auch andere Elemente, vom Reichstag des Alten Reiches übernommen.

Im engeren Rat reichte zur Beschlussfassung die einfache Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gab der österreichische Präsidialgesandte den Ausschlag. Bundesrecht hatte Vorrang vor Landesrecht. Ansonsten galten die jeweiligen

Landesgesetze. Gemessen an der Stimmenverteilung, konnten weder Österreich noch Preußen das Plenum oder den engeren Rat majorisieren. Auch konnte keiner der beiden großen Staaten zusammen mit den Virilstimmen anderer Länder die übrigen Bundesmitglieder überstimmen.

Insofern entsprach die Struktur des Bundes nicht einem auf Österreich zugeschnittenen System Metternich, sondern hatte zunächst eine prinzipiell offenere Bundesverfassung und ließ beim nationalistisch gesinnten Bürgertum Hoffnungen auf eine Entwicklung des Bundes hin zu einem Nationalstaat aufkommen. Damit war es freilich mit dem Beginn der Restaurationszeit vorbei. Nicht verwirklicht wurde vor allem in den großen Staaten Österreich und Preußen bis zur Revolution von 1848 die Einführung einer Verfassung.

Auch wenn die meisten Verfassungshistoriker die Auffassung vertreten, dass der Deutsche Bund lediglich ein Staatenbund war, der außer dem Bundestag keine weiteren Organe besaß, haben sich doch in der Verfassungswirklichkeit auch Ansätze einer bundesstaatlichen Ordnung entwickelt. So entstand im Zusammenhang mit der Demagogenverfolgung die staatspolizeiliche Überwachungsbehörde in Mainz beziehungsweise in Frankfurt. Daneben wurden in verschiedenen Ausschüssen des Bundestages Entscheidungen etwa zu wirtschaftspolitischen Fragen, zur Regelung der Auswanderung und anderen Problemen getroffen.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass der Deutsche Bund letztlich mehr Staatenbund als Bundesstaat war. So waren zwar ausländische Fürsten in Frankfurt vertreten, ein aktives Gesandtschaftswesen hat der Bund selber, mit wenigen Ausnahmen, jedoch nicht unterhalten, obwohl die Wiener Schlussakte in Artikel 50 eine gemeinsame auswärtige Politik sowie den Austausch von Gesandten ausdrücklich vorsah. Vor allem die beiden europäischen Großmächte hatten an einer selbständigen Außenpolitik kein Interesse, auch hätte diese dem Prinzip der Souveränität der Einzelstaaten widersprochen. Diese blieb Sache der größeren Einzelstaaten. Zu den Repräsentationsdefiziten nach innen wie nach außen gehörte auch, dass es bis 1848 keine eigene Staatssymbolik des Bundes gab.

Die Struktur der Bundesversammlung als Gesandtenkongress führte zu einer meist langsamen Entscheidungsfindung. Zudem stellte sich in der Praxis bald heraus,

dass der Bund nur entscheidungsfähig war, wenn der nirgendwo verbriefte Konsens von Preußen und Österreich nicht aufgekündigt wurde.

Die Geschichte des Bundes von 1814 bis 1866 wurde von dem Neben- und Gegeneinander von Österreich, Preußen und dem „Dritten Deutschland“ durchzogen. Solange die deutschen Großmächte zusammenarbeiteten war der Deutsche Bund ein Instrument, um die Klein- und Mittelstaaten zu disziplinieren. Dies kam etwa zum Tragen, wenn es dort zu Liberalisierungen im Bereich des Vereins- oder Pressewesens kam. Höhepunkte waren die Phasen der Restauration nach 1819 und der Reaktion nach 1849. Dagegen hatten die kleineren und mittleren Staaten in Zeiten revolutionärer Unruhe, wie in der Julirevolution 1830 und in der Revolution 1848/49, sowie während der Phasen des preußisch-österreichischen Konflikts, mehr Bewegungsspielraum. Die starke Stellung der beiden Großmächte entsprang allerdings nicht der Konstruktion des Bundes, sondern beruhte im Kern auf Machtpolitik, die sich notfalls auch militärischer Gewalt bediente. Da die beiden deutschen Großmächte über den Bund hinausreichten, konnten sie mehr Truppen unterhalten, als ihnen die Bundeskriegsverfassung von 1821 zugestand. Dies unterschied sie deutlich von den kleineren Staaten des Bundes.

## **D. Militärgewalt des Bundes**

### **1. Organisation**

Teilweise im Gegensatz zu der Vorstellung eines kaum handlungsfähigen Gebildes wies der Deutsche Bund eine ausgebaute Militärordnung auf. Er verfügte über eine Bundeskriegsverfassung und eine Exekutionsordnung zur Durchsetzung seiner Beschlüsse gegenüber widerstrebenden Bundesstaaten. Eine Bundesmilitärkommission versah im Auftrag der Bundesversammlung die laufende Organisationsarbeit. Aber auch gegenüber dem Ausland konnte notfalls mit dem Bundesheer eine beachtliche Militärmacht aufgeboten werden. Diese bestand aus einem in zehn Armeekorps gegliederten Bundesheer. Ein Teil davon existierte sogar als stehendes Heer. Allerdings gab es keine einheitliche Armee, sondern das Militär setzte sich aus Kontingenten der Mitglieder zusammen. Österreich und Preußen stellten jeweils drei Korps, Bayern eines, und die übrigen drei Korps waren gemischte Einheiten aus den übrigen Bundesstaaten.

Der Militärbeitrag bemaß sich nach der Zahl der Einwohner. Daher spiegelte sich auch das Übergewicht Preußens und Österreichs in ihren Anteilen an den Bundestruppen wieder. Insgesamt kam der Bund nach einer Mobilisierung auf etwa 300.000 Mann. Erhebliche Bedeutung hatten die Bundesfestungen, in denen der stehende Teil der Truppen stationiert war. Diese lagen entlang der Grenzen zu Frankreich, da man im Westen ein Übergreifen neuer revolutionärer Bewegungen oder staatliches Expansionsstreben befürchtete. Die größte Festung befand sich in Mainz, hinzu kamen Luxemburg und Landau und nach der Rheinkrise von 1840 Rastatt und Ulm. Zum Unterhalt der Festungen zahlten die Mitgliedstaaten in eine Bundesmatrikularkasse ein. Einen dauerhaften Oberbefehl gab es nicht. Der Bundesoberfeldherr sollte in Krisenzeiten vom engeren Rat der Bundesversammlung gewählt werden.

## **2. Bundesexekutionen und Bundesinterventionen**

Im Jahr 1830 verhinderten Bundestruppen mit einem Befehlshaber aus dem Königreich Hannover beispielsweise die Annexion Luxemburgs durch das neu entstehende Belgien. Nach dem Frankfurter Wachensturm in der freien Stadt Frankfurt intervenierten im Jahr 1833 preußische und österreichische Bundestruppen aus der Mainzer Bundesfestung. Im Revolutionsjahr 1848/49 wurden Truppen des Bundes verschiedene Male gegen die Revolutionäre eingesetzt. Dies geschah anfangs noch auf Befehl des alten Bundestages, so während der badischen Aprilrevolution gegen Friedrich Hecker und Gustav Struve. Im Sommer 1848 gingen die Bundestruppen in den Festungen in die Befehlsgewalt der provisorischen Zentralgewalt über. Als Reichstruppen wurden sie vielfach eingesetzt, zuletzt zur Beseitigung der demokratischen badischen Regierung im Sommer 1849 mit Unterstützung weiterer preußischer Einheiten.

Besonders spektakulär war die Bundesintervention von Bundestruppen, den sogenannten Strafbayern, nach der Revolution zwischen 1850 und 1852 in Kurhessen zur Unterstützung des weitgehend isolierten reaktionären Kurfürsten Friedrich Wilhelm.



Karte der Bundesfestung Mainz um 1844

Die Durchsetzungsfähigkeit der Bundestruppen endete bei den Großmächten Österreich und Preußen; sie war lediglich stark genug, sich gegen Klein- und Mittelstaaten durchzusetzen. Teilweise reichte bereits die Drohung mit einer Bundesexekution, um ein Land zum Einlenken zu bewegen. Das betraf z. B. das Land Baden, das 1832 auf diese Weise dazu gebracht wurde, auf ein liberales Pressegesetz zu verzichten. Zweifellos spielte die militärische Bundesmacht eine wichtige Rolle als repressives Mittel gegen die verschiedenen politischen Bewegungen in den deutschen Staaten. Auf der anderen Seite sorgten die Militärmacht des Bundes und die Hegemonie der Großmächte Preußen und Österreich für eine friedensichernde Balance im Inneren bis 1866.<sup>[7]</sup>

## **E. Innere Gestaltung während der Restaurationszeit**

Erhebliche Bedeutung hatte der Bund in der Innenpolitik, bei der die problematischen Gegensätze von Agrar- und Industriegesellschaft, von protestantischem Norden und katholischem Süden sowie zwischen konstitutionellen und absoluten Monarchien innerhalb des Bundesgebiets zu berücksichtigen waren. Es gab Grenzen hinsichtlich der einigungsfähigen Materie. Zwar betont die neuere Forschung, dass die Bundesversammlung vielfach über die in Artikel 19 der Bundesakte vorgesehenen Wirtschafts-, Handels- und Verkehrsfragen debattiert habe; doch zu Entscheidungen kam es nicht. In diese Lücke stießen die verschiedenen Zollvereine, die damit quasi eine originäre Aufgabe des Bundes übernahmen. Auch die in der Bundesakte vorgesehene Fortführung der Judenemanzipation sowie eine Verankerung der Pressefreiheit wurden nicht umgesetzt.



## 1. Verfassungsfrage

Bereits vor der Gründung des Bundes setzte die Entstehung von Verfassungen in eher kleinen Staaten ein, ehe die Entwicklung auch die größeren Staaten erreichte. Den Anfang machte Nassau (1814), es folgten Schwarzburg-Rudolstadt (1816), Schaumburg-Lippe (1816), Waldeck (1816), Sachsen-Weimar-Eisenach (1816), dann Sachsen-Hildburghausen (1818), Bayern (1818), Baden (1818), Lippe-Detmold (1819), Württemberg (1819) und Hessen-Darmstadt (1820). Weitere Staaten folgten, bis schließlich Luxemburg (1841) den Schlusspunkt in der Verfassungsgebung des Vormärz' setzte.

Teilweise verfügten die Abgeordneten bereits über freie Mandate. Überall jedoch wirkten die alten ständischen Traditionen nach, etwa der Vorrang des Adels bei der Schaffung einer ersten Kammer oder eines Herrenhauses. In ihnen saßen Vertreter des Adels, hohe Beamte und Militärs, teilweise auch kirchliche oder universitäre Funktionsträger. Das Wahlrecht schloss nicht nur Frauen aus, sondern durch ein Zensuswahlrecht auch Kreise der ärmeren Bevölkerung. Außerdem wurden die Rechte der Volksvertretungen durch das Einberufungs- und Entlassungsrecht des Monarchen eingeschränkt. Die Parlamente berieten über Steuern oder Gesetzesentwürfe, aber nur in wenigen Staaten, wie in Württemberg, hatten sie das Recht, über den Staatshaushalt zu befinden.

## 2. Karlsbader Beschlüsse



### Universitäten im Deutschen Bund und Wartburgfest 1817

Metternich nutzte die Burschenschaften und die entstehende liberale Bewegung, um eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung zu behaupten. Als Beleg diente zunächst das Wartburgfest vom 18. Oktober 1817. Vor allem gegen die

Burschenschaften gingen die Einzelstaaten und der deutsche Bund mit Polizei und Spitzeln vor. Auf dem Aachener Kongress von 1818 machten die österreichische Politik des restaurativen Umbaus des Bundes und die Zusammenarbeit mit der konservativen Berliner Hofpartei weitere Fortschritte. International konnten sich die Befürworter vor allem der Unterstützung Russlands sicher sein. Die Möglichkeit zum Frontalangriff gegen die Reformer bot die Ermordung des Schriftstellers August von Kotzebue durch den Studenten Karl Ludwig Sand am 23. März 1819.



#### artburgfest 1817

Daraufhin kam es in Teplitz zu einem Treffen Metternichs mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg, bei dem die späteren Karlsbader Beschlüsse vorbereitet wurden. Die Befürworter einer liberal-konstitutionellen Fortentwicklung unter den Mitgliedern des Deutschen Bundes – durch eine Pressekampagne von Metternichs Vertrautem Friedrich von Gentz zusätzlich in die Defensive gedrängt – konnten dem kaum etwas entgegensetzen und mussten in einer „Teplitzer Punktation“ der österreichisch-preußischen Vereinbarung zustimmen.

Unmittelbar danach fand vom 6. bis 31. August 1819 eine Geheimkonferenz in Karlsbad statt, an der Minister aus den zehn größten Bundesstaaten teilnahmen. Diese einigten sich in langen Debatten auf ein ganzes Bündel von Bundesgesetzvorlagen, die Repressionsmaßnahmen gegen die Opposition an den Universitäten<sup>[9]</sup> und Schulen, insbesondere gegen die studentischen Burschenschaften, enthielten und die Abschaffung der Pressefreiheit bedeuteten.<sup>[10]</sup> Allerdings gelang es Metternich gegen den Widerstand Bayerns und Württembergs nicht, die altständische Verfassung als verbindliches Modell für alle Bundesstaaten durchzusetzen. Alles andere beschloss die Bundesversammlung äußerst rasch und in

verfassungsrechtlich bedenklicher Weise. Ein Verfassungsbruch lag jedoch bereits in der Karlsbader Konferenz selbst, die den Bundestag als alleinzuständiges Gremium nach Artikel 4 der Bundesakte übergangen und dabei auch das Mitspracherecht der kleineren Bundesstaaten missachtet hatte. <sup>[11]</sup>

### **3. Restaurative Umgründung des Bundes**

Bei aller anfänglichen Offenheit wird das Bild des Deutschen Bundes durch diese Funktion als „Vollstrecker der Restaurationsideen“ geprägt (Theodor Schieder). Der Bund gewann den Charakter eines bevormundenden Polizeistaates, dem es darum ging, „Ruhe und Ordnung“ durchzusetzen. Das Universitätsgesetz ermöglichte die Entlassung politisch verdächtiger Professoren, die Burschenschaften wurden verboten, das Pressegesetz führte, im Gegensatz zu Artikel 18 der Bundesakte, eine strikte Zensur ein. Zur Ausführung dieser Maßnahmen wurde eine siebenköpfige Mainzer Zentraluntersuchungskommission ins Leben gerufen. Diese besaß in hohem Maß Weisungsbefugnisse gegenüber den Polizeibehörden der Einzelstaaten. <sup>[12]</sup>

Die meisten Bundesstaaten setzten diese Bestimmungen in unterschiedlicher Intensität in Landesrecht um. Am stärksten waren die Widerstände in Bayern, Württemberg und Sachsen-Weimar. Besonderen Eifer legten dagegen Baden, Nassau und Preußen an den Tag. Diese gingen sogar über die Bundesvorschriften noch hinaus. Unmittelbar nach den Karlsbader Beschlüssen begann die so genannte Demagogenverfolgung missliebiger Personen. Eine ganze Reihe der Opposition verdächtigter Professoren wurde entlassen, so etwa Jakob Friedrich Fries und Lorenz Oken in Jena, Wilhelm Martin Leberecht de Wette in Berlin, Ernst Moritz Arndt in Bonn oder die Brüder Carl und Friedrich Gottlieb Welcker in Gießen. Daneben wurden zahlreiche Burschenschafter zu Gefängnis oder Festungshaft verurteilt.

Dennoch waren diese Maßnahmen und die daraus resultierenden gesellschaftspolitischen Verhältnisse weit entfernt von denen der Diktaturen des 20. Jahrhunderts. So gab es gegen die Karlsbader Beschlüsse öffentlichen Widerspruch, etwa von Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Friedrich Christoph Dahlmann oder Wilhelm von Humboldt. Einige der Kritiker, wie Johann Friedrich Benzenberg, warnten davor, dass die Maßnahmen auf lange Sicht eine Revolution erst ermöglichen würden.

Vollendet wurde die Politik Metternichs zur konservativen Umgründung des Bundes auf den Wiener Ministerialkonferenzen vom November 1819 bis Mai 1820. Sie dienten dazu, die offenen Punkte der Bundesakte im restaurativen Sinne zu schließen. Das Ergebnis war die „Bundes-Supplementarakte“, besser bekannt unter dem Namen Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820.<sup>[13]</sup> Darin wurde eine Auslegung des Verfassungsartikels der Bundesakte festgeschrieben, wonach zwar einerseits die bestehenden Konstitutionen Bestandsrecht hatten, andererseits das monarchische Prinzip aber fest verankert und die möglichen Rechte der Landstände oder Parlamente begrenzt wurden.<sup>[14]</sup>

## **F. Politische Entwicklungen**

### **1. Die Julirevolution im Deutschen Bund**

Trotz der polizeilichen Maßnahmen während der Restaurationszeit war es dem Deutschen Bund und seinen Mitgliedsstaaten nicht gelungen, die liberale und nationale Opposition wirklich nachhaltig zu schwächen. Selbst in den 1820er Jahren bestand diese weiter. Da sie sich nicht mehr offen betätigen konnte, suchte etwa die nationale Bewegung nach äußerlich unverdächtigen Ausdrucksformen. So diente der Philhellenismus im Zuge der griechischen Revolution auch als Ersatz für die verbotene deutsche Bewegung. Die Fortexistenz wurde den Zeitgenossen vor allem seit dem Übergreifen der Julirevolution aus Frankreich im Jahr 1830 auf die Mitgliedsstaaten des Bundes deutlich. Die erneute Revolution in Frankreich hatte den Regierungen deutlich gemacht, dass eine europaweite restaurative Stabilisierung eine Episode zu werden drohte. Umgekehrt haben die Ereignisse in Frankreich die Hoffnungen der Liberalen auf politische Veränderungen bestärkt. Nicht zu vergessen ist, dass von der belgischen Revolution, dem polnischen Novemberaufstand und den Ereignissen im Rahmen des italienischen Risorgimento einige Gliedstaaten des Bundes direkt betroffen waren. Innerhalb der Bundesgrenzen selbst brachen revolutionäre Unruhen aus, die vorübergehend vom Bund oder seinen Gliedstaaten zwar militärisch bekämpft werden konnten, auf mittlere Sicht aber Impulse für Reformen im Sinne des Konstitutionalismus gaben und der Beginn eines sich in den vierziger Jahren verstärkenden politischen Radikalisierungsprozesses waren.

Revolutionäre Unruhen brachen 1830 etwa im Herzogtum Braunschweig aus. Der regierende Herzog Karl II. hatte 1827 in einer Art Staatsstreich gegen den ausdrücklichen Willen des Bundes die Verfassung aufgehoben und eine absolutistische Herrschaftsform eingeführt. Die dadurch ausgelöste politische Unzufriedenheit mischte sich mit sozialen Problemen. Beides zusammen führte schließlich zur Erstürmung des herzoglichen Schlosses und zur Absetzung des Herzogs wegen „Regierungsunfähigkeit“ durch einen zusammengetretenen Landtagsausschuss. Eine mögliche Bundesexekution unterblieb, da sich der Herzog in den Jahren zuvor bereits bei den übrigen Mitgliedern des Bundes diskreditiert hatte.

Auch in Kurhessen hatte Kurfürst Wilhelm II. durch sein absolutistisches Gebaren und seine Mätressenwirtschaft jedes Vertrauen verloren. Auch hier war politischer Protest mit sozialer Unzufriedenheit verbunden. In Sachsen entwickelten sich revolutionäre Unruhen zunächst in den Städten und breiteten sich in die Dörfer der Weber und anderer Textilhersteller aus. Dort verbanden sich politische Kritik an der altständischen Verfassung und antikatholische Ressentiments (gegen das Königshaus) mit Handwerker- und Arbeiterprotesten. Auch in Sachsen gelang es der bürgerlichen Opposition im Zusammenspiel mit der Ministerialbürokratie, die Proteste zu kanalisieren und eine neue Verfassung und eine schrittweise Reform von Staat und Gesellschaft durchzusetzen.

Im Königreich Hannover richtete sich der Protest gegen das altständisch-feudale System. Der eigentliche Gegner war nicht der ferne englische König, sondern der führende Minister Ernst Graf von Münster. Auch in Hannover kam es vielerorts zu Unruhen, in Göttingen kam es sogar zu einem von drei Privatdozenten angeführten Putsch, der freilich rasch niedergeschlagen wurde.

Ausdruck der Politisierung war nicht zuletzt eine an Bedeutung zunehmende politisch-oppositionelle Publizistik. Zu den wichtigsten, damals schon im Exil lebenden gehörten Heinrich Heine und Ludwig Börne. Zusammen mit jüngeren Autoren wie Karl Gutzkow oder Heinrich Laube repräsentierten sie die Literaturbewegung des Jungen Deutschland. Offenbar war deren Kritik an den Zeitverhältnissen bei den politisch Verantwortlichen so verhasst, dass die Bundesversammlung 1835 ein Verbot wegen Gotteslästerung und Unsittlichkeit

aussprach. In Hessen gründeten Georg Büchner und der Pfarrer Ludwig Weidig die „Gesellschaft für Menschenrechte“ und Büchner gab in diesem Zusammenhang den Hessischen Landboten heraus.

## 2. Politischer Vormärz

### a. Ausformung der politischen Lager



### Erstausgabe der Deutschen Zeitung

In verstärkter Weise wiederholte sich in den vierziger Jahren, wie 1830, die Mischung sozialer Problemlagen mit politischen Entwicklungen. Das Jahrzehnt war geprägt von einem durchaus auf realen Grundlagen beruhenden Krisenbewusstsein. In der bürgerlichen Öffentlichkeit wurden der Pauperismus und die Soziale Frage zu den am meisten diskutierten Fragen. Mit dem Nachlassen der Repressionen der 30er Jahre begannen sich zudem die politischen Lager deutlicher herauszubilden.

Der politische Liberalismus wurde zur zentralen bürgerlichen Emanzipationsideologie. Er stand in der Tradition der spezifischen Ausprägung der Aufklärung in Deutschland. Der Liberalismus betonte den Individualismus, war gegen Obrigkeitsstaat und ständische Gebundenheit, beruhte auf der Anerkennung von unveräußerlichen Menschen- und Bürgerrechten. Allerdings wurde soziale Ungleichheit als selbstverständlich hingenommen. Außerdem wurzelte das Gesellschaftsbild des Liberalismus tief in der vorindustriellen Welt.

Vom Liberalismus begann sich seit den 1830er Jahren ein eigenständiges demokratisch-republikanisches Lager abzuspalten. Gemeinsam mit den Liberalen waren die Demokraten Gegner des bestehenden restaurativen Systems. Hinter dieser gemeinsamen Gegnerschaft traten die Gegensätze zwischen beiden Strömungen zurück. Allerdings war klar, dass die Demokraten anstelle einer allmählichen Weiterentwicklung den monarchischen Konstitutionalismus grundsätzlich in Frage stellten. Außerdem zielten sie nicht nur auf eine rechtliche Gleichstellung, sondern mindestens auch auf die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger ab. Dies bedeutete die Forderung nach dem allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrecht. Hinzu kamen die Forderung nach einer Reform des Schulwesens und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts auf allen Bildungsstufen. Für die Demokraten bildete das Prinzip der Volkssouveränität eine zentrale Grundlage. Auch wenn dies nicht immer klar ausgesprochen wurde, bedeutete dies, dass die Republik für die Demokraten die ideale Staatsform war.

Zur politischen Gleichheit kam das Ziel einer möglichst weitreichenden sozialen Gleichheit hinzu. Dabei setzte man nicht wie die Liberalen auf den individuellen Aufstiegswillen, sondern forderte aktive Unterstützung vom Staat und der Gesellschaft. Im Gegensatz zu den Sozialisten sah man den Weg allerdings nicht in einer Revolution der Besitzverhältnisse, sondern in einem allmählichen Ausgleich derselben. Damals revolutionär erschien in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem progressiven Steuersystem oder nach staatlich garantierten Mindestlöhnen. Deutlich stärker als die Liberalen blieben die Demokraten in den vierziger Jahren von staatlicher Repression bedroht. Neben den Emigranten entwickelten sich Robert Blum, Gustav Struve und Friedrich Hecker zu einflussreichen Persönlichkeiten der Demokraten. Erst 1847 konstituierten sie sich mit dem Offenburger Programm als politische Partei und grenzten sich als die „Ganzen“ von den liberalen „Halben“ ab.

Eine Folge der Repression der 1830er Jahre war, dass die Zahl der politischen Emigranten immer mehr zunahm. Zu ihnen gehörten Schriftsteller wie Büchner oder Heine, aber auch zahlreiche Unbekannte. Vor allem aus dieser Gruppe gingen die ersten nennenswerten Ansätze einer sozialistischen Bewegung hervor. Im Exil bildeten sich seit dieser Zeit oppositionelle Parteien und Gruppierungen vorwiegend

aus dem radikaldemokratischen Spektrum, teilweise bereits auch der Arbeiterbewegung. In der Schweiz entstand im Rahmen des „Jungen Europas“ von Giuseppe Mazzini eine deutsche Sektion als Junges Deutschland. In Paris entstand aus Vorläufern der Bund der Gerechten. Dessen Führungsfigur war Wilhelm Weitling. Im Jahr 1847 benannte er sich in Bund der Kommunisten um und nahm Anfang 1848 als Programm das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels an.

In der Zeit des Deutschen Bundes entwickelte sich in Auseinandersetzung mit der französischen Revolution auch der Konservatismus zu einer bewussten Staats- und Gesellschaftsauffassung. Seine Vertreter lehnten den Rationalismus, die Aufklärung, die Prinzipien der französischen Revolution wie Gleichheit der Staatsbürger, die Volkssouveränität und den Nationalstaatsgedanken ab. Auch dem aufgeklärten Absolutismus und dem zentralistischen bürokratischen Staat standen sie kritisch gegenüber und beklagten die Entchristlichung der Welt. Stattdessen traten sie für ständisch-korporative Strukturen und das monarchische Prinzip ein. Gesellschaftspolitisch hoben sie die gottgewollte Ungleichheit der Menschen hervor. Bereits seit 1816 entstand mit Karl Ludwig von Hallers Hauptwerk „Restauration der Staatswissenschaft“ eines der einflussreichsten Werke konservativen Denkens im deutschsprachigen Raum. Erst im Vormärz entstand insbesondere unter dem Einfluss von Friedrich Julius Stahl eine etwas differenziertere Richtung, die etwa den konstitutionellen Staat nicht mehr ablehnte. Unter dem Eindruck der Julirevolution entstand mit dem Berliner politischen Wochenblatt ein politisches Sprachrohr der Konservativen.

## **b. Rheinkrise und Beginn des organisierten Nationalismus**

Der deutsche Bund war als Staatenbund eingebettet in die internationale Politik. Nicht selten wirkten äußere Ereignisse und Entwicklungen auf die inneren Zustände des Bundes zurück. Dies war 1830 mit den Rückwirkungen der belgischen und französischen Revolution auf das politische Leben in Deutschland der Fall. Ähnlich war die Wechselwirkung im Jahr 1840. Frankreich wurde durch seine eigenständige Politik und die Unterstützung von Mehmed Ali in Ägypten diplomatisch isoliert, da die übrigen Großmächte an einem Zerfall des osmanischen Reiches nicht



interessiert waren. Die diplomatische Niederlage Frankreichs in der Orientkrise führte dort zu einem Anwachsen nationaler Leidenschaften.

Im Gebiet des Deutschen Bundes löste die Rheinkrise allerdings lang wirksame nationale Leidenschaften aus. Mit dem Rheinlied von Nikolaus Becker *„Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“*, dem Gedicht die Wacht am Rhein von Max Schneckenburger aber auch das Lied der Deutschen von Heinrich Hoffmann von Fallersleben entstanden populäre Identifikationsmöglichkeiten. War von Fallersleben als Demokrat nicht nationalistisch eingestellt, gab es daneben auch aggressive Töne. Ernst Moritz Arndt etwa rief nicht nur zur Verteidigung des Rheins auf, sondern forderte in einem Lied die Wiedergewinnung von Elsass und Lothringen. *„So klinge die Losung: zum Rhein! Übern Rhein!/All Deutschland in Frankreich hinein.“* (Der Aldeutsche Verband des Kaiserreichs hat sich nach diesen Zeilen seinen Namen gegeben.)

### **3. Deutscher Bund und die Revolution von 1848/49**

Mit Ausnahme von Berlin und Wien, wo es nach Ausbruch der Märzrevolution zu Unruhen gekommen war, setzte sich die liberale Opposition unterstützt von friedlichen Versammlungen und Protesten in fast allen Bundesstaaten ohne nennenswerten Widerstand rasch durch. Aber auch in Österreich und Preußen mussten die Regierenden dem Druck nachgeben. In fast allen Bundesstaaten übernahmen die so genannten Märzregierungen aus meist gemäßigt liberalen Kräften die Regierungsgeschäfte. Allerdings blieben die Fürsten, mit Ausnahme von Bayern, wo König Ludwig I. auch wegen seiner Affäre mit Lola Montez zurücktreten musste, im Amt.

Durch die Revolution war die Existenz des Deutschen Bundes unmittelbar gefährdet, galten seine Institutionen doch als Verkörperungen der restaurativen Ordnung und als Hindernis für die Gründung eines Nationalstaates. Der Ausbruch der Revolution führte bei der Bundesversammlung selbst, die nunmehr permanent tagte, zu einer Doppelstrategie. Der Bund kam der Opposition in verschiedenen Punkten entgegen. So wurden die Karlsbader Beschlüsse aufgehoben, auch nahm der Bund die Farben Schwarz-Rot-Gold an, benannte den Doppeladler als Bundeswappen und beauftragte bekannte Persönlichkeiten mit der Ausarbeitung einer revidierten Bundesverfassung. Auf der anderen Seite bereitete sich der Bund

etwa durch Verstärkung der Bundesfestungen darauf vor, die Revolution auch mit Gewalt zu unterdrücken.

#### **4. Neugründung des Bundes**

Das Scheitern der Nationalversammlung, einen demokratischen Nationalstaat zu schaffen, und der Sieg der Gegenrevolution führte 1849 zur Wiederherstellung des Deutschen Bundes. Allerdings war diese Wiedererstehung vom Konflikt zwischen Preußen und Österreich überschattet.

In Preußen versuchten gemäßigt konservative Kräfte um Joseph von Radowitz, nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. eine Lösung der nationalen Frage auf dem Weg der Vereinbarung der deutschen Fürsten durchzusetzen. Unter Rückgriff auf eigene vorrevolutionäre Reformpläne des Bundes sowie die liberalen, kleindeutschen Ideen der Nationalversammlung sahen die Pläne einen „engeren Bund“ mit der Bezeichnung „Deutsches Reich“ unter preußischer Hegemonie vor. In einem weiteren Bund sollte Österreich zusammen mit diesem Deutschen Reich eine lose verbundene „Deutsche Union“ bilden. Diese preußische Unionspolitik wurde von Österreich bereits im Mai 1849 abgelehnt. Auch andere wichtige Staaten, wie Bayern oder Württemberg, lehnten sogleich oder 1850, wie Sachsen oder Hannover, nach anfänglicher Zustimmung die Pläne ab. Dennoch wurde in den Unionsstaaten 1850 das Erfurter Unionsparlament gewählt, das eine Unionsverfassung verabschiedete.

#### **5. Der Deutsche Bund während der Reaktionsära**

In den folgenden Jahren der Reaktionsära spielte der Deutsche Bund – ähnlich wie während der Restaurationsphase – eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung der Opposition. Am Anfang stand die Rückgängigmachung der Ergebnisse der Revolution. So hat die Bundesversammlung am 23. August 1851 die Grundrechte der Deutschen Nationalversammlung aufgehoben. Mit dem sogenannten „Bundesreaktionsbeschluss“ wurde der Bundestag faktisch zur obersten Kontrollbehörde über die Verfassungen der Einzelstaaten. Ziel war es, alle als revolutionär geltenden Elemente aus den Verfassungen wieder zu entfernen. Das zentrale Ausführungsorgan war der von der Bundesversammlung eingesetzte, sogenannte „Reaktionsausschusses.“ Davon betroffen waren etwa Sachsen-Coburg, Anhalt, Liechtenstein, Waldeck, Lippe, Hessen-Homburg, Hannover, Frankfurt,

Bremen und Hamburg. In einigen Fällen kam es gar zu militärischen Aktionen. Dies galt etwa für Bremen und für Kurhessen. Besonders tiefgreifend war der Eingriff in Kurhessen, für den der Bund eine neue Verfassung entwarf, die Kurfürst Friedrich Wilhelm 1852 oktroyierte.

Der Versuch, eine Bundeszentralpolizei zu schaffen, scheiterte zwar, aber als wirkungsvoll gegen revolutionäre Ideen und ihre Anhänger erwies sich ein 1851 gebildeter Polizeiverein zum gegenseitigen Nachrichtenaustausch. Dieser basierte allerdings nicht auf einem Bundesbeschluss, sondern ging auf die Zusammenarbeit der Polizeibehörden Preußens, Österreichs, Hannovers und Sachsens zurück, denen sich nach und nach die meisten anderen Bundesstaaten anschlossen.

Das Ergebnis war, dass sich die Gegenrevolution zunächst weitgehend durchsetzen konnte. Die entschieden oppositionelle Presse, egal ob demokratisch-republikanisch oder sozialistisch, wurde verboten. Die liberalen Blätter hatten es immerhin schwer zu überleben. Die Ansätze zur Bildung von Parteien wurden völlig abgeschnitten. Das sich während der Revolution abzeichnende Parteiensystem wurde zerschlagen.

## **6. Die „Neue Ära“ und das Wiedererstehen des politischen Lebens**

Die Neue Ära ist ein zeitgenössischer Begriff des 19. Jahrhunderts und bezeichnet das Auslaufen der Reaktionsära und den Neubeginn des politischen Lebens in Deutschland. Die entscheidenden Impulse gingen dabei zwar nach dem Wechsel von Friedrich Wilhelm IV. zu Wilhelm I. von Preußen aus, aber die „Neue Ära“ erfasste zwischen 1858 und 1862 in unterschiedlicher Weise die meisten Mitgliedstaaten des deutschen Bundes. In der Regel war dies verbunden mit einer allgemeinen Öffnung der politischen und gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten und der Ernennung neuer Regierungen.

Der allmähliche Übergang der Regentschaft auf den späteren Wilhelm I. führte zu einem veränderten politischen Klima. Erstmals seit Jahren kam es im preußischen Abgeordnetenhaus zu substantiellen Angriffen auf das Regierungshandeln. So griff Friedrich Harkort, ein Vertreter des gemäßigten rheinischen Liberalismus, die Ausgaben für die illegal eingerichtete politische Polizei an. Insbesondere der Eid des Prinzen Wilhelm auf die Verfassung verstärkte die Hoffnungen auf Veränderungen. Dies drückte sich innerhalb des Parlaments in einem

Forderungskatalog der vereinigten liberalen Parteien aus. Ein weiterer Schritt war die Entlassung des Reaktionskabinetts Manteuffel am 5. November 1858 durch das liberal-konservative Ministerium von Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen. Die eigentliche Leitung der Politik lag indes bei dem ehemaligen Ministerpräsidenten Rudolf von Auerswald, der als Minister ohne Geschäftsbereich der neuen Regierung angehörte. Mit der neuen Regierung in Preußen fehlte der politische Konsens mit Österreich. Damit endete auch im Deutschen Bund die Hochphase der Reaktion.

Das politische Leben begann sich nun erneut zu formieren. Ein Ausdruck waren die Schillerfeiern zum 100. Geburtstag des Dichters, der als nationale Integrationsfigur galt und posthum zu einem Führer gegen die Obrigkeit gemacht wurde. Die Feiern entwickelten sich vielerorts zu politischen Demonstrationen. Als Katalysator für das Entstehen von neuen politischen Organisationen kamen den Diskussionen über den italienisch-französisch-österreichischen Krieg sowie Furcht vor einem Krieg mit Frankreich erhebliche Bedeutung zu. Dies verstärkte die alten Forderungen von 1848 nach Einheit und Freiheit. Zudem spiegelte die neu entstehenden Parteirichtungen die unterschiedlichen Meinungen zu Österreichs Politik in der italienischen Frage wider

Auch im katholischen Deutschland begannen sich nach 1848 erneut Organisationsansätze zu zeigen. Im preußischen Abgeordnetenhaus gab es bereits seit 1852 eine katholische Fraktion. Diese gab sich 1859 den Namen „Fraktion des Zentrums (katholische Fraktion).“ Allerdings war sie zwischen 1867 und 1870 nicht mehr im Parlament vertreten. Daneben entstand seit 1865 in Baden die „Katholische Volkspartei.“ In Bayern entstand 1869 die katholisch orientierte Bayerische Patriotenpartei. Aus diesen und ähnlichen Ansätzen ging im Zusammenhang mit dem Kulturkampf seit 1870 die Zentrumspartei hervor.

## **7. Scheitern der Bundesreform**

Nach Meinung der gegen Ende der 1850er Jahre sich wieder deutlicher artikulierenden politischen Öffentlichkeit war die bis dahin bestehende Struktur des Deutschen Bundes nicht mehr länger tragfähig. Immer deutlicher wurde auch den Regierenden, dass eine Veränderung der bisherigen Verfassungs- und Herrschaftsstruktur kaum noch zu vermeiden war. In welche Richtung dieser Wandel

aber gehen sollte, war keineswegs eindeutig. Da war zum einen die Frage, in welchem Maß liberale Forderungen Berücksichtigung finden würden. Außerdem wurde auch diskutiert, welche Rolle Österreich künftig spielen sollte. Schließlich stellte sich die Frage, ob eine Reform im Rahmen des Bundes überhaupt noch möglich sein würde. Hinzu kam, dass jede grundsätzliche Veränderung angesichts der europäischen Dimension des Bundes auch die Interessen der Großmächte berücksichtigen musste.



Zeitgenössische Fotografie vom Frankfurter Fürstentag von 1863

Nicht nur in der Öffentlichkeit war der zukünftige Weg umstritten. Auch unter den Mitgliedsstaaten gab es erhebliche Differenzen. Die deutschen Mittelstaaten setzten im Wesentlichen auf eine Reform des Bundes und strebten an, ihn als Rechtsbasis und als Garantie einer föderalen Struktur zu bewahren. Seit 1854, als Österreich und Preußen wegen des Krimkrieges enger zusammenarbeiteten, begannen auch die mittleren Staaten ihre Politik stärker zu koordinieren. Sie verabredeten eine föderative Reform des Bundes und erklärten sich bereit, den Forderungen der Liberalen in einem gewissen Umfang entgegenzukommen. Den Höhepunkt erreichten diese Bemühungen im November 1858 auf der „Würzburger Konferenz,“ die entsprechende Beschlüsse fasste und an die Bundesversammlung weiterleitete. Eine führende Rolle spielten bei diesen Bemühungen der bayerische Ministerpräsident Ludwig von der Pfordten und sein sächsischer Kollege Friedrich Ferdinand von Beust. Die Reformvorschläge der Mittelstaaten scheiterten jedoch am Widerspruch von Preußen und Österreich, aber auch an den wieder zunehmenden Konflikten untereinander.

## **G. Das Ende des Bundes**

1864 kam es zum Krieg gegen Dänemark. Auslöser war die 1863 von der neuen nationalliberalen Kopenhagener Regierung eingeführte Novemberverfassung, die das Herzogtum Schleswig entgegen den Bestimmungen des Londoner Protokolls von 1852 näher an das eigentliche Königreich Dänemark band. Die bisherige Gesamtstaatsverfassung (für Holstein, Schleswig und das Königreich) wurde bereits 1858 vom Bundestag in Frankfurt für Holstein außer Kraft gesetzt. Anders als Holstein war Schleswig ein dänisches Lehen und beide Herzogtümer waren in einer Personalunion mit der dänischen Krone (Dänischer Gesamtstaat) verbunden. Die Bedenken Österreichs in Hinblick auf eine Bundesexekution gegen das bundesangehörige Holstein konnte Bismarck durch diplomatisches Geschick zerstreuen. Ende 1863 besetzten preußische und österreichische Truppen zunächst das bundesangehörige Holstein und am 1. Februar 1864 drangen die Truppen auch in Schleswig ein. Mit Zustimmung der europäischen Großmächte eroberten Preußen und Österreich die Herzogtümer Holstein und Schleswig im Deutsch-Dänischen Krieg.



Otto von Bismarck

Nach dem Krieg brach über die Frage der politischen Zukunft der beiden Herzogtümer deren Rivalität wieder aus, was Bismarck, der damit schon vorher gerechnet hatte, nicht unwillkommen war. Österreich wollte den Konflikt vom deutschen Bundestag entscheiden lassen um zu verhindern, dass beide Herzogtümer in den Machtbereich Preußens gerieten. Preußen sah dies als Bruch des Gasteiner Abkommens, das in dieser Frage ein einvernehmliches Vorgehen der beiden

deutschen Großmächte vorschrieb und besetzte einen Teil Holsteins. Gleichzeitig hatte aber Preußen ein geheimes, zeitlich begrenztes, militärisches Angriffsbündnis mit Italien geschlossen, welches u. a. Gebietsabtretungen Österreichs an Italien vorsah. Der bundesrechtlichen Unverletzlichkeit der Mitgliedsstaaten hielt Berlin ein unterstelltes Recht Preußens zur Einigung Deutschlands in Stellvertretung der handlungsunfähigen Nation entgegen. Nach dem Beschluss der Bundesexekution gegen Preußen auf Antrag Österreichs erklärte Bismarck die Bundesakte für erloschen.

Den 1866 folgenden Deutschen Krieg, in den fast alle deutschen Staaten verwickelt waren, konnte Preußen durch seinen Sieg in der Schlacht von Königgrätz für sich entscheiden. In den Friedensverhandlungen anerkannte Österreich die Neugestaltung der Deutschen Staatenwelt ohne seine Mitwirkung. Im Artikel II des Vorfriedens von Nikolsburg heißt es wörtlich:

*„Seine Majestät der Kaiser von Österreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und giebt Seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Bethheiligung des österreichischen Kaiserstaates.“*

Der Definitivfrieden von Prag vom 23. August 1866 bestätigte die Auflösung des Deutschen Bundes in seinem IV. Artikel. Gleichzeitig erkannte die österreichische Führung den Norddeutschen Bund faktisch an, während die Zukunft Süddeutschlands zunächst ausgeklammert wurde.<sup>[31]</sup> Einen Tag nach der Unterzeichnung hielt die Bundesversammlung ihre letzte Sitzung ab.

Preußen annektierte Schleswig-Holstein und die souveränen Staaten Königreich Hannover (König Georg V. wurde entthront), Herzogtum Nassau, Kurfürstentum Hessen sowie die Freie Stadt Frankfurt und stellte sie unter eine Militärverwaltung. Andere Mitglieder des Bundes, wie zum Beispiel Sachsen, gerieten in preußische Abhängigkeit. Daraufhin konnte der Norddeutsche Bund unter Führung Preußens gegründet werden, die so genannte kleindeutsche Lösung der norddeutschen Staaten, um Preußens Hegemonie zu festigen und zu legitimieren. Dafür verzichtete Bismarck auf Landabtretungen Österreichs. Unabhängig blieben vorerst die süddeutschen Staaten: das Königreich Bayern, das Königreich Württemberg, das Großherzogtum Baden (auf Drängen Frankreichs anerkannt), das Großherzogtum Hessen (südlich der Mainlinie unter einigen kleinen

Gebietsabtretungen) und Österreich, Luxemburg, Liechtenstein und Limburg. Preußen konnte aber seine Machtinteressen durch den Abschluss von Schutz- und Trutzbündnissen auch in Süddeutschland zur Geltung bringen, so dass es noch während des Deutsch-Französischen Krieges am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles zur sogenannten Reichsgründung kam. Von den ehemaligen Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes waren daran Österreich, Luxemburg, Liechtenstein und Limburg nicht beteiligt.<sup>[32]</sup>

## **H. Mitglieder des Bundes**

Die Mitglieder des Deutschen Bundes:

1. das Kaisertum Österreich (ohne Galizien, Ungarn, Kroatien, Dalmatien und das Lombardo-Venezische Königreich; seit 1818 gehörte auch der westlichste Teil Galiziens (Auschwitz, Saybusch, Zator) zum Deutschen Bund)
2. die Königreiche Bayern, Sachsen, Hannover (bis 1837 in Personalunion mit Großbritannien), Württemberg
3. das Königreich Preußen (ohne Neuenburg, Provinz Posen, Ostpreußen und Westpreußen; von 1848 bis 1851 waren die preußische Provinz Ost- und Westpreußen sowie der westliche und nördliche Teil der Provinz Posen Bestandteil des Bundes)
4. das Kurfürstentum Hessen-Kassel, die Großherzogtümer Baden, Hessen-Darmstadt, Luxemburg (in Personalunion mit den Niederlanden, der westliche Teil Luxemburgs schied 1839 nach der Vereinigung mit Belgien aus dem Bund aus. Dafür kam das niederländische Herzogtum Limburg zum Bund, s. u.), Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Weimar-Eisenach, Oldenburg
5. die Herzogtümer Holstein und Lauenburg (bis 1864 in Personalunion mit Dänemark), Nassau, Braunschweig, Sachsen-Gotha, Sachsen-Coburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Hildburghausen (ab 1826 Herzogtum Sachsen-Altenburg), Anhalt-Dessau, Anhalt-Köthen, Anhalt-Bernburg, Herzogtum Limburg (ab 1839; in Personalunion mit den Niederlanden)



6. die Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Liechtenstein, Lippe, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck
7. die Landgrafschaft Hessen-Homburg (ab 1817)
8. die Freien Städte Bremen, Frankfurt, Hamburg, Lübeck
9. Eine besondere staatsrechtliche Stellung zum Deutschen Bund hatte die Herrschaft Kniphausen, die bis 1854 über eine begrenzte Souveränität verfügte, jedoch nicht Mitglied des Bundes war.

## **KAPITEL 9**

### **DIE REVOLUTION VON 1848/1849 (MÄRZREVOLUTION)**

Als Märzrevolution (auch: *Deutsche Revolution*) werden die revolutionären Ereignisse bezeichnet, die zwischen März 1848 und Spätsommer 1849 die Staaten des Deutschen Bundes und die zu Preußen und Österreich gehörenden Gebiete außerhalb des Bundes erfassten.

Sie waren Teil der bürgerlich-demokratischen und nationalen Erhebungen, die damals in zweiten Teilen Mitteleuropas ausgelöst wurden. Bereits im Januar 1848 hatten sich italienische Revolutionäre gegen die Herrschaft der österreichischen Habsburger im Norden der Apenninen-Halbinsel und der spanischen Bourbonen im Süden erhoben. Nach Beginn der französischen Februarrevolution wurden auch die deutschen Länder Teil dieser Erhebungen gegen die alten Mächte der Restauration.

In den deutschen Fürstentümern nahm die Revolution ihren Anfang im Großherzogtum Baden und griff innerhalb weniger Wochen auf die übrigen Staaten des Bundes über. Sie erzwang von Berlin bis Wien die Berufung liberaler Regierungen und die Durchführung von Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung, die in Frankfurt am Main in der Paulskirche (Paulskirchenparlament) zusammentrat. Bis Juli 1849 wurde der erste Versuch, einen demokratisch verfassten, einheitlichen deutschen Nationalstaat zu schaffen, von überwiegend preußischen und österreichischen Truppen gewaltsam niedergeschlagen.

## **A. Einleitung: Interessengruppen, historische Einordnung und Bedeutung für**

### **Mitteleuropa**

Die Revolutionäre in den deutschen Staaten strebten politische Freiheiten im Sinne demokratischer Reformen und die nationale Einigung Deutschlands an. Sie vertraten vor allem die Ideen des Liberalismus. Dieser spaltete sich jedoch im weiteren Revolutionsverlauf und danach zunehmend in verschiedene, sich auch widersprechende Richtungen auf. Stark an den revolutionären Aktivitäten und Aufständen vor Ort beteiligt waren auch Kreise mit radikaldemokratischen, sozialrevolutionären, frühsozialistischen bis hin zu anarchistischen Zielvorstellungen. Diese setzten sich aber in den bestimmenden Gremien und Parlamenten der Revolution nicht durch.

Außerhalb des Deutschen Bundes strebten Länder und Regionen, die dem Habsburgerreich Österreich angegliedert waren, die Unabhängigkeit von dessen Vorherrschaft an. Dazu gehörten Ungarn, Böhmen, die polnischen Provinzen sowie die oberitalienischen Städte und Staaten. Zudem strebten die Revolutionäre im polnischen Posen die Loslösung von der preußischen Herrschaft an.

In den meisten dieser Staaten wurde die Revolution spätestens 1849 niedergeschlagen. In Frankreich hielt sich die Republik bis 1851/52. Nur in den Königreichen Dänemark und Sardinien-Piemont überdauerten Revolutionserfolge längere Zeit: So hielten sich dort beispielsweise die durchgesetzten Verfassungsänderungen in Konstitutionelle Monarchien auch bis ins 20. Jahrhundert hinein. Die sardinische Verfassung wurde zur Grundlage für das 1861 durchgesetzte Königreich Italien (vgl. Risorgimento).

Von den mächtigen europäischen Staaten blieben durch diese Ereignisse nur England, Spanien und Russland unberührt (bei letzterem abgesehen von der Beteiligung russischen Militärs an der Niederschlagung des ungarischen Aufstands gegen Österreich 1849). Obwohl die Märzrevolution mit ihren grundsätzlichen Veränderungsanliegen scheiterte und in eine Periode der politischen Reaktion mündete, setzte sich mit ihr in der historischen Betrachtung das wohlhabende Bürgertum durch und wurde endgültig zu einem politisch und wirtschaftlich einflussreichen Machtfaktor neben der Aristokratie. Spätestens ab 1848 wurde die

Bourgeoisie, im engeren Sinn das Großbürgertum, zur ökonomisch herrschenden Klasse der Gesellschaften Zentraleuropas. Begonnen hatte dieser Aufstieg mit den politischen und sozialen Kämpfen seit der französischen Revolution von 1789.

Die Revolutionen von 1848/49 prägten die politische Kultur und das pluralistische Demokratieverständnis der meisten Staaten Zentraleuropas in der Moderne langfristig und nachhaltig: bis heute besonders in Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Ungarn, Polen, Dänemark, der Tschechoslowakei bzw. im heutigen Tschechien und der Slowakei. Mit diesen Ereignissen begann der Siegeszug der bürgerlichen Demokratie, der auf lange Sicht die spätere historische, politische und soziale Entwicklung fast ganz Europas bestimmte.

Auch gab die Märzrevolution in zwischenstaatlichen Grundzügen zusätzlich zu vorherigen, in der Aufklärung begründeten Entwicklungen, einige ideelle Impulse für die Entwicklung der Europäischen Union (EU) im späten 20. Jahrhundert. So vertrat der italienische Revolutionär Giuseppe Mazzini schon vor den revolutionären Wirren um 1848 ein "Europa der Völker". Er stellte diese Utopie gegen das Europa der autoritären Fürstentümer und nahm damit eine politisch-soziale Grundidee der EU vorweg. Mazzinis entsprechende Ideen waren bereits 1834 von einigen idealistischen jungen Deutschen, unter ihnen Carl Theodor Barth, im Geheimbund Junges Deutschland aufgegriffen worden. Von deren Idealen war oft auch die Aufbruchstimmung zu Beginn der Märzrevolution geprägt, als vielerorts bei der revolutionären Basis von einem "*Internationalen Völkerfrühling*" die Rede war.

## **B.Vorgeschichte und Ursachen der Revolution**

### **1. Wirtschaftliche und soziale Hintergründe**

Ein unmittelbarer Vorbote der Märzrevolution in damaligen "Deutschland" war das Krisenjahr 1847, dem eine schwere Missernte 1846 vorausging. In den deutschen Staaten bedeutete dies eine Verteuerung der Lebensmittel, daraus folgend Hungersnöte und Hungerrevolten in fast allen deutschen Staaten und Regionen. Viele auch ärmere vom Pauperismus (vorindustrielle Massenarmut) betroffene Bevölkerungsschichten wie Arbeiter, verarmte Handwerker, Landarbeiter usw. schlossen sich bedingt durch ihre soziale Not daraufhin zunehmend den Forderungen demokratisch und liberal gesinnter Kreise an. Eine weitere Folge der

Krise war außerdem die Abnahme der Kaufkraft bei Industrieprodukten, hier besonders Textilwaren, und daraus resultierend u.a. ein Niedergang des noch stark handwerklich dominierten Textilgewerbes (Textilindustrie).

Der Niedergang des deutschen Textilgewerbes, das in den deutschen Ländern noch von minimal bezahlter Heimarbeit vieler Familien für wenige reiche Unternehmer und Grundbesitzer geprägt war; und allgemein die Krise des Handwerks, war auch bedingt durch die fortschreitende industrielle Revolution in Europa, die schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts durch neue technische Erfindungen und Entwicklungen von England ausgehend nach und nach die sozialen, wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse auf dem ganzen Kontinent grundlegend veränderte. Die noch vorherrschende Agrarwirtschaft ging langsam zurück. Immer mehr Menschen suchten in den schnell wachsenden Städten Arbeit in Manufakturen und den neu entstehenden Fabriken, wo durch rationellere Massenproduktion viele Produkte billiger hergestellt werden konnten.

Eine neue Bevölkerungsschicht, das Proletariat (die abhängig beschäftigte Arbeiterklasse), wuchs rasch an. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Industriebetrieben und deren Umfeld waren im 19. Jahrhundert in der Regel katastrophal. Die meisten Arbeiter lebten in den Ghettos und Slums der Städte am Rande des Existenzminimums oder oft auch darunter, von Arbeitslosigkeit bedroht und ohne soziale Absicherung. Schon Jahre vor der Märzrevolution war es immer wieder auch zu kleineren regional begrenzten Aufständen gegen Industriearbeiter gekommen. So war etwa der Weberaufstand vom Juni 1844 in Schlesien, eine Hungerrevolte der Weber aus Langenbielau und Peterswaldau, der erste überregional bedeutsame Aufstand des deutschen Proletariats in Folge der sozialen Not, die durch die Industrialisierung verursacht war. Der Aufstand wurde jedoch schon nach wenigen Tagen durch preussisches Militär niedergeschlagen.

Auch das wohlhabendere Bürgertum sah sich zunehmend in seiner wirtschaftlichen Entwicklung eingeschränkt. Durch die Zollpolitik der Fürstentümer waren die Möglichkeiten des freien Handels stark begrenzt. Forderungen nach einer Liberalisierung der Wirtschaft und des Handels waren in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auch in den deutschen Staaten immer lauter geworden. 1834 wurde der Deutsche Zollverein gegründet, wodurch der Handel in den deutschen

Ländern vereinfacht wurde. Es war daraufhin Ende der 1830er Jahre auch insgesamt zu einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung gekommen. Jedoch veränderte sich an der sozialen Not der ärmeren Schichten der Bevölkerung kaum etwas.

## **2. Politische Hintergründe**

Ein wesentliches Ziel der Märzrevolution war die Überwindung der Restaurationspolitik in den Jahren des Vormärz, der Zeit zwischen dem Wiener Kongress 1815 und dem Beginn der Märzrevolution 1848.

Einer der bedeutendsten Verfechter der politischen Restauration war der reaktionäre österreichische Diplomat und Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich. Die Politik der Restauration, die auf dem Wiener Kongress 1814 / 1815 am 9. Juni 1815, - noch unmittelbar vor der endgültigen Niederlage Napoléon Bonapartes bei der Schlacht von Waterloo (18. Juni 1815), - von den meisten europäischen Staaten beschlossen wurde, sollte innenpolitisch und zwischenstaatlich die politischen Machtverhältnisse in Europa wiederherstellen, wie sie vor der französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten. Dies bedeutete Vorherrschaft des Adels und Wiederherstellung seiner Privilegien. Weiterhin sollte die napoleonische Neuordnung Europas, die mit dem Code Civil auch bürgerliche Rechte etabliert hatte, rückgängig gemacht werden.

Innenpolitisch wurden im Zuge der Restauration Zensurmaßnahmen verschärft, die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Die Werke des literarischen Jungen Deutschland, einer Gruppe junger revolutionär und nicht immer unbedingt auch nationalistisch eingestellter Schriftsteller und Dichter wie Heinrich Heine, Georg Herwegh, Georg Büchner (der mit der Flugschrift der Hessische Landbote die Parole „*Friede den Hütten, Krieg den Palästen*“ verbreitete) oder von Heinrich Hoffmann von Fallersleben (dem Textverfasser des Deutschlandlieds), wurden zensiert oder verboten, und allgemein Forderungen nach liberalen Reformen oder nach nationaler Einigung unterdrückt.

Die studentischen Burschenschaften waren zu dieser Zeit vor allem Träger der Forderung nach nationaler Einigung und nach demokratischen Rechten. Bereits im Oktober 1817 hatten sie bei einer größeren Demonstration aus Anlass des vierten Jahrestags der Völkerschlacht bei Leipzig und des 300ten Jahrestags der Lutherischen Reformation in der Nähe der Wartburg, dem so genannten

Wartburgfest, vehement die Forderung nach der Deutschen Einheit vertreten. Dabei kam es auch zu einer öffentlichen Bücherverbrennung, als eine Minderheit der Demonstranten Werke so genannter "undeutscher", als reaktionär bezeichneter Schriftsteller, darunter zum Beispiel August von Kotzebues "Deutsche Geschichte" verbrannte.

Heinrich Heine, selbst ein demokratisch gesinnter, dem Nationalismus der Burschenschaften jedoch zunehmend reserviert gegenüberstehender Dichter des Vormärz, kommentierte diesen Akt kritisch mit seinem berühmt gewordenen Satz "*Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende gar auch Menschen*".

Insgesamt blieb das Metternichsche System jedoch zunächst erhalten, auch wenn sich überall Risse zeigten. So war es auch nach den Karlsbader Beschlüssen trotz der „Demagogenverfolgung“ zu weiteren dem Wartburgfest ähnlichen spektakulären Versammlungen gekommen, wie etwa dem Hambacher Fest 1832, bei dem demonstrativ die republikanischen schwarz-rot-goldenen Fahnen gezeigt wurden.

Der Frankfurter Wachensturm am 3. April 1833 bildete bereits einen ersten Versuch von etwa 50 Studenten, eine gesamtdeutsche Revolution auszulösen. Die Aktion hatte sich gegen den Sitz des deutschen Bundestags gerichtet, der von den Demokraten als Instrument der Restaurationspolitik betrachtet wurde. Nach der Erstürmung der beiden Frankfurter Polizeiwachen wollten die Aufständischen die Gesandten der Fürsten im Bundestag gefangen nehmen und damit das Fanal zu einer gesamtdeutschen Erhebung setzen. Die Aktion, die schon im Vorfeld verraten worden war, scheiterte jedoch schon im Ansatz nach einem Schusswechsel, bei dem es einige Tote und Verletzte gegeben hatte.

### **C. Verlauf der Revolution - Einführung und chronologischer Gesamtüberblick**

Ausgelöst wurde die Märzrevolution von der Februarrevolution 1848 in Frankreich, von wo aus der revolutionäre Funke schnell auf die angrenzenden deutschen Staaten übersprang. Die Ereignisse in Frankreich, wo es gelang, den inzwischen vom Liberalismus zusehends abgekommenen Bürgerkönig Louis Philippe

abzusetzen, und schließlich die zweite Republik auszurufen, setzten europaweit über den relativ kurzen Zeitraum von 1 1/2 Jahren revolutionäre Umwälzungen in Gang.

Einige Zentren der Revolution waren nach Frankreich: Baden, Preußen, Österreich, Oberitalien, Ungarn, Bayern und Sachsen. Aber auch in anderen Staaten und Fürstentümern kam es zu Aufständen und Volksversammlungen, bei denen die revolutionären Forderungen artikuliert wurden.

Im Königreich Dänemark führten die revolutionären Ereignisse 1849 zu einer neuen Verfassung, in der die konstitutionelle Monarchie und ein zwei-Kammer-Parlament mit allgemeinem Wahlrecht eingeführt wurde.

In manchen Ländern des deutschen Bundes, wo die Fürsten relativ schnell einlenkten und nachgaben (zum Beispiel im Königreich Württemberg, in Hessen-Darmstadt oder in Hannover), kam es bald zur Errichtung von liberalen so genannten „Märzministerien“, die teilweise den Forderungen der Revolutionäre nachkamen (zum Beispiel Einrichtung von Schwurgerichten, Abschaffung der Pressezensur, Bauernbefreiung). Oftmals blieb es aber auch nur bei bloßen Versprechungen. In diesen letztgenannten Ländern nahm die Revolution wegen der frühen Zugeständnisse einen einigermaßen friedlichen Verlauf.

Bereits ab Mai/Juni 1848 setzten verstärkt konterrevolutionäre Aktivitäten der herrschenden Fürstenhäuser ein, die die Aufständischen in den Staaten des Deutschen Bundes zunehmend in die Defensive drängten. Dabei bildete die Niederschlagung des Pariser Juniaufstandes im weiteren Verlauf der französischen Februarrevolution ein entscheidendes Ereignis für das Einsetzen der Konterrevolution auch in den anderen europäischen Staaten. Der Juniaufstand der Pariser Arbeiter gilt historisch auch als Markierungspunkt für die Spaltung zwischen revolutionärem Proletariat und Bürgertum.

Ein chronologischer Verlauf der Revolution in ihrer Gesamtheit ist schwer zu erfassen, da die Ereignisse sich nicht immer eindeutig aufeinander beziehen lassen, Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen und an unterschiedlichen Orten mal nahezu zeitgleich, mal zu verschiedenen Zeitpunkten getroffen und wieder revidiert wurden.

## **D. Zeittafel**

## **Vorrevolutionäre Entwicklung**

- 18. September 1814 bis 9. Juni 1815: Wiener Kongress - Die beschlossene "Neuordnung" Europas leitet die Restaurationspolitik ein. Damit beginnt die Phase des politischen "Vormärz"
- 18. Oktober 1817: Auf dem Wartburgfest wird die deutsche Einheit gefordert
- 20. September 1819: In Folge des Mordes am Dichter August von Kotzebue leiten die Karlsbader Beschlüsse gesetzliche Repressionen gegen demokratische und nationale Bestrebungen der Burschenschaften und anderer oppositioneller Kreise ein: z. B. durch Verbote demokratischer Gruppen und Vereine, Pressezensur u.a.
- Juli 1830: Die Julirevolution in Frankreich löst auch in den Staaten des Deutschen Bundes einige regional begrenzte Aufstände aus
- 27. Mai 1832: Beim Hambacher Fest werden erneut Forderungen nach einem geeinten Deutschland und nach demokratischen Rechten erhoben
- 3. April 1833: Beim Frankfurter Wachensturm scheitert der Versuch einer revolutionären gesamtdeutschen Erhebung
- Juni 1844: Weberaufstand in Schlesien in Folge zunehmender sozialer Not

## **Übergangsphase zur Märzrevolution ab Januar 1848** (europäischer Kontext)

- Januar 1848: Italienische Fürstentümer: Nationalrevolutionäre Aufstände gegen die Herrschaft der spanischen Bourbonen in Süditalien (Sizilien) und gegen die der Österreicher in Norditalien (Mailand, Padua und Brescia) leiten die gesamteuropäische Phase der Revolutionen von 1848/49 ein
- 24. Februar 1848: Beginn der Februarrevolution 1848 in Frankreich. Ausrufung der 2. Republik. Ministerpräsident Francois Guizot tritt zurück. Bürgerkönig Louis Philippe dankt ab und geht ins Exil nach England.
- 27. Februar 1848: Inspiriert von der Februarrevolution in Frankreich nimmt eine Volksversammlung in Mannheim/Baden wichtige Forderungen der Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes vorweg.

## **Revolutionäre Entwicklung ab März 1848 im Deutschen Bund und den österreichischen und preußischen Provinzen** (einschließlich der Gegenrevolution)

- 1848:



- 1. März: Beginn der Märzrevolution in Baden mit der Besetzung des Ständehauses des badischen Landtags in Karlsruhe
- 4. März: Beginn der Märzrevolution in Bayern mit Aufständen in München
- 6. März: Beginn der Märzrevolution in Preußen mit ersten Unruhen in Berlin
- 13. März: Beginn der Märzrevolution in Wien mit dem Sturm auf das Ständehaus; Rücktritt des Staatskanzlers Fürst Metternich, der nach England emigriert
- 17. März: Mailand erklärt die Loslösung der Lombardei von Österreich und ihren Anschluss ans Königreich Sardinien-Piemont
- 18. März: Berlin: Bei der Verlesung eines königlichen Patents zu Reformen in Preußen schießt das Militär auf die Bevölkerung. Daran anschließende heftige Straßen- und Barrikadenkämpfe fordern mehrere hundert Tote.
- 20. März: Abdankung des bayerischen Königs Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Maximilian II. in Folge der Unruhen in München und anderen Städten Bayerns
- 23. März: Venedig ruft seine Unabhängigkeit von Österreich aus und erklärt sich zur Republik
- 31. März bis 3. April: Das Vorparlament tagt in Frankfurt am Main
- Anfang April: Beginn des ersten preußisch-dänischen Krieges in Folge der nationaldeutschen Aufstände in Schleswig und Holstein. Dänemark beansprucht Schleswig als dänisches Gebiet
- 12. April bis 20. April: der republikanisch motivierte Heckerzug in Baden wird am 20. April bei Kandern im Schwarzwald niedergeschlagen. Friedrich Hecker geht ins Exil
- April/Mai: Aufstand der Posener Polen gegen die preußische Vorherrschaft unter Führung von Ludwik Mieroslawski
- 15. Mai: zweiter Wiener Aufstand
- 17. Mai: Kaiser Ferdinand I. flieht unter dem Druck der revolutionären Unruhen aus Wien nach Innsbruck

- 18. Mai: Eröffnung der Frankfurter Nationalversammlung, des ersten gesamtdeutschen demokratisch gewählten Parlaments; es soll die deutsche Einheit vorbereiten und eine Verfassung für den neuen Einheitsstaat ausarbeiten
- 2. Juni bis 12. Juni: Der Slawenkongress tagt in Prag und fordert die Umwandlung der Donaumonarchie Österreich "*in einen Bund von gleichberechtigten Völkern*"
- 16. Juni: Niederschlagung des Prager Pfingstaufstandes durch österreichische Truppen
- 24. Juni: Niederschlagung des französischen Juniaufstandes in Paris. Danach erstarkt auch in den Staaten des Deutschen Bundes die Konterrevolution und zwingt die Revolutionäre zunehmend in die Defensive
- 25. Juli: Schlacht bei Custoza - Die norditalienischen Aufständischen unter Führung von Sardinien-Piemont unterliegen den österreichischen Truppen
- 9. August: Waffenstillstand zwischen Österreich und Sardinien-Piemont
- 26. August: Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark. Die Nationalversammlung muss dem zustimmen und offenbart so seine eigene Machtlosigkeit. Die Krise führt zu neuen Unruhen in Frankfurt/Main und weiteren deutschen Städten
- 12. September: Der republikanische Nationalistenführer Lajos Kossuth wird Ministerpräsident in Ungarn. Dem österreichischen Kaiser wird der Titel "König von Ungarn" verwehrt. Es kommt zu nationalrevolutionären Unruhen gegen die Vorherrschaft Österreichs
- 18. September: Barrikadenkämpfe gegen preußische und österreichische Truppen in Frankfurt
- 21 bis 25. September: 2. badischer Aufstand in Lörrach. Gustav Struve wird im Anschluss daran verhaftet
- 6. Oktober bis 31. Oktober: Der Wiener Oktoberaufstand wird nach knapp vier Wochen von kaiserlichen Truppen blutig niedergeschlagen

- 9. November: Robert Blum, Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, wird im Zuge der Vergeltungsmaßnahmen gegen die österreichischen Revolutionäre in Wien hingerichtet
- 2. Dezember: der österreichische Kaiser Ferdinand I. dankt ab und überlässt den Thron seinem Neffen Franz Joseph I
- 27. Dezember: Die Nationalversammlung in Frankfurt verabschiedet Grundrechte
- 1849:
  - Februar/März: neue Aufstände in einigen österreichischen Gebieten Oberitaliens, insbesondere der revolutionäre Putsch gegen Großherzog Leopold II in der Toskana führen zu einem weiteren Krieg zwischen Österreich und Sardinien-Piemont
  - 23. März: Schlacht bei Novara: erneute Niederlage der oberitalienischen Revolutionäre und Sardinien-Piemonts gegen die österreichische Armee
  - 28. März: Die Nationalversammlung verabschiedet nach vielen kontroversen Debatten die Paulskirchenverfassung
  - 14. April: Ungarn erklärt seine Unabhängigkeit von Österreich und ruft die Republik aus. Darauf kommt es zum ungarischen Unabhängigkeitskrieg gegen Österreich
  - 28. April: der preußische König Friedrich Wilhelm IV lehnt die ihm von der Nationalversammlung (Kaiserdeputation) angebotene Kaiserkrone ab. Damit ist eine deutsche Einheit und die Reichsverfassung gescheitert
  - Mai: Reichsverfassungskampagne - In den Maiaufständen wird versucht, die Verfassung in einigen Staaten des Deutschen Bundes doch noch durchzusetzen, und darüber hinaus, einzelne Republiken zu installieren. Die Konfrontation zwischen Revolution und Konterrevolution führt in einigen Staaten zu einer bürgerkriegsähnlichen Eskalation

- 3. Mai bis 9. Mai: Dresdner Maiaufstand, die Ausrufung einer sächsischen Republik scheitert, der Aufstand wird von preußischen Truppen niedergeschlagen
- ab 11. Mai: Meuterei der badischen Garnison in Rastatt - Badischer Maiaufstand
- 1. Juni: In Baden wird die Republik ausgerufen. Lorenz Brentano übernimmt den Vorsitz der provisorischen Regierung. Preußische Truppen beginnen, gegen Baden vorzurücken
- 6 bis 18. Juni: Das Rumpfparlament als verbliebener Rest der Nationalversammlung tagt in Stuttgart, es wird am 18. Juni von württembergischen Truppen aufgelöst
- 23. Juli: Einnahme Rastatts durch preußische Truppen, Ende der badischen Revolution und mit ihr auch der Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes

### **"Nachwehen" der Märzrevolution bis Oktober 1849**

- 6. August 1849: Mailänder Friedensvertrag zwischen Österreich und Sardinien-Piemont
- 23. August 1849: Österreichische Truppen schlagen die revolutionäre Republik Venedig nieder. Oberitalien ist wieder in österreichischer Hand
- 3. Oktober 1849: Die letzten ungarischen Revolutionäre kapitulieren gegenüber den Österreichern in der Festung Komorn

### **E. Frankfurter Nationalversammlung**

Vorbereitet durch Versammlungen, das Vorparlament sowie dessen Fünzigerausschuss und Siebzehnerausschuss wurde am 18. Mai 1848 in der Paulskirche in Frankfurt am Main eine gesamtdeutsche Nationalversammlung mit 809 gewählten Vertretern (Abgeordnete und ihre Nachrückkandidaten) aus allen deutschen Staaten unter der Präsidentschaft des gemäßigten Liberalen Heinrich von Gagern eröffnet. Die Nationalversammlung stellte eine provisorische Zentralgewalt des Deutschen Bundes mit dem österreichischen Erzherzog Johann als Reichsverweser dar. Fürst Karl von Leiningen fungierte als Ministerpräsident des neu geschaffenen "Reichsministeriums".

Die Frankfurter Nationalversammlung sollte die deutsche Einheit vorbereiten und eine gesamtdeutsche Reichsverfassung ausarbeiten. In der Nationalversammlung vertreten waren vornehmlich die Schichten des Großbürgertums, hohe Beamte, Professoren, Offiziere, Richter, Staatsanwälte, Advokaten usw. Aufgrund der Häufung der Großbürger wurde die Nationalversammlung vom Volk teilweise auch abschätzig spöttelnd als "Honoratiorenparlament" oder "Professorenparlament" bezeichnet. Im Parlament bildeten sich bald unterschiedliche Gruppierungen und Fraktionen heraus, die sich nach den Lokalen benannten, in denen sie sich nach oder zwischen den Sitzungen trafen, um ihre Anträge und Vorstellungen abzustimmen. Im Wesentlichen bildeten sich drei ideologische Flügel, die vielen auch als Vorläufer der modernen demokratischen Parteien des 20. Jahrhunderts gelten, aus:

1. Die „**demokratische Linke**“, die sich aus der extremen und der gemäßigten Linken zusammen setzte (die Parteien Donnersberg, Deutscher Hof, Nürnberger Hof und Westendhall)
2. Die „**liberale Mitte**“, die sich aus dem linken und rechten Zentrum zusammen setzte (Württembergischer Hof, Augsburger Hof, Landsberg, Kasino, Pariser Hof)
3. Die „**konservative Rechte**“ aus Protestanten und Konservativen (Cafe Milano)

Die Vorstellungen der Fraktionen reichten von der Minderheitsposition der Errichtung einer parlamentarischen gesamtdeutschen demokratischen Republik, über eine konstitutionelle Monarchie mit Erbkaisertum als so genannte Kleindeutsche Lösung (ohne Österreich) oder als so genannte großdeutsche Lösung (mit Österreich), bis hin zum Erhalt des Status Quo.

Zu der lähmenden Uneinigkeit der Abgeordneten kam das Fehlen einer eigenen Exekutive, um die Beschlüsse des Parlaments durchzusetzen, die u.a. oft an österreichischen oder preußischen Alleingängen scheiterten. Dies führte zu mehreren Krisen, so etwa in der schleswig-holsteinischen Frage bezüglich eines Krieges gegen Dänemark (siehe weiter oben *Abschnitt 3.6: Holstein Schleswig*). Trotz allem wurde am 28. März 1849 mit einer Mehrheit von 42 Stimmen eine Verfassung verabschiedet, die eine kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung vorsah. Der

König von Preußen war als Kaiser vorgesehen. Von den deutschen Staaten stimmten aber nur 29 der Verfassung zu. Österreich, Bayern, Preußen, Sachsen und Hannover lehnten sie ab. Die preußischen und österreichischen Abgeordneten verließen die Nationalversammlung. Als am 28. April auch König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die ihm durch die Kaiserdeputation angetragene Kaiserwürde ablehnte, war auch die Frankfurter Nationalversammlung gescheitert. Um eine Verfassung dennoch in den einzelnen Ländern durchzusetzen, kam es im Mai 1849 in einigen Revolutionszentren zu den so genannten Maiaufständen im Rahmen der Reichsverfassungskampagne. Diese Aufstände bildeten im Grunde genommen einen zweiten Revolutionsschub, der in einigen Gebieten des Bundes wie etwa in Baden und Sachsen bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahm. Die Frankfurter Nationalversammlung löste sich auf und zog als so genanntes „Rumpfparlament“ ohne die preußischen und österreichischen Abgeordneten am 30. Mai 1849 nach Stuttgart um. Am 18. Juni 1849 wurde dieses Rumpfparlament von württembergischen Truppen gewaltsam aufgelöst. Mit der Niederschlagung der letzten revolutionären Kämpfe am 23. Juli in Rastatt war die Revolution von 1848/49 in den Staaten des deutschen Bundes endgültig gescheitert.

## **F. Auswirkungen und Folgen der Märzrevolution in Deutschland bis zur Gegenwart**

Die Niederschlagung der Revolution und der Sieg des Konservativismus bzw. der Reaktion hatte einen spezifisch deutschen Dualismus (Widerspruch) zwischen Nation und Demokratie geschaffen, der die Geschichte Deutschlands langfristig prägte, und der bis in die Gegenwart spürbar ist. Ganz anders als beispielsweise in Frankreich, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, in denen Nation und Demokratie nach erfolgreichen Revolutionen traditionell eher als Einheit gesehen werden und ein Bekenntnis zur Nation in der Regel auch ein Bekenntnis zur Demokratie mit einschließt.

Auch, wenn neue Emanzipationsbewegungen wie zum Beispiel die Arbeiterbewegung oder die emanzipatorische Frauenbewegung die Märzrevolution in ihren Ergebnissen nicht entscheidend bestimmten, so beförderte die Revolution dennoch die Anfänge deren Entstehung und Organisation in Deutschland.

So wurde zum Beispiel am 3. September 1848 in Berlin die „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ unter prägender Mitwirkung des Schriftstellers Stefan Born gegründet. Sie gilt als erste überregionale Organisation der deutschen Arbeiterschaft und leitete die Entwicklung der Gewerkschaften ein. Am 12. Mai 1849 gründete die Journalistin und frühe Frauenrechtlerin Louise Otto, nach ihrer späteren Heirat als Louise Otto-Peters bekannt, die neue politisch motivierte „Frauenzeitung“, in der sie unter anderem den Zusammenschluss von Arbeiterinnen nach dem Vorbild der Assoziationen männlicher Gesellen forderte.

Des Weiteren entstand während der Revolution nach Aufhebung der Pressezensur eine pluralistischere Presselandschaft. Neue Zeitungen nahmen von links bis rechts Einfluss auf das politische Zeitgeschehen. Auf der Linken war dies etwa die von Karl Marx herausgegebene „Neue Rheinische Zeitung“, auf der Rechten die „Neue Preußische Zeitung“ (auch „Kreuzzeitung“ genannt), an deren Gründung der Abgeordnete Otto von Bismarck entscheidenden Anteil hatte. Mit dem „Kladderadatsch“ wurde am 7. Mai 1848 auch eine der ersten großen satirischen Zeitschriften Deutschlands ins Leben gerufen.

Nach dem Scheitern der Revolution setzte sich eine konservative Konterrevolution durch. Es kam erneut zu einer gewissen Restauration der alten Verhältnisse, die jedoch nicht mehr ganz die Ausmaße der Metternichschen Repression während des Vormärz annahm.

Obwohl die Revolution von 1848 scheiterte, blieben einige Fortschritte, die die siegreiche Gegenrevolution nicht rückgängig machen konnte. Zum Beispiel breitete sich eine größere Rechtssicherheit aus. Neben der Humanisierung des Strafrechts wurden die Verfahren zunehmend auch öffentlich und in Geschworenengerichten abgehalten.

Ein weiterer Fortschritt, der gleichzeitig auch ein Grund des Scheiterns der Revolution war, war die Auflösung der feudalen Ordnung. Die Bauern wurden aus der Erbuntertänigkeit befreit und hatten so schon während der Revolution einige ihrer wesentlichen Forderungen erfüllt bekommen. Dies führte, im Überblick betrachtet, auch zum deutlichen Rückgang eines fortschrittlich-revolutionären Engagements der ländlichen Bevölkerung Deutschlands, das durch das städtische Proletariat abgelöst wurde.

Die liberalen Kräfte spalteten sich zunehmend in verschiedene Richtungen auf, wie es sich schon in der Fraktionsbildung der Frankfurter Nationalversammlung angedeutet hatte (Nationalliberale, Wirtschaftsliberale, Freisinnige bis hin zur Sozialliberalen Strömung des späten 19. Jahrhunderts). - Die radikal-"libertäre", staatsverneinende Strömung des Anarchismus entwickelte sich noch stärker in eine fundamental-sozialistische Richtung. Später, in den 1870er Jahren kam es in der Internationalen Arbeiterassoziation, der so genannten Ersten Internationale, zum offenen Konflikt zwischen den anarchistischen Verfechtern des Sozialismus um Michail Bakunin und den kommunistischen Verfechtern des Sozialismus um Karl Marx. Der Konflikt führte zum Bruch zwischen Anarchismus und Kommunismus und zur letztlichen Auflösung der ersten Internationalen bis 1876.

Viele radikale Demokraten waren, wenn sie nicht inhaftiert oder hingerichtet worden waren, während und nach der Revolution ins Exil geflohen. Nach 1848/49 hatte es eine beispiellose Auswanderungswelle, vor allem in die USA gegeben. In den USA gibt es eine eigene Bezeichnung für die deutschen Immigranten, die in Folge der Märzrevolution ins Land kamen: „The Forty-Eighters“ („Die Achtundvierziger“). Viele der „Fourty-Eighters“ zeichneten sich auch in den USA durch ihr demokratisches politisches Engagement aus. Nicht wenige von ihnen setzten sich 1860 für die Wahl Abraham Lincolns zum US-Präsidenten ein, bekämpften die Sklaverei oder beteiligten sich auf der Seite der Nordstaaten am Sezessionskrieg von 1860 bis 1864. Einige wie etwa Lorenz Brentano oder Carl Schurz machten in den USA auch eine politische Karriere. Schurz war von 1877 bis 1881 US-Innenminister.

Manche anderen radikalen Demokraten, die in Deutschland geblieben waren, schlossen sich der aufkommenden und ab den 1860er Jahren trotz späterer Unterdrückung (etwa unter den Bismarckschen Sozialistengesetzen) rasch wachsenden Arbeiterbewegung und / oder der im 19. Jahrhundert marxistisch orientierten Sozialdemokratie an. (siehe auch Kommunismus, Sozialismus Kommunistische Partei).

Die Burschenschaftsbewegung, ursprünglich eine der Wegbereiterinnen der Märzrevolution, verlor zunächst an Bedeutung. Mit der Zeit verkümmerten deren liberale und demokratische Ideale zusehends zugunsten eines sich verstärkenden,



rechts orientierten autoritären Nationalismus. Aus den derart ausgerichteten Burschenschaften und Studentenverbindungen bildete sich ein Teil der späteren intellektuellen Eliten des Kaiserreichs und auch des Nationalsozialismus im 20. Jahrhundert heraus.

Eine gewisse Etablierung hatte die nationale Idee einer kleindeutschen Einigung erfahren (*siehe auch Unionspolitik*), die schließlich von den herrschenden konservativen Kräften unter preussischer Führung, namentlich Otto von Bismarcks nach den sogenannten drei „deutschen Einigungskriegern“ Preußens, 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich und 1870 gegen Frankreich von oben durch- und umgesetzt wurde. 1871 wurde nach Preußens Sieg über Frankreich in Versailles König Wilhelm von Preußen zum ersten deutschen Kaiser Wilhelm I. gekrönt und das Zweite deutsche Reich ausgerufen, dessen Politik bis 1890 wesentlich durch den Reichskanzler Bismarck geprägt wurde.

Die im Lauf der Jahrzehnte zunehmende ideologische Überhöhung und Verklärung des deutschen Nationalismus und Militarismus, die mit einer gleichzeitigen Diskreditierung demokratischer Ideale durch die politisch herrschenden Gesellschaftsschichten einher ging, beförderte mittel- bis langfristig in immer stärkeren Maße auch antisemitische Ressentiments und das verstärkte Aufkommen rechtsextremer, im damaligen Sprachverständnis "völkisch"-nationalistischer Gruppen und Parteien (vgl. Völkische Bewegung). Diese Entwicklungen trugen schließlich mit zu den Kriegen und politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts bei - bis hin zur faschistischen Diktatur des Nationalsozialismus, dem Zweiten Weltkrieg und dem Völkermord an den europäischen Juden („Holocaust“).

Erst mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949, hundert Jahre nach der Märzrevolution, konnten die ursprünglichen demokratischen Ideale der Revolution (nach deren Scheitern in der Weimarer Republik) wieder in den Vordergrund gestellt werden. Sowohl in der Weimarer Verfassung als auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland waren wesentliche Elemente der 1849 gescheiterten Paulskirchenverfassung übernommen worden.

Im Überblick betrachtet, können sich nahezu alle im 20. Jahrhundert relevanten gesellschaftspolitischen Strömungen Deutschlands und Europas - von der radikalen

Linken über bürgerliche Demokraten bis zur nationalistischen Rechten - mit mehr oder weniger ausgeprägter Berechtigung auf in der Märzrevolution und durch sie hervorgegangene politische Ideen, Persönlichkeiten und Entwicklungen berufen.

## **KAPITEL 10**

### **INDUSTRIELLE REVOLUTION**

Die industrielle Revolution ist die Phase des Durchbruchs der Industrialisierung in Deutschland, deren Beginn von Hubert Kieseewetter auf 1815<sup>[1]</sup> und von Friedrich-Wilhelm Henning auf 1835 datiert wird.

Vorausgegangen waren die Zeiträume der Vor- und Frühindustrialisierung. Generell gelten die Jahrzehnte zwischen den 1830er Jahren und 1873 als Phase des industriellen „take off“ (Walt Rostow). Gefolgt wurde die industrielle Revolution von der Phase der Hochindustrialisierung während des Kaiserreichs. Die (nachholende) industrielle Revolution in Deutschland unterschied sich von der des Pionierlandes Großbritannien dadurch, dass nicht die Textilindustrie, sondern Montanindustrie und Eisenbahnbau die Schlüsselindustrien wurden.

Ein weiteres Kennzeichen war der regionale Charakter der Industrialisierung. Teilweise vor dem Hintergrund älterer Traditionen, teilweise auf Basis von Rohstoffvorkommen, günstigen Verkehrsbedingungen oder anderen Gründen konzentrierte sich die industrielle Revolution auf einige regionale Verdichtungszone. In älteren Gewerbepfandschaften, in denen die Anpassung an die neue Zeit nicht gelang, konnte es zu Deindustrialisierungsprozessen kommen.

Anfänglich war die industrielle Entwicklung zu schwach um in nennenswertem Umfang neue Arbeitsplätze für eine wachsende Bevölkerung zu schaffen. Im Gegenteil verschärfte die industrielle Konkurrenz zunächst noch die Krise im Handwerk und den traditionellen Gewerbezeigen. Dies war eine der Ursachen für den Pauperismus des Vormärz. Erst mit dem Durchbruch der industriellen Revolution entstanden in größerem Umfang neue Arbeitsmöglichkeiten. Im weiteren Verlauf verschob sich die soziale Frage weg von den ländlichen Unterschichten und hin zur wachsenden Arbeiterbevölkerung mit ihren schlechten Arbeitsbedingungen und oftmals niedrigen Löhnen.



Der Eisenbahnbau als Ausdruck der industriellen Revolution (hier die Bonn-Cölner Eisenbahn um 1844)

### **A. Begriffsentwicklung**

Der Begriff der industriellen Revolution begann sich in Frankreich während der französischen Revolution zu entwickeln. Zu Beginn diente er als Analogie um den politischen Wandel in Frankreich und den in etwa gleichzeitig ablaufenden Veränderungen der gewerblichen Produktionsformen vor allem in Großbritannien zu vergleichen. Ähnlich war die Verwendung auch noch in den folgenden Jahrzehnten so 1827 in einem Bericht der Zeitung *Moniteur Universel* oder 1837 als Adolphe Jérôme Blanqui den Begriff einsetzte um die gewaltsame Entwicklung in Frankreich mit der friedlichen in England zu vergleichen. Bereits zwei Jahre später wurde er von Natalis Briavoine als Prozess- und Epochenbegriff genutzt. Außerhalb Frankreichs taucht er erstmals 1843 bei Wilhelm Schulz und 1845 in der Schrift von Friedrich Engels „*Die Lage der arbeitenden Klasse in England*“ auf.

Auch Engels verglich die politische Revolution in Frankreich und die gewerbliche Entwicklung in Großbritannien. Für ihn war die industrielle Revolution eine Epochenäsur. „... kaum kennt die Weltgeschichte ein Ereignis, welches in dem kurzen Zeitraum weniger Menschenalter so außerordentliche Veränderungen hervorgebracht, so gewaltsam in die Schicksale der gebildeten Völker eingegriffen

*hat und noch eingreifen wird, als die industrielle Revolution, in welche unsere Zeit begriffen ist.“*

Wurde der Begriff hier auf die von England ausgehende industrielle Entwicklung begrenzt, hatte schon Schulz ihn auch auf andere Epochen angewandt. Darin folgte ihm vor allen die angelsächsische Tradition etwa John Stuart Mill oder Arnold Toynbee. Als Epochenbezeichnung wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts die historische Einmaligkeit der Entstehung der Großindustrie betont, während er als Prozessbezeichnung den Umbruch noch als etwas Unabgeschlossenes deutete. Die Bedeutungsebene als Prozessbegriff verlor im 20. Jahrhundert gegenüber dem Begriff der Industrialisierung allerdings deutlich an Bedeutung.

## **B. Problem der chronologischen Abgrenzung**

Unbestritten in der Forschung ist die Ansicht, dass die industrielle Revolution auf teilweise lang zurückliegenden Vorbedingungen beruhte. Einige - wie Simon Smith Kuznets - relativieren daher das Konzept einer Revolution im Sinne eines radikalen Umbruchs angesichts des Entwicklungscharakters stark. Kuznets betrachtete die Zeit von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart hinein als die Epoche des „modernen Wirtschaftswachstums.“ Die meisten Forscher jedoch hielten und halten an der Vorstellung eines industriellen Durchbruchs im Sinne eines vergleichsweise rasch stark anwachsenden Wirtschaftswachstum auch in der deutschen Entwicklung fest. Umstritten bleibt jedoch die genaue Abgrenzung.

Es hat sich mittlerweile in der Forschung durchgesetzt, vom eigentlichen Beginn der Industrialisierung eine „Vorbereitungsphase“ zu unterscheiden, die etwa um 1790 einsetzte. Dem folgte die eigentliche Phase des „take offs“ (oder der industriellen Revolution). Dessen Anfang ist weiterhin umstritten. Fritz-Wilhelm Henning, Karl Heinrich Kaufhold oder Jürgen Kocka datieren ihren Beginn in die 1830er Jahre. Reinhard Spree, Richard H. Tilly und auch Hans-Ulrich Wehler sehen den entscheidenden Schritt hin zu einer beschleunigten industriellen Entwicklung in den 1840er Jahren erreicht. Knut Borchardt schlug gar die 1850er Jahre als Beginn der industriellen Revolution an.

Bei allen Detaildiskussionen sind sich die neueren Autoren im wesentlichen einig, dass nach einer längeren Vorlaufphase der Vor- oder Frühindustrialisierung

Deutschland spätestens in der Mitte des 19. Jahrhunderts sowohl in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht in das Industriezeitalter eintrat. Dies gilt sowohl für die Ökonomie wie auch für die Gesellschaft .

### **C. Vor-, Früh- und Protoindustrialisierung**

Die Ausgangssituation für eine industrielle Revolution war in Deutschland deutlich schlechter als im Ursprungsland der Industrialisierung, in Großbritannien. Dazu zählen der fehlende einheitliche Markt, die Vielzahl von Zöllen, Währungen oder Gewichten und die territoriale Zersplitterung im Heiligen römischen Reich. Verkehrstechnisch war das Reich deutlich schlechter erschlossen als England, auch fehlte die überseeische Handels- und Kolonialexpansion. Der Rückstand gegenüber Großbritannien zeigt sich auch in dem in Deutschland wesentlich stärkeren agrarischen Sektor. Zudem hatte in diesem Bereich zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch keine vergleichbare „Agrarrevolution“ stattgefunden. Es gab noch starke feudale Elemente, und sieht man einmal von Ostelbien ab, zahlreiche leistungsschwache Kleinbetriebe, die vielfach noch mit alten Methoden wirtschafteten und als Subsistenzbetriebe kaum mit dem Markt verbunden waren. Hinzu kamen weitere Aspekte. Trotz des Merkantilismus im 18. Jahrhundert hielten etwa im Bereich des Handwerks die Zünfte an alten wirtschaftlichen Regulierungsinstrumenten fest.

Trotz der Entwicklungsprobleme gab es auch in den deutschen Ländern bereits seit der frühen Neuzeit vorbereitende Entwicklungen. Werner Conze grenzte eine vorbereitende Phase etwa auf die Zeit zwischen 1770 und 1850 ein. Dazu zählte ein in der Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzendes stärkeres Bevölkerungswachstum. Das verstärkte die Nachfrage und vergrößerte das Arbeitskräftepotential.

#### **1. Protoindustrie und Heimgewerbe**

Zwar befand sich das Zunfthandwerk um 1800 in der Krise, aber auch im gewerblichen Bereich gab es nicht nur stagnierende Entwicklungen. In den Manufakturen mit etwa 100.000 Arbeitskräften gab es in gewissem Umfang bereits eine Art Massenproduktion mit Arbeitsteilung. Das Verlagssystem (Protoindustrie) war in einigen Regionen bereits im späten Mittelalter und vor allem der frühen

Neuzeit entstanden. So haben sich die landarmen Schichten in Ostwestfalen und anderen Gebieten auf die heimgewerbliche Herstellung von Leinen spezialisiert, die von Händlern aufgekauft und auf dem überregionalen Markt vermarktet wurden. Man schätzt, dass immerhin eine Million Menschen um 1800 in diesem Bereich beschäftigt waren.

Diese und andere Entwicklungen auch im Eisen- und Metallgewerbe und anderen Bereichen haben bereits verschiedene regionale Zentren gewerblicher Verdichtung entstehen lassen. In den westlichen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen waren dies etwa der bergisch-märkische Raum, das Siegerland mit Ausläufern ins Sauerland. Ähnliche Zusammenhänge gab es im Rheinland, wo Eisen aus der Eifel zwischen Aachen, Eschweiler, Stolberg und Düren weiterverarbeitet wurden. Vor allem aber konzentrierte sich in diesem Gebiet die Messing-, Zink- und Bleiproduktion. In Oberschlesien wurden Bergbau und Verarbeitung teils vom Staat und teils von Großgrundbesitzern betrieben. Zu diesen gehörten die Grafen von Donnersmarck oder die Fürsten von Hohenlohe. Im Königreich Sachsen existierte ein hochdifferenziertes Gewerbe vom Land- und Stadthandwerk, über Heimgewerbetreibende in der Protoindustrie, Manufakturen, Bergbau und bald auch ersten Fabriken. Weite Teile Sachsens - hier vor allem die Region Chemnitz, das später auch sächsisches Manchester genannt wurde, - gehörten ebenso wie das nördliche Rheinland sogar zu den wachstumsintensivsten Regionen Europas, so Hahn.

## **2. Frühindustrialisierung**

Ansätze zu einer gewerblichen Expansion gab es also spätestens seit der Wende zum 19. Jahrhundert. Gleichwohl ist es sinnvoll, die Frühindustrialisierung im Sinne einer unmittelbaren Vorgeschichte der industriellen Revolution in Deutschland etwa mit dem Jahr 1815 beginnen zu lassen. Seit dem Ende der napoleonischen Kriege und der Aufhebung der Kontinentalsperre fielen einerseits Handelsbarrieren, andererseits war die Wirtschaft in Deutschland nunmehr der direkten Konkurrenz mit der englischen Industrie ausgesetzt. Damit stieg der Anpassungsdruck deutlich an. Hinzu kam, dass der territoriale Umbruch nach dem Reichsdeputationshauptschluss zum Verschwinden zahlreicher Kleinstterritorien und zum Entstehen einer Reihe mittlerer Staaten geführt hatte. Aber noch gab es keinen einheitlichen

Wirtschaftsraum. Ein wichtiger institutioneller Faktor für die gewerbliche Entwicklung war die Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahr 1834, der innerhalb des Vertragsgebiets einen zollfreien Warenaustausch ermöglichte. Dies war eine zentrale Voraussetzung für die Integration der bislang regional bezogenen Märkte in einen größeren Zusammenhang. Allerdings war die direkte Förderung der industriellen Entwicklung durch den Zollverein begrenzt. Von ihm wurde die industrielle Entwicklung zwar erleichtert, es gingen aber keine entscheidenden Wachstumsimpulse von ihm aus. Ebenso wichtig waren zahlreiche weitere Reformen im Bereich des Staates, der Gesellschaft und Wirtschaft. Besonders bekannt sind die preußischen Reformen, die es ähnlich auch in anderen Staaten gegeben hatte. Dazu gehörten die Bauernbefreiung sowie die Reformen in der Gewerbegesetzgebung. Je nach Staat zog sich die Umsetzung allerdings bis weit in die Mitte des Jahrhunderts hin.

Bereits seit dem Ende des 18. Jahrhunderts entstanden neben Heimgewerbe und Manufakturen auch in Deutschland die ersten modernen Fabriken, die auf Maschinen beruhten. So wurde 1784 in Ratingen die erste mechanische Baumwollspinnerei, die Textilfabrik Cromford, und ein Jahr später in Hettstedt die erste Dampfmaschine in Betrieb genommen. Im Jahr 1796 wurde in Oberschlesien der erste kontinuierlich produzierende Koksofen eingerichtet. Allerdings erlangten diese frühen Ansätze keine Breitenwirkung, sondern blieben isolierte Inseln.

Anders im Jahre 1798 als in Chemnitz-Harthau die Spinnmühle von C. F. Bernhardt gegründet wurde, die selbst von J. W. v. Goethe 1810 besichtigt wurde. Diese machte unter anderem den Weg frei für einen industriellen Quantensprung in Deutschland. Diese stellte die Grundlage dar, dass in Chemnitz und im Chemnitzer Umland unzählige Spinnereien nach dem Muster der Bernhardtschen Spinnerei in den nächsten Jahren entstanden.

#### **D. Die industrielle Revolution**

In etwa markiert die Revolution von 1848/49 auch die Scheidelinie zwischen Frühindustrialisierung und der Industriellen Revolution. Dazu passt auch ein Wandel vom krisengeprägten Selbstbewusstsein in den 1840er Jahren hin zu einer allgemeinen Aufbruchstimmung im folgenden Jahrzehnt. Etwa seit dieser Zeit nahm

die gesellschaftliche Produktion pro Einwohner gegenüber der vorindustriellen Zeit um das zehnfache zu.

Ein wichtiger Indikator für den Beginn der Industriellen Revolution in den 1850er Jahren war der plötzliche Anstieg der Nutzung der Steinkohle. Dahinter standen verschiedene Wachstumsvorgänge: Ein starker Anstieg der Eisen- und vor allem Stahlherstellung, der verstärkte Bau von Maschinen, nicht zuletzt von Lokomotiven und der Anstieg der Verkehrsleistungen der Eisenbahnen ließen die Energienachfrage steigen. Die wachsende Nachfrage nach Brennstoff und Industriegütern führte zu einem weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes und steigerte wiederum die Nachfrage nach neuen Lokomotiven und Schienen. Auch insgesamt war die industrielle Revolution in den 1850er und 1860er Jahren vor allem von Investitionen in den Eisenbahnbau und die Schwerindustrie geprägt.

### **1. Niedergang des alten Gewerbes und Pauperismus**

Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in dieser Zeit war allerdings nicht nur eine Erfolgsgeschichte. Vielmehr bedeutete der Import maschinell hergestellter Waren, vor allem aus Großbritannien und die Entstehung von Fabriken in Deutschland selbst, eine Bedrohung für die bestehenden älteren Wirtschaftsformen. Dies gilt sowohl für die mit Holzkohle hergestellten Eisenprodukte, wie auch für die in Manufakturen oder im Verlagssystem hergestellten Textilien. Insbesondere das Leinengewerbe verlor wegen der günstigeren Baumwollprodukte an Bedeutung. Damit war der wichtigste Zweig der deutschen Textilindustrie in seiner Existenz bedroht.

Eine Zeit lang konnten sich die älteren Produktionsmethoden halten. Dies geschah teilweise recht erfolgreich durch die Spezialisierung auf besondere Produkte (z.B. Krefelder Samt und Seide, Wuppertaler Bandwaren). Anderswo reagierten die Verleger mit der Senkung der Entgelte für die Heimweber. Auf längere Sicht konnten viele Gewerbe der maschinellen Konkurrenz - bis auf wenige Rückzugsgebiete - dennoch nicht standhalten. Dies hatte zur Folge, dass in den älteren Gewerberegionen, wenn diese den Übergang zur Fabrikindustrie nicht schafften, die Arbeitsmöglichkeiten fehlten und es zu Deindustrialisierungs- und Reagrarisierungsprozessen kommen konnte.



Ein weiterer Krisenfaktor war das Handwerk. Durch das Bevölkerungswachstum der ersten Jahrhunderthälfte nahm die Zahl der Handwerker stark zu. Einige Massenberufe wie Schneider oder Schuhmacher waren überbesetzt, die Gesellen hatten keine Chance mehr, Meister zu werden und der Ertrag auch der selbstständigen Handwerker war außerordentlich gering. Vor allem die Handwerke, deren Produkte mit der Industrie konkurrierten, gerieten von dieser Seite unter Druck.<sup>[13]</sup>

## **2. Regionale Industrialisierung**

Ein Kennzeichen der industriellen Entwicklung war ihre ungleiche regionale Verteilung. Die Ursachen dafür waren vielfältig. So spielte der Anschluss an das Eisenbahnnetz oder die Verfügbarkeit von Rohstoffen, Arbeitskräften oder Kapital eine Rolle.

In den Jahrzehnten der Industrialisierung passten sich einige alte gewerbliche Verdichtungszone der industriellen Entwicklung an. So traten in Bielefeld an die Stelle der heimgewerblichen Leinenproduzenten große Textilfabriken. Auch in Wuppertal oder in Sachsen knüpfte die Industrie an alte Traditionen an. Chemnitz war der Kern der sächsischen Industrialisierung und wurde als sächsisches Manchester bezeichnet. In anderen Bereichen kam es zum Wandel der gewerblichen Schwerpunkte. In Berlin etwa siedelten sich vor allem die Konfektionsindustrie, der Maschinenbau sowie Banken und Versicherungen an. Das Rheinland profitierte von seiner Verkehrslage. Das teils in der Rheinprovinz und teils in der Provinz Westfalen liegende Ruhrgebiet entwickelte sich rohstoffbedingt zum Zentrum der Industrie, insbesondere der Montanindustrie. Dort hatte es zwar zuvor bereits in einigen Orten Bergbau gegeben, aber mit der Nordwanderung der Förderung kam es in einigen Gebieten zu einer völlig neuen Entwicklung.

## **3. Leitbranchen**

Der zentrale Wachstumsmotor für die Industrialisierung in Deutschland war der Eisenbahnbau. Die von diesem ausgehende Nachfrage förderte die Entwicklungen in den drei aufs engste miteinander verbundenen Leitbranchen: dem Bergbau, der Metallerzeugung und dem Maschinenbau.

### **a. Eisenbahnbau**

Im sekundären Sektor war die Eisenbahn der stärkste Wachstumsmotor und nahm auch insgesamt eine Schlüsselstellung ein. Das Eisenbahnzeitalter begann in Deutschland mit der sechs Kilometer langen Strecke zwischen Nürnberg und Fürth der Ludwigsbahn-Gesellschaft. Die erste wirtschaftlich bedeutende Strecke war die auf maßgebliche Initiative von Friedrich List gebaute 115 Kilometer lange Strecke zwischen Leipzig und Dresden (1837).

Der wachsende Transportbedarf führte zum Ausbau des Schienennetzes, dies wiederum verstärkte die Nachfrage nach Eisen und Kohle. Wie stark dieser Zusammenhang war, zeigt die Tatsache, dass zwischen 1850 und 1890 etwa die Hälfte der Eisenproduktion im Bereich der Eisenbahn verbraucht wurde. Mit der Ausweitung der inländischen Eisenproduktion seit den 1850er Jahren gewann auch der Eisenbahnbau neuen Schwung.

## **b. Metallverarbeitung**

Bereits um die Jahrhundertwende wurden in Deutschland die ersten dampfbetriebenen Maschinen gebaut und eingesetzt. Im Jahr 1807 bauten die Brüder Franz und Johann Dinnendahl in Essen erste Dampfmaschinen. Diese dienten in erster Linie zum Abpumpen von Wasser in den Zechen des Ruhrgebiets. Friedrich Harkort hatte 1817 in Wetter seine Mechanische Werkstätte gegründet. Im Aachener Raum gab es 1836 bereits neun Maschinenbaubetriebe mit zusammen tausend Arbeitern. Allerdings blieb die Zahl der Dampfmaschinen zunächst noch begrenzt. In ganz Preußen gab es 1832 erst 210 Dampfmaschinen. Im Königreich Hannover wurde erst 1831 die erste in Gang gesetzt.

Mit dem Beginn des Eisenbahnzeitalters in der Mitte der 1830er Jahre wuchs die Nachfrage nach Schienen und Lokomotiven. Seit den 1830er Jahren vermehrte sich daher die Zahl der Hersteller von Dampfmaschinen und Lokomotiven. Dazu zählte die Maschinenfabrik Esslingen, die Sächsische Maschinenfabrik in Chemnitz, August Borsig in Berlin, in München Josef Anton Maffei, die später so genannte Firma Hanomag in Hannover, Henschel in Kassel und in Karlsruhe Emil Kessler. An der Spitze stand unbestritten die Firma Borsig, die 1841 ihre erste und 1858 bereits die tausendste Lokomotive herstellte und mit 1100 Beschäftigten zur drittgrößten Lokomotivfabrik der Welt aufstieg. Deren Aufstieg wiederum vergrößerte den Bedarf an Produkten der Montanindustrie.



### Lokomotivfabrik von August Borsig (um 1847)

Im Bereich der Metallverarbeitung besaß der Maschinenbau als modernster und wachstumsintensivster Bereich eine Leitfunktion. Neben einigen Großbetrieben gab es in diesem Bereich zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen, nicht selten in Familienbesitz. Hauptstandorte waren Chemnitz und Zwickau, weiterhin Berlin, Dresden, Hannover, Leipzig, Mannheim und Köln. Wobei Chemnitz hierbei eine führende Rolle einnahm. So gründete Johann von Zimmermann im Jahr 1848 in Chemnitz die erste Werkzeugmaschinenfabrik Deutschlands.

### **c. Bergbau**

Der Abbau von Erzen oder Kohle unterlag bis ins 19. Jahrhundert hinein dem fürstlichen Bergregal. Im Saargebiet übernahm der preußische Staat die Kohlegruben bis auf eine Ausnahme in Staatsbesitz. In den preußischen Westgebieten wurde seit 1766 das sogenannte Direktionsprinzip eingeführt. Durch die Schiffbarmachung der Ruhr in der Endphase der Regierungszeit von Friedrich II. wurde der Kohlenexport deutlich erleichtert. Nach der Gründung der Provinzen Rheinland und Westfalen wurde 1815 der Oberbergamtsbezirk Dortmund geschaffen. Dieser reichte von Emmerich im Westen bis Minden im Osten, von Ibbenbüren im Norden bis Lüdenscheid im Süden.

### **e. Metallverarbeitung**

Bereits um die Jahrhundertwende wurden in Deutschland die ersten dampfbetriebenen Maschinen gebaut und eingesetzt. Im Jahr 1807 bauten die Brüder Franz und Johann Dinnendahl in Essen erste Dampfmaschinen. Diese dienten in erster Linie zum Abpumpen von Wasser in den Zechen des Ruhrgebiets. Friedrich Harkort hatte 1817 in Wetter seine Mechanische Werkstätte gegründet. Im Aachener Raum gab es 1836 bereits neun Maschinenbaubetriebe mit zusammen tausend Arbeitern. Allerdings blieb die Zahl der Dampfmaschinen zunächst noch begrenzt. In ganz Preußen gab es 1832 erst 210 Dampfmaschinen. Im Königreich Hannover wurde erst 1831 die erste in Gang gesetzt.

Mit dem Beginn des Eisenbahnzeitalters in der Mitte der 1830er Jahre wuchs die Nachfrage nach Schienen und Lokomotiven. Seit den 1830er Jahren vermehrte sich daher die Zahl der Hersteller von Dampfmaschinen und Lokomotiven. Dazu zählte die Maschinenfabrik Esslingen, die Sächsische Maschinenfabrik in Chemnitz, August Borsig in Berlin, in München Josef Anton Maffei, die später so genannte Firma Hanomag in Hannover, Henschel in Kassel und in Karlsruhe Emil Kessler. An der Spitze stand unbestritten die Firma Borsig, die 1841 ihre erste und 1858 bereits die tausendste Lokomotive herstellte und mit 1100 Beschäftigten zur drittgrößten Lokomotivfabrik der Welt aufstieg. Deren Aufstieg wiederum vergrößerte den Bedarf an Produkten der Montanindustrie.

Im Bereich der Metallverarbeitung besaß der Maschinenbau als modernster und wachstumsintensivster Bereich eine Leitfunktion. Neben einigen Großbetrieben gab es in diesem Bereich zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen, nicht selten in Familienbesitz. Hauptstandorte waren Chemnitz und Zwickau, weiterhin Berlin, Dresden, Hannover, Leipzig, Mannheim und Köln. Wobei Chemnitz hierbei eine führende Rolle einnahm. So gründete Johann von Zimmermann im Jahr 1848 in Chemnitz die erste Werkzeugmaschinenfabrik Deutschlands. Daneben zogen die Auftraggeber etwa in der Schwer- oder Textilindustrie Betriebe dieser Art an. Der Maschinenbau in Deutschland profitierte von der Gründung verschiedener Gewerbeschulen, die teilweise später zu technischen Hochschulen wurden.

#### **d. Bergbau**

Der Abbau von Erzen oder Kohle unterlag bis ins 19. Jahrhundert hinein dem fürstlichen Bergregal. Im Saargebiet übernahm der preußische Staat die

Kohlegruben bis auf eine Ausnahme in Staatsbesitz. In den preußischen Westgebieten wurde seit 1766 das sogenannte Direktionsprinzip eingeführt. Durch die Schiffbarmachung der Ruhr in der Endphase der Regierungszeit von Friedrich II. wurde der Kohlenexport deutlich erleichtert. Nach der Gründung der Provinzen Rheinland und Westfalen wurde 1815 der Oberbergamtsbezirk Dortmund geschaffen. Dieser reichte von Emmerich im Westen bis Minden im Osten, von Ibbenbüren im Norden bis Lüdenscheid im Süden. Die Bergbehörde regulierte Abbau, Arbeitsbedingungen und Bezahlung der „Bergknappen.“

Durch den Einsatz von Dampfmaschinen zur Entwässerung konnte der Abbau in größeren Tiefen erfolgen. Entscheidend war allerdings die Möglichkeit, mit den sogenannten Tiefbauzechen die Mergelschicht zu durchbrechen. Als einer der ersten Unternehmer ließ Franz Haniel (Miteigentümer der Gutehoffnungshütte) seit 1830 bei Essen solche Zechen anlegen. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Tiefbauzechen auf 48 mit 95 Dampfmaschinen (1845) zu. Bis 1840 stieg die Fördermenge im Oberbergamtsbezirk auf 1,2 Millionen Tonnen und die Beschäftigtenzahl auf immerhin fast 9000 Mann an. Auch in anderen Revieren wurde die Kohleförderung in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts verstärkt. Dazu zählte etwa das Aachener Revier im Bergamt Düren. In dieser Region gab es 1836 immerhin 36 Zechen.

Vor allem die durch den Eisenbahnbau ausgelöste Nachfrage nach Eisenprodukten wirkte sich seit den 1840er Jahren förderlich auf den Bergbau aus. Hinzu kamen Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen. Dazu gehörte insbesondere seit 1851 die allmähliche Aufgabe der obrigkeitlichen Kontrolle des Bergbaus. Abgeschlossen wurde diese Entwicklung freilich erst mit der preußischen Bergrechtsreform von 1861. Dies war eine der Ursachen für den Aufschwung des privatwirtschaftlichen Bergbaus an der Ruhr oder in Schlesien.

### **e. Eisen- und Stahlproduktion**

Auch die Anfänge einer Reihe von später führenden schwerindustriellen Unternehmen fallen in die Zeit der Frühindustrialisierung. An der Saar spielten Carl Ferdinand von Stumm-Halberg und seine Familie in der Schwerindustrie die führende

Rolle, vor allem als sie seit 1827 den Konkurrenten Dillinger Hütte kontrollierte. In Sterkrade bei Oberhausen gründeten 1810 verschiedene Unternehmen die Gutehoffnungshütte. Hatte das Unternehmen um 1830 herum erst 340 Arbeiter, waren es Anfang der 1840er Jahre bereits etwa 2000. Friedrich Krupp hatte 1811 in Essen die Gussstahlproduktion aufgenommen, hinterließ seinem Sohn Alfred 1826 allerdings eine hochverschuldete Firma. Die Lage des Unternehmens blieb problematisch, bis in den 1840er Jahren der Eisenbahnbau die Nachfrage ankurbelte.

Eine wichtige technische Innovation in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war die Errichtung von Puddelwerken, die unter Einsatz von Steinkohle wesentlich produktiver und kostengünstiger waren als die alten Hütten auf Holzkohlebasis. 1824 wurde das Verfahren bei einer Hütte in Neuwied eingeführt, 1825 folgte bei Düren die Lendersdorfer Hütte von Eberhard Hoesch, ein Jahr später folgte Harkorts Werk. Die in den folgenden beiden Jahrzehnten erfolgten Umbauten und Neugründungen führten - wie etwa im Fall der Hüstener Gewerkschaft - zu weiteren Betriebsabteilungen wie Walzwerken, Drahtziehereien und Maschinenbauabteilungen. Der Ausbau der Eisenbahn ließ den Bedarf an Eisen und Schienen und sonstigen montanindustriellen Produkten innerhalb kurzer Zeit in die Höhe schnellen.

### **3. Konzernbildung**

Waren die schwerindustriellen Unternehmen zu Beginn der industriellen Revolution nicht selten noch Kleinbetriebe, wuchsen sie im Laufe dieser Periode teilweise zu Riesenbetrieben an. Bei Krupp arbeiteten 1835 67 Personen, 1871 waren es bereits 9000 und 1873 knapp 13.000 Arbeitskräfte. Gleichzeitig setzten sich die Aktiengesellschaften - von Ausnahmen wie Krupp oder einigen oberschlesischen Familienbetrieben abgesehen - als dominante Unternehmensform durch.

Außerdem entstanden - insbesondere in der Schwerindustrie - bereits in dieser Phase vertikal und horizontal verbundene Konzerne. Dabei wurden beispielsweise Bergwerke, die Eisenherstellung und Stahlproduktion, Walzwerke und Maschinenbaubetriebe vereint. In diese Richtung entwickelten sich etwa die Gutehoffnungshütte in Oberhausen, der Bochumer Verein, die Firmen Hoesch und Thyssen, der Hoerder Verein aber auch Familienunternehmen wie die der Henckel

von Donnersmarck in Oberschlesien. Während die meisten Unternehmen sich erst allmählich in diese Richtung entwickelten, wurde die Dortmunder Union 1872 gleich als diversifizierter Unternehmensverband gegründet. Dasselbe gilt für die Gelsenkirchener Bergwerks AG (1873). Beide Projekte wurden maßgeblich von Friedrich Grillo vorangetrieben und durch die von Adolph von Hanseemann geleitete Disconto-Gesellschaft finanziert.

#### **4. Industriefinanzierung und Bankwesen**

Nicht selten beruhte die Finanzierung der ersten industriellen Unternehmen auf Eigenkapital oder dem Geld der Familien. Auf längere Sicht war die Gründung und Weiterentwicklung von Unternehmen auf die Bereitstellung des benötigten Kapitals durch Banken notwendig. In den ersten Jahrzehnten waren dies überwiegend Privatbankiers. Daneben begann bereits vor 1870 die Entwicklung von Aktienbanken und des für die spätere Entwicklung in Deutschland typischen System der Universalbanken. Insbesondere bei der Finanzierung des gewinnträchtigen Eisenbahnbaus spielten die Privatbanken zunächst eine zentrale Rolle. Diese waren Ausgabestellen für die entsprechenden Aktien und die Leiter der Banken saßen vielfach in den Leitungsgremien oder Aufsichtsräten der Eisenbahngesellschaften. Besonders gut dokumentiert ist die Rolle der Privatbanken bei der Rheinischen Eisenbahngesellschaft. Die anfangs führende Kraft war zunächst Ludolf Camphausen. Hinzu kamen A. Schaaffhausen, Abraham Oppenheim sowie eine Gruppe aus Aachen um David Hanseemann. Später wurde Oppenheimer der Hauptanteilseigner. Von Bedeutung war das Eisenbahngeschäft auch als Brücke zur Investition in Bergbau und Schwerindustrie. Allerdings war die Finanzierung der Eisenbahnen auch sehr risikobehaftet. Daher entstanden in den Kreisen der westdeutschen Privatbankiers schon in den 1840er Jahre Pläne für die Gründung von Aktienbanken, die allerdings an der preußischen Staatsbürokratie scheiterten. Als Reaktion auf die akute Krise der Schaaffhausenschen Bank wurde 1848 als Gläubigerunternehmen der A. Schaaffhausen'sche Bankverein als erste Aktienbank gegründet. Es folgte 1853 die Darmstädter Bank an der sich unter anderem Gustav Mevissen beteiligte und 1856 die zur Aktiengesellschaft umgewandelte Disconto-Gesellschaft von David Hanseemann und im gleichen Jahr die Berliner Handelsgesellschaft. Diese Aktiengesellschaften konzentrierten sich auf die Finanzierung

industrieller und anderer Unternehmungen mit einem hohen Kapitalbedarf. In der Folge kam es, anderes als etwa in Großbritannien, zu einer Arbeitsteilung. Die Ausgabe von Banknoten blieb in den Händen (halb-)staatlicher Einrichtungen. Dabei spielte bald die Preußische Bank eine zentrale Rolle. Dagegen konzentrierten sich Privat- und Aktienbanken auf die Gründungs- und Emissionsaktivitäten industrieller Aktiengesellschaften.

#### **D. Wirtschaftliche Wechsellagen**

Bezogen auf die Wirtschaft in diesem Zeitraum insgesamt waren die Wachstumsraten nicht überdurchschnittlich. Die durchschnittliche Steigerung des Nettosozialprodukts pro Jahr lag zwischen 1850 und 1857 bei 2,36 % und stieg in der Zeit von 1863 bis 1871 auf etwa 3,31 % an. Ein anderes Bild ergibt sich bei getrennter Betrachtung der verschiedenen Wirtschaftssektoren. Das mit Abstand größte Wachstum wies der industrielle Bereich auf. Diese Entwicklung war das eigentlich Neue. Innerhalb der Industrie dominierte zunächst die Konsumgüterproduktion insbesondere die Textilindustrie. Die Konjunktorentwicklung im industriellen Bereich war damit noch stark von der Reallohnentwicklung abhängig. Dies änderte sich nach 1840 deutlich, als Eisenbahnen und Schwerindustrie zu industriellen Führungssektoren aufstiegen. Die industrielle konjunkturelle Entwicklung folgte nunmehr primär den eigenen Gewinnerwartungen.

Allerdings war der sekundäre Sektor noch nicht stark genug, um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu dominieren. Erst gegen Ende der industriellen Revolution um 1870 herum übernahm er die Führungsrolle eindeutig. Bis dahin wies die Entwicklung der Landwirtschaft, also der Hauptbestandteil des primären Sektors, noch eine eigene Dynamik auf. Das ist auch einer der Gründe, warum gesamtwirtschaftliche Konjunkturzyklen im heutigen Sinn erst seit dem Beginn des Kaiserreichs auftraten. Bis dahin mischten sich in den „wirtschaftlichen Wechsellagen“ ältere agrarisch geprägte Auf- und Abschwünge mit industriellen Einflüssen.

Die agrarischen Wirtschaftskrisen älteren Typs hingen in erster Linie mit Ernteaufschlägen, also natürlichen Einflüssen, zusammen. Gute Ernten machten die Lebensmittel billiger, ein hoher Preisverfall allerdings führte zu Einkommensverlusten



der Landwirten mit wiederum erheblichen Auswirkungen auf die Nachfrage nach gewerblichen Produkten. Umgekehrt führten schlechte Ernten zu einem extremen Ansteigen der Lebensmittelpreise. Agrarkrisen dieser Art gab es 1805/06, 1816/17, 1829/30 und die schlimmste war die von 1846/47.

Der industrielle Typ der Konjunktur lässt sich in Deutschland erstmals in der Mitte der 1840er Jahre nachweisen. In den Jahren 1841 bis 1845 kam es zu einem regelrechten Investitionsboom bei den Eisenbahnen, der innerhalb kürzester Zeit in bislang unbekannter Höhe Kapital anzog, dann aber ebenso rasch wieder abbrach.

Das Nachlassen dieses Aufschwungs hing mit der Agrarkrise von 1847 zusammen und verstärkte diese zusätzlich. Zu Lebensmittelteuerung und Hungerkrise kamen Arbeitslosigkeit und Verdienstaustausfall. Dies hat die vorrevolutionäre Entwicklung auch in den unteren Schichten zusätzlich verstärkt. Das Konjunkturtief endete erst Ende 1849 oder Anfang 1850.<sup>[24]</sup>

Für eine grundsätzliche Wende spricht nach Ansicht von Historikern, dass die Ernteaussfälle etwa in den frühen 1850er Jahren sich nur noch regional auswirkten, da insbesondere der Transport per Eisenbahn für einen innereuropäischen Ausgleich sorgte. In diese Zeit fielen Investitionen in alle gewerblichen Bereiche, vor allem in die Eisenbahn. Der Aufstieg der Industrie wurde von 1857 bis 1859 durch einen massiven Konjunkturabschwung, der vielfach auch als „erste Weltwirtschaftskrise“ (Hans Rosenberg) bezeichnet wurde, unterbrochen. Im Kern handelte es sich dabei um eine Handels-, Spekulations- und Bankenkrise, ausgehend vor allem von Hamburg. Zur Krise kam es, als die mit Bankwechselln finanzierten Handels- und Rüstungsgeschäfte zwischen Hamburg, Amerika, England und Skandinavien platzten. Der Ursprung lag dabei in den USA, wo der Zusammenbruch einer Bank eine Art Kettenreaktion und den Zusammenbruch zahlreicher weiterer Kreditinstitute auslöste. Allerdings gab es auch Faktoren im industriellen Bereich. So hielten vielerorts die Produktionskapazitäten mit der Nachfrage nicht Schritt. Die Krise war allerdings wesentlich kürzer und die Auswirkungen weniger gravierend als die Gründerkrise nach 1873.

Im Vergleich zur ersten Hälfte der 1850er Jahre blieb die Konjunktur in der ersten Hälfte der 1860er Jahre vergleichsweise schwach. Dies lag vor allem an äußeren Einflüssen wie dem amerikanischen Bürgerkrieg. Durch das Ausbleiben von

Baumwolllieferungen aus dem Süden litt vor allem die Textilindustrie. Im Übrigen hielten sich die Unternehmen nach den Erfahrungen der Jahre 1857-59 mit Investitionen zurück. Nach der Mitte der 1860er Jahre erfolgte erneut ein beachtlicher wirtschaftlicher Aufschwung, der in den „Gründerboom“ überging. Dieser wurde nicht mehr allein von der Schwerindustrie getragen, sondern fast ebenso deutlich wuchsen die Textilindustrie und die Landwirtschaft. Nur kurz gebremst durch den Krieg von 1870/71 setzte sich das Wachstum bis zum Beginn der Gründerkrise 1873 fort. Waren die wirtschaftlichen Wechsellagen noch in der Mitte des Jahrhunderts auch agrarisch bestimmt, dominierte nunmehr eindeutig die Industrie.

## **E. Wandel der Gesellschaft**

Während der Jahrzehnte der industrielle Revolution begann sich nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft stark zu verändern. Ähnlich wie im wirtschaftlichen Raum ältere Gewerbeformen neben die moderne Industrie traten, mischten sich auch ältere und neuere Lebensweisen, soziale Gruppen und gesellschaftliche Problemlagen.

### **1. Bürgertum**

Das 19. Jahrhundert gilt als Zeit des Durchbruchs der bürgerlichen Gesellschaft. Rein quantitativ stellten die Bürger allerdings nie die Mehrheit der Gesellschaft. Anfangs überwog die ländliche Gesellschaft und am Ende war die Industriearbeiterschaft im Begriff, die Bürger zahlenmäßig zu überholen. Aber zweifellos wurden die bürgerliche Lebensweise, ihre Werte und Normen prägend für das 19. Jahrhundert. Zwar behaupteten Monarchen und Adel zunächst noch ihre Führungsrolle in der Politik, aber diese wurde allein durch die neuen nationalen und bürgerlichen Bewegungen mitgeprägt und herausgefordert.

Allerdings war das Bürgertum keine homogene Gruppe, sondern setzte sich aus verschiedenen Teilen zusammen. In einer Kontinuität mit dem Bürgertum der frühen Neuzeit stand das alte Stadtbürgertum der Handwerker, Gastwirte oder Händler. Nach unten ging dieses allmählich in das Kleinbürgertum der kleinen Gewerbetreibenden, Einzelmeister oder Krämer über. Die Zahl der Vollbürger lag bis

ins 19. Jahrhundert hinweg zwischen 15 und 30 % der Einwohner. Die Exklusivität des Bürgerstatus verloren sie nach den Reformen in den Rheinbundstaaten, in Preußen und später auch in den anderen deutschen Staaten durch den staatsbürgerlichen Gleichheitsbegriff und der allmählichen Durchsetzung der Einwohnergemeinden. Von Ausnahmen abgesehen, verharrte die Gruppe der alten Stadtbürger im frühen 19. Jahrhundert in den überkommenen Lebensformen. Im Stadtbürgertum zählte ständische Tradition, Familienrang, vertraute Geschäftsformen, schichtenspezifischer Aufwandkonsum.

Jenseits des alten Bürgerstandes stiegen seit dem 18. Jahrhundert neue Bürgergruppen auf. Dazu zählen vor allem das Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum. Den Kern des Bildungsbürgertums im Gebiet des Deutschen Bundes bildeten vorwiegend die höheren Beschäftigten im Staatsdienst, in der Justiz und dem im 19. Jahrhundert expandierenden höheren Bildungswesen der Gymnasien und Universitäten. Neben dem beamteten Bildungsbürgertum gewannen freie akademische Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte, Notare oder Architekten erst seit den 1830/40er Jahren zahlenmäßig an Gewicht. Konstituierend war für diese Gruppe, dass die Zugehörigkeit nicht auf ständischen Vorrechten, sondern auf Leistungsqualifikationen beruhte.

Zwar war die Selbstrekrutierung hoch, aber das Bildungsbürgertum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war durchaus aufnahmebereit für soziale Aufsteiger. Etwa 15-20 % stammte aus eher kleinbürgerlichen Verhältnissen und schaffte den Aufstieg über das Abitur und ein Studium. Die unterschiedliche Herkunft wurde durch die Ausbildung und ähnliche soziale Verkehrskreise angeglichen.

Das Bildungsbürgertum, das einen beträchtlichen Teil der bürokratischen und juristischen Funktionselite stellte, war politisch die sicherlich einflussreichste bürgerliche Teilgruppe. Gleichzeitig setzte sie aber auch kulturelle Normen, die mehr oder weniger von anderen bürgerlichen Gruppen bis hin in die Arbeiterklasse und selbst vom Adel teilweise adaptiert wurden. Dazu gehört etwa das bis ins 20. Jahrhundert hinein dominierende bürgerliche Familienbild des öffentlich tätigen Mannes und der Haus und Kinder versorgenden Ehefrau. Das Bildungsbürgertum stützte sich auf ein neuhumanistisches Bildungsideal. Dieses diente sowohl zur

Abgrenzung gegenüber den auf Privilegien beruhenden Adel, wie gegenüber den ungebildeten Schichten.

Mit der industriellen Entwicklung trat neben Stadt- und Bildungsbürger zunehmend ein neues Wirtschaftsbürgertum. Die deutsche Form der Bourgeoisie entstammte der Gruppe der Unternehmer. Die Forschung schätzt, dass bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hierzu einige hundert Unternehmerfamilien zu rechnen seien. In den folgenden Jahrzehnten bis 1873 nahm ihre Zahl zwar auf einige tausend Familien zu, aber das Wirtschaftsbürgertum war zahlenmäßig die kleinste bürgerliche Teilgruppe. Zu ihnen gehörten neben den Industriellen auch Bankiers, Kapitalbesitzer und zunehmend die angestellten Manager.

Die soziale Herkunft der Wirtschaftsbürger war unterschiedlich. Einige von ihnen, wie August Borsig, waren soziale Aufsteiger aus Handwerkerkreisen, ein beträchtlicher Teil stammte wie etwa die Krupps aus angesehenen, lang eingesessenen und wohlhabenden stadtbürgerlichen Kaufmannsfamilien. Es wird geschätzt, dass etwa 54 % der Industriellen aus Unternehmerfamilien stammten, 26 % kamen aus Familien von Landwirten, selbstständigen Handwerkern oder kleineren Händlern, die übrigen 20 % kamen aus dem Bildungsbürgertum, aus Offiziers- und Großgrundbesitzerfamilien. Aus Arbeiterfamilien oder der ländlichen Unterschicht kam so gut wie kein Industrieller. Bereits während der industriellen Revolution verlor der Typus des sozialen Aufsteigers an Gewicht. Während etwa 1851 erst 1,4 % der Unternehmer akademisch gebildet waren, hatten 1870 37 % aller Unternehmer eine Hochschule besucht. Seit den 1850er Jahren begann sich das Wirtschaftsbürgertum durch seinen Lebensstil - etwa durch den Bau von repräsentativen Villen oder den Kauf von Landbesitz - von den übrigen bürgerlichen Gruppen abzusondern. Teilweise begannen diese, sich in ihrem Lebensstil am Adel zu orientieren. Die Möglichkeiten dazu hatten allerdings nur die Besitzer von Großbetrieben. Daneben gab es eine mittlere Schicht von Unternehmern, wie die Familie Bassermann, die sich vom Adel abgrenzte und einer ausgesprochenen Mittelstandsideologie folgte.

## **2. Pauperismus**

So beeindruckend das Wachstum der neuen Industrie in einigen Gegenden auch war, so reichten diese Impulse lange Zeit nicht aus, um die wachsende Bevölkerung vernünftig zu beschäftigen und zu ernähren. Hinzu kam, dass der

Zusammenbruch des alten Gewerbes und die Krise des Handwerks die soziale Not noch verschärften. Davon betroffen war vor allem das vielfach überbesetzte produzierende Handwerk. Auf mittlere Sicht allerdings gelang es den Handwerkern, sich an die industriekapitalistischen Bedingungen anzupassen. So profitierte das Bauhandwerk vom Wachstum der Städte und andere Handwerksbereiche konzentrierten sich zunehmend auf die Reparatur statt auf die Produktion.



Die schlesischen Weber (Gemälde Carl Wilhelm Hübner, 1846)

In der ländlichen Gesellschaft hatte sich seit dem 18. Jahrhundert die Zahl der Betriebe in unter- oder kleinbäuerlichen Schichten mit nur wenig oder gar keinem Ackerland stark vermehrt. Dazu hatten die gewerblichen Erwerbsmöglichkeiten - sei es im Landhandwerk oder im Heimgewerbe - stark beigetragen. Mit der Krise des Handwerks und dem Niedergang des Heimgewerbes gerieten erhebliche Teile dieser Gruppen in Existenznöte. Diese Entwicklungen trugen zum Pauperismus des Vormärz nicht unwesentlich bei. Mittelfristig kamen aus diesen Gruppen große Teile der Fabrikarbeiter, aber für eine längere Übergangszeit bedeutete die Industrialisierung eine Verarmung von zahlreichen Menschen. Zunächst ging mit den Gewinnmöglichkeiten der Lebensstandard zurück, ehe ein Großteil etwa der Heimgewerbetreibenden erwerbslos wurde. Am bekanntesten sind in diesem Zusammenhang die schlesischen Weber.

### 3. Auswanderung

Da die meisten der neuen Industrien zunächst den lokalen Unterschichten Arbeit gaben, spielte die Binnenwanderung in den ersten Jahrzehnten noch eine untergeordnete Rolle. Stattdessen schien die Auswanderung eine Möglichkeit zu sein, die soziale Not zu überwinden. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war der quantitative Umfang dieser Art von Wanderungsbewegung noch begrenzt. Zwischen 1820 und 1830 schwankte die Zahl der Auswanderer zwischen 3000 und 5000 Personen pro Jahr. Seit den 1830er Jahren begannen die Zahlen deutlich anzusteigen. Hier wirkte sich vor allem die Hauptphase des Pauperismus und der Agrarkrise von 1846/47 aus. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Bewegung daher auch 1847 mit 80.000 Auswanderern.



Deutsche Auswanderer im Hamburger Hafen (um 1850)

Die Auswanderung selbst nahm organisierte Formen zunächst durch Auswanderungsvereine und zunehmend durch kommerziell orientierte Agenten an, die nicht selten mit anrüchigen Methoden arbeiteten und ihr Klientel betrogen. Teilweise, vor allem in Südwestdeutschland und insbesondere in Baden, wurde die Auswanderung von den Regierungen gefördert, um so die soziale Krise zu entschärfen.

In den frühen 1850er Jahren stieg die Zahl der Auswanderer weiter an und lag 1854 bei 239.000 Menschen pro Jahr. Dabei mischten sich soziale, wirtschaftliche

und auch latent politische Motive. Insgesamt wanderten zwischen 1850 und 1860 etwa 1,1 Millionen Personen aus, davon kamen allein ein Viertel aus den Realteilungsgebieten Südwestdeutschlands.

#### **4. Entstehung der Arbeiterschaft**

Seit etwa der Mitte der 1840er Jahre begannen sich die Zusammensetzung und der Charakter der unteren Gesellschaftsschichten zu wandeln. Ein Indikator dafür ist, dass etwa seit dieser Zeit der Begriff Proletariat im zeitgenössischen gesellschaftlichen Diskurs eine immer wichtigere Rolle spielte und den Pauperismusbegriff bis in die 1860er Jahre verdrängte. Wie differenziert diese Gruppe im Übergang von der traditionellen zur industriellen Gesellschaft war, zeigen zeitgenössischen Definitionen. Dazu zählten Handarbeiter und Tagelöhner, die Handwerksgesellen und Gehilfen, schließlich die Fabrik- und industriellen Lohnarbeiter. Diese „arbeitenden Klassen“ im weitesten Sinn stellten in Preußen 1849 etwa 82% aller Erwerbstätigen und zusammen mit ihren Angehörigen machten sie 67% der Gesamtbevölkerung aus.

Unter diesen bildeten die modernen Fabrikarbeiter zunächst noch eine kleine Minderheit. Rein quantitativ zählte man in Preußen (einschließlich der Beschäftigten in den Manufakturen) im Jahr 1849 270.000 Fabrikarbeiter. Unter Einschluss der 54.000 Bergleute kommt man insgesamt auf die noch recht geringe Zahl von 326.000 Arbeitern. Diese Zahl stieg bis 1861 auf 541.000 an. Noch immer waren die Industriearbeiter eine zwar strategisch wichtige, aber zahlenmäßig eher kleine Gruppe der arbeitenden Klassen. Am Ende der industriellen Revolution zu Beginn der 1870er Jahre zählten die Statistiker in Preußen 885.000 Industriearbeiter und 396.000 Bergleute. Auf einer etwas anderen Datengrundlage zählte das neue Statistische Reichsamt 1871 bereits 32% der Erwerbstätigen zum Bereich von Bergbau, Industrie, Hütten- und Bauwesen. Hoch war noch immer die Zahl der Handarbeiter und Dienstboten außerhalb der Industrie und Landwirtschaft mit immerhin noch 15,5%. In Hinblick auf die industriell-bergbauliche Beschäftigung lag das hochentwickelte Sachsen mit 49% der Erwerbstätigen klar an der Spitze.

Es unterschieden sich in ihren Verdienstmöglichkeiten nicht etwa nur die ländlichen Tagelöhner und die städtischen Industriearbeiter, sondern auch innerhalb dieser Gruppen gab es deutliche Differenzierungen. Die Organisation der Arbeit in

Großbetrieben führte etwa zu einer ausgeprägten Betriebshierarchie aus gelernten, angelernten und ungelernten Beschäftigten. Der Kern der Facharbeiter stammte vor allem aus den Gesellen und Meistern des krisengeschüttelten Handwerks. Noch einmal deutlich abgehoben waren spezialisierte Berufsgruppen wie Drucker oder Setzer. Diese verfügten nicht selten über ein erhebliches Maß an Bildung, organisierten sich frühzeitig und fühlten sich als Avantgarde der qualifizierten Arbeiterschaft. Nicht zufällig kamen mit Stephan Born der Gründer und viele Anhänger der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung aus diesem Umfeld. Die ungelernten und angelernten Arbeiter stammten meist aus den städtischen Unterschichten oder aus den umliegenden ländlichen Gebieten. In den Jahrzehnten der industriellen Revolution, also seit den 1850er Jahren, begann die wachsende Industrie nunmehr auch vermehrt Binnenwanderer anzuziehen.

Frauenarbeit war und blieb in einigen Branchen wie der Textilindustrie weit verbreitet, im Bergbau oder der Schwerindustrie waren Frauen allerdings kaum beschäftigt. Vor allem in den ersten Jahrzehnten gab es gerade in der Textilindustrie auch Kinderarbeit. Allerdings war das Ausmaß deutlich geringer als in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung in England. Außerdem blieb sie ein vorübergehendes Phänomen. Kinder- und Frauenarbeit blieb allerdings in der Landwirtschaft und im Heimgewerbe eine weit verbreitete Erscheinung.

Das Verschmelzen der anfangs sehr heterogenen Gruppen zu einer Arbeiterschaft mit einem mehr oder weniger gemeinsamen Selbstverständnis erfolgte zunächst in den Städten und war nicht zuletzt ein Ergebnis der Zuwanderung von ländlichen Unterschichten. Die Angehörigen der pauperisierten Schichten des Vormärz hofften in den Städten dauerhaftere und besser entlohnte Verdienste zu finden. Im Laufe der Zeit wuchs die Anfangs sehr heterogene Schicht der „arbeitenden Klassen“ zusammen, es entwickelte sich gefördert durch das enge Zusammenleben in den engen Arbeiterquartieren ein dauerhaftes soziales Milieu.

Innerhalb der „arbeitenden Klassen“ vollzog sich ein tiefgreifender Mentalitätswandel. Hatten die städtischen und ländlichen Unterschichten ihre Not noch weitgehend als unabänderlich angesehen, führten die neuen Verdienstmöglichkeiten in der Industrie zur Verstärkung des Veränderungswillens. Die Betroffenen sahen ihre Lage als ungerecht an und drängten auf Veränderungen.



Dies war eine der sozialen Fundamente für die entstehende Arbeiterbewegung. [29]  
Die auf wachsende Bevölkerungsgruppen abhängig Arbeitender sich ausbreitenden sozialen Missstände wurden als *Soziale Frage* diskutiert, für die Sozialreformer, Kathedersozialisten und Frühsozialisten unterschiedliche Lösungen entwickelten.